

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Uriel Dann

Grundfaktoren
und Grundhaltungen
im Palästinakonflikt

Christoph von Imhoff

Des Orients längste Krise

Henryk M. Broder

Antizionismus —
Antisemitismus von links?

B 24/76

12. Juni 1976

Uriel Dann, geb. 1922 in Berlin; 1933 Auswanderung nach Palästina; Angehöriger der britischen Armee von 1942—1946, der israelischen Armee von 1950—1956; Studium der Geschichte an der Universität Jerusalem und London; seit 1966 Lehrer für die Geschichte des Mittleren Ostens an der Universität Tel Aviv und Mitarbeiter des Shiloah-Center for Middle Eastern and African Studies; seit 1972 a. o. Professor.

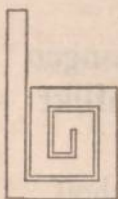
Veröffentlichungen: Iraq Under Quassem — A Political History. 1958—1963, Jerusalem, New York und London 1969. Verschiedene Studien zur Geschichte des Irak und Transjordanien/Jordanien in Fachzeitschriften.

Christoph von Imhoff, Dr. jur., geb. 1912 in Nürnberg; Studium der Rechtswissenschaften, Geschichte und Volkswirtschaft in Innsbruck, Leipzig, München und Erlangen; seit 1935 — auch im Krieg — Journalist, leitende Redakteursstellen in Dresden, Berlin, Düsseldorf, Köln und Stuttgart; seit 1971 freier Journalist und Schriftsteller; Studienreisen in den Vorderen Orient, nach Süd-asien, Südost- und Ostasien, Afrika.

Publikationen außer Tageszeitungs- und Zeitschriftenaufsätzen: Israel — Die zweite Generation, Stuttgart 1964/1966; Duell im Mittelmeer, Freiburg 1968; Was wird aus Südostasien?, Pfullingen 1968; Willibald Pirckheimer, Freund Albrecht Dürers, Köln 1971.

Henryk M. Broder, geb. 1946 in Kattowitz/Polen; seit 1958 in Köln; 1966 Abitur; Studium der Soziologie, Sozialpsychologie, Volkswirtschaft, Erziehungswissenschaft; Arbeit als Autor für Presse, Funk und Fernsehen; Autodidakt.

Veröffentlichungen u. a.: Wer hat Angst vor Pornografie, Darmstadt 1970; Das Leistungsprinzip — Inhalt und Ideologie eines Begriffes, WDR 1973; Ökonomie eines Arbeiterhaushalts, Hörspiel, NDR/DLF 1973; Das Gezeter wegen der toten Juden — Wie ein deutscher Rechtsanwalt gemeinnützig die Vergangenheit bewältigt, in: Frankfurter Rundschau, 1973; Franz II oder: Sie wolle mir mei Lade wegnehme. Leben und Werk des Verlegers Franz Burda, WDR 1974; „Hey, boys and girls, lets have a good time together!“, Hörspiel, NDR/WDR 1975; Wie man die Wirklichkeit auf die Parteilinie bringt. Die DKP-Presse und der Krieg in Kurdistan, in: Von denen keiner spricht — Unterdrückte Minderheiten, von der Friedenspolitik vergessen, Reinbek 1975; ... mit Erwachsenen alberne Sachen machen! — Animateure, Urlauber, Abenteuer in Afrika, WDR/HR 1976.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Grundfaktoren und Grundhaltungen im Palästinakonflikt

I.

Im innersten Kreise des Palästinakonfliktes bewegen sich das jüdische Gemeinwesen — seit achtundzwanzig Jahren der Staat Israel — und die arabischen Palästinenser. In einer weitgehenden Parallelität zu diesen eigentlichen Kontrahenten steht die Weltjudenheit einerseits und die arabische Öffentlichkeit — oder die arabischen Staaten — andererseits. Noch weiter vom Zentrum des Konfliktes entfernt, aber durchaus noch „Grundfaktoren“, sind die Supermächte. Auch hier läßt sich eine gewisse Symmetrie feststellen: eine Neigung der Vereinigten Staaten zu Israel, die der Sowjetunion zur palästinensisch-arabischen Seite. An der Peripherie des Konfliktes bewegen sich der liberale Westen mit seinem grundsätzlichen Verständnis für Israels besondere Probleme, und andererseits die Dritte Welt, der dieses Verständnis, als Erkenntnis genommen, abgeht. Aber hier handelt es sich wohl nicht mehr um Faktoren von entscheidender Bedeutung.

Zunächst soll das jüdische Gemeinwesen im palästinensischen Raum (der Kürze halber „der Jischuw“ genannt, sein zum Begriff gewordener Eigenname) betrachtet werden; ohne den Jischuw gäbe es im Mittleren Osten zwar auch Konflikte genug, aber keinen „Palästina-Konflikt“. Es handelt sich um ein Volk im gebräuchlichen Sinn: Ein geschlossenes Siedlungsgebiet, das als Heimat empfunden wird; eine vollständige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, einschließlich Institutionen eigener Prägung; Nationalsprache und Literatur; ein charakteristisches Erziehungswesen; Selbstidentifizierung mit Geschichtsbild und Mythen; Kollektiv-Idiosynkrasien und Phobien; und, natürlich, das letzte Attribut — die staatliche Souveränität. Es ist eine Binsenwahrheit, daß dieses jüdische Gemeinwesen jung ist, wenn auch nicht so jung, wie oft angenommen wird. Seine Anfänge gehen hundert Jahre zurück; mit der allerdings sehr wichtigen Ausnahme eines eigenen Staates

war es im wesentlichen ausgebildet, als der Erste Weltkrieg ausbrach. (Jüdische Gemeinden als solche hat es in Palästina wohl immer gegeben. Aber vor dem Werden des modernen Jischuw handelte es sich um „Dhimmis“, nicht-islamische Gemeinden im islamischen Staat, im Prinzip geduldet und geschützt; oft gedemütigt und geplagt, gelegentlich physisch verfolgt; immer, und das war Staatsphilosophie, ohne politische Belange.)

Die Motive und Reflexe, die das neue jüdische Gemeinwesen entstehen ließen und bis heute sein Handeln und Reagieren beeinflussen, sind leicht aufgezählt. Sie sind, vom spezifischen zum allgemeinen:

— Die Bindung der Judenheit und des Judentums seit eh und je an Palästina, des Volkes Israel an das Land Israel. Es ist ein Phänomen, das rationell schwer oder gar nicht zu „erklären“ ist, das aber den roten Faden der jüdischen Geschichte darstellt. Die Bejahung dieser Bindung ist *eine* Definition des Zionismus, nicht schlechter als andere.

— Dann der Nationalismus, als gesellschaftliches Wertesystem zuerst in West- und Mitteleuropa um 1800 zur Vorherrschaft gelangt. Hier braucht er nicht weiter erklärt zu werden, es ist aber nicht überflüssig zu betonen, daß der „Nationalismus“ nicht deshalb ein Übel ist, weil er heute in seinem Ursprungsgebiet keinem emotionellen Massenbedürfnis mehr entspricht. In der Geschichte des Jischuw hat er seinen Platz, wie in der Europas im neunzehnten, und der Asiens und Afrikas im zwanzigsten Jahrhundert. Jedenfalls war es der Nationalismus, der — später als in Frankreich, Deutschland oder Polen, und früher als die Völker außerhalb der westlichen Welt — auch die Juden erfaßte und den „Zionismus“ im engeren Sinne auslöste, als Konkretisierung der Zionsliebe in Form einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für

das jüdische Volk in Palästina" (so das vom 1. Zionistenkongreß 1897 angenommene sogenannte „Baseler Programm“).

— Der dritte Wirkstoff ist das Trauma der Hitlerzeit, das „Nie wieder!“. Der Glaube, daß nur die israelische staatliche Existenz verhindern kann, daß noch einmal Juden herdenweise in die Gaskammern getrieben werden, ist auf jüdischer Seite eines der stärksten Motive im Palästina-Konflikt. Auch die-

ses Motiv entzieht sich weitgehend der logischen Analyse und muß als geschichtlich gewordene Tatsache hingenommen werden.

— Zuletzt zwei allgemeine Momente, die leicht übersehen werden, aber deshalb nicht weniger wichtig sind: Der Selbsterhaltungstrieb jeder Gemeinschaft, hier natürlich überhöht durch die feindliche Umgebung, und darüber hinaus der ebenso alltägliche Instinkt, Erreichtes abzusichern und auszubauen.

II.

Wie der moderne Jischuw, so ist auch das palästinensische Volk jung. Wie der Jischuw aus einer uralten, größeren Gemeinschaft hervorgegangen ist — dem Judentum —, sind die Palästinenser unentflechtbar einer größeren historischen Gemeinschaft verbunden, der arabischen oder der islamischen Nation (hier Inkonsequenzen der Terminologie nachzuspüren, wäre irrelevant). Ebenso müßig wäre es, zu spekulieren, ob ohne die Herausforderung des Jischuw ein „palästinensisches“ Volk entstanden wäre, oder ob im politischen Bewußtsein und der politischen Realität unserer Zeit die Palästinenser „Syrer“ wären, sowie Jahrhunderte hindurch Palästina als Teil des geographischen und administrativen Syriens angesehen wurde. Aber daß das Werden des Jischuw das Werden des palästinensischen Volkes entscheidend beeinflusste, liegt im Wesen der Situation. Für die arabisch-sprechende Bevölkerung des palästinensischen Raumes, in ihrer überwiegenden Mehrheit mohammedanisch (das heißt, Träger der herrschenden Staatsvorstellung), war die sich vor ihren Augen abzeichnende Entwicklung mehr als ein gefährlicher Eingriff in bestehende Rechte. Es war das Böse schlechthin. Landfremde Eindringlinge, identifiziert mit einer halbverächtlich geschützten Minderheit, erhoben Anspruch auf Heimatrecht, ohne einen Schatten von Titel: weder juristisch, historisch, machtpolitisch, moralisch, noch auch nur gefühlsmäßig verständlich. Ihre Erfolge waren eine Verneinung jeder göttlichen und menschlichen Ordnung und nur irrational zu erklären. Dieser Ideenverbindung Zionismus-Imperialismus-Kolonialismus-Rassismus in der palästinensischen Argumentation ist aus westlicher Geschichtsauffassung nicht beizukommen. Sie ist die Formel für eine tiefe, innere Gefühlswahrheit. Diese unerschütterliche Stellungnahme ist so alt wie das erste

Wissen um den neuen Jischuw. Auch sie geht über 1914 zurück, wenn sich Historiker des Palästina-Konfliktes auch erst im letzten Jahrzehnt eingehender mit ihren frühen Manifestationen beschäftigt haben. Wie weit vor 1948 geäußerte Vorhersagen einer zukünftigen Enteignung und Vertreibung einer nüchternen Lagebeurteilung entsprangen, oder einem in der fundamentalen Auffassung des Phänomens verwurzelten Haß-Angst-Komplex, der wiederum den Kern seiner Selbsterfüllung in sich trug — das ist eine Frage, deren Beantwortung vor allem von der Einstellung des Beobachters abhängt. Wahrscheinlich spielt beides mit. Die Grundhaltung jedenfalls, die immer vorgeherrscht hat — oft genug bis zum Ausschluß jeder abweichenden Auffassung — war, daß es sich nicht um einen Zusammenstoß mit einem Gegner handelt, der aus seiner eigenen Geschichte heraus verstanden werden kann und mit dem letztlich ein Nebeneinanderleben auszuhandeln ist, sondern um den totalen Feind schlechthin, demgegenüber man ohne Selbstaufgabe auch nicht auf ein Tüpfelchen des eigenen totalen Rechtsanspruchs verzichten kann.

Die klarste Darstellung des Konfliktes, wie er auf palästinensischer Seite empfunden wird, hat Yasser Arafat, als Vorsitzender der Palestine Liberation Organization zu solcher Festlegung besonders berufen, am 13. November 1974 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegeben. Arafats Geradheit ist verblüffend: „Es geht nicht um Grenzzielungen“; es geht um Wiederherstellung, um die Errichtung eines Staates durch das palästinensische Volk in ganz Palästina, in dem dann Christen, Juden und Mohammedaner (nicht „Juden und Araber“!) friedlich zusammenleben sollen. Wird dieser Ölzweig zu-

rückgewiesen, dann allerdings bleibt nur der Krieg ¹² aufs Messer, mit allen Mitteln, denn „das Recht der Sache bedingt das Recht der Waffe“. Die Stellung des Redners und die Wahl des Forums machen diese Erklärung zu einer historischen Urkunde, deren historische Bedeutung viel zu wenig erfaßt wird, und ohne deren Studium der Palästina-Konflikt nicht verstanden werden kann. (Den Charakter des zukünftigen palästinensischen Staates hat auf Arafats Erklärung hin „Schu'un Filastiniyya“, das Organ des Studienzentrums der PLO in Beirut, in seiner Ausgabe vom Januar/Februar 1975 präzise definiert: „Der Palästinenser wird Araber sein, durch Abstammung oder Assimilierung, sei er Muslim, Christ oder Jude“.

Die Weltjudenheit steht hinter Israel, und hat hinter dem Jischuw gestanden, bevor es Israel gab. Das ist ein Aspekt — heute der dominierende Aspekt — der Bindung zwischen Volk und Land Israel, die oben erwähnt wurde. Trotz aller individuellen Ausnahmen und unendlich differenzierter Nuancen politischer Ideologie und Praxis ist das Verhältnis unkompliziert. Israel gibt den Ton an und trägt die Opfer. Die Diaspora leistet Hilfestellung. Die Schablone von Front und Etappe ist banal, aber zutreffend.

Das Verhältnis zwischen der arabischen Welt und den Palästinensern ist komplizierter. Das palästinensische Volk erklärt sich als Glied der arabischen Nation und wird als solches akzeptiert. Die Sache der Palästinenser ist die der arabischen Staaten. (Zusätzliche Gegensätze zwischen den arabischen Staaten und Israel, politischer, militärischer, territorialer, wirtschaftlicher sowie kultureller Natur sind vorhanden und unter den Umständen besonders gefährlich. Im Mittelpunkt des Palästina-Konfliktes stehen sie aber m. E. nicht.) Soweit ist die Symmetrie zur Gegenseite vollkommen. Die Asymmetrie liegt darin, daß die arabischen Staaten, seitdem sich der Konflikt herauskristallisiert hat, den Palästinensern moralisch und ideologisch Folge leisten, daß aber zufolge der realen Kräfteverhältnisse sie militärisch die Verantwortung für die Konfrontation tragen.

Es besteht in der arabischen Welt eine innere „Asymmetrie“, die zu ihrem Verständnis sehr wichtig ist, obwohl sie auf den Palästina-Konflikt nur indirekt einwirkt. Das ist der Gegensatz und das Zusammenleben — beides trifft zu — von pan-arabischem und partikularistischem Nationalismus: Wieweit der Syrer,

der Libanese, der Iraki, der Ägypter ihrem engeren Vaterland Treue schulde und wieweit der größeren Nation, ist eines der Hauptthemen arabischer Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert. Es ist von Fall zu Fall, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, verschieden beantwortet worden; es unterliegt dem Einfluß örtlicher und kommunaler Interessen, ideologischer Strömungen und Moden, sowie charismatischer Führer. Auf lange Sicht handelt es sich hier um beträchtlichen Konfliktstoff, jedoch um keine gegenseitigen Ausschließlichkeiten.

Mit monotoner Regelmäßigkeit wiederholt sich der Austausch zwischen Israel und den arabischen Staaten, als den kriegführenden Seiten, in Formeln folgender Art: „Unter welchen Bedingungen wären die arabischen Staaten zu einer friedlichen Regelung bereit?“ — „Wir, die arabischen Staaten, haben definierte Forderungen an Israel (meist territorialen Charakters). Außerdem müssen die berechtigten Ansprüche der Palästinenser erfüllt werden.“ — „Was sind die berechtigten Ansprüche der Palästinenser?“ — „Das können nur die Palästinenser selbst bestimmen.“ (Eine der typischen Äußerungen eines arabischen Staatsoberhauptes in diesem Sinne erscheint in einem Interview König Husseins, das in der Beiruter Zeitung „Hawadeth“ vom 4. Juli 1975 veröffentlicht ist. Es handelt sich hier nicht um Ausflüchte „extremer“ Führer, sondern um eine Grundhaltung, die bis heute gültig ist.) Die Definition der palästinensischen Ansprüche ist von der als allein befugt anerkannten Seite bereits gegeben.

Seit der Entstehung des Palästina-Konfliktes, das heißt, seit der Entstehung des neuen Jischuw, war einer seiner Grundfaktoren die relative Abhängigkeit der eigentlichen Kontrahenten von bestimmten Großmächten. (Eine Ausnahme ist das Jahr, das dem Teilungsbeschluß der Vereinten Nationen von 1947 folgte: Ein Vakuum, entstanden durch die machtpolitische und moralische Schwächung Englands und den noch nicht profilierten Positionen der USA und Sowjetunion, auf den Konflikt direkt einzuwirken.) Gewöhnlich war und ist es das Interesse dieser Mächte, Konflikte, die unberechenbare Rückwirkungen haben können, zu verhindern oder in ihrer Wirkung einzuschränken. Das galt sowohl für das Osmanische Reich und England, die in Palästina bis 1917/18, beziehungsweise bis 1947/48 herrschten. Das gilt für die beiden Supermächte seit den fünfziger Jahren — immer

mit Schwankungen, herbeigeführt durch Kurzschluß-Reaktionen und Fehldiagnosen, und das permanente Ziel, sich gegenseitig bei strikter Risikenbeschränkung das Wasser abzugraben.

Parallel läuft die fundamentale Sympathie der USA für die jüdisch-israelische, und die der Sowjetunion für die arabisch-palästinensische Sache. Die amerikanische Haltung wird einerseits durch das leidenschaftliche Engagement des jüdischen Bevölkerungsteils beeinflusst. Andererseits spielt die Tatsache eine Rolle, daß Israel die einzige funktionierende Demokratie des Mittleren Ostens ist; die amerikanische Politik wird traditionsmäßig von ideellen Momenten mitbestimmt. Die Sowjetunion hat ihrerseits längst erkannt, daß Israel unabänderlich zum Westen gehört, nicht nur als Staat mit seiner Realpolitik, sondern als Gemeinwesen mit seinen intellektuellen und psy-

chologischen Attributen. Dazu kommt die Überlegung, daß sowohl für strategische Positionen im Mittelmeer wie Zugang zum Indischen Ozean — seit dreihundert Jahren ein Hauptziel russischer Staatskunst — arabisches Wohlwollen wichtig ist, und für dieses Wohlwollen ist eine israel-feindliche Politik von offenbarem Nutzen.

Abschließend zu diesem Thema läßt sich wohl sagen, daß in der Palästina-Konflikt-Politik der Supermächte die globalen Interessen dominieren, und daß diese Interessen gegen Kriegskatastrophen arbeiten. Eine zuverlässige Wahrheit ist das allerdings nicht, denn Interessenschwerpunkte verschieben sich. Die Leidenschaften, die dem Palästina-Konflikt zugrunde liegen, sind nicht unter allen Umständen kontrollierbar, besonders, da eine der Supermächte — die Sowjetunion — ein Interesse am Schwelen des Konfliktes hat.

III.

Das Ineinanderspielen der genannten Grundfaktoren wird anschaulicher, wenn sie wenigstens skizzenhaft in eine historische Relation gebracht werden. Drei Hauptepochen treten dabei deutlich hervor:

- 1) vom Entstehen des „Palästina-Problems“ bis zur Konsolidierung des Staates Israel, um 1870 bis 1949;
- 2) von der Konsolidierung Israels bis zum Sechstagekrieg 1967;
- 3) seit dem Sechstagekrieg.

Während der ersten Epoche war Palästina unter der direkten Herrschaft von Mächten, deren Zentrum weit von Palästina entfernt lag — dem Ottomanischen Reich und England. Es muß zum Verständnis des Konfliktes noch einmal hervorgehoben werden, daß das jüdischnationale Gemeinwesen in Palästina schon unter der ottomanischen Herrschaft seine wesentlichen Züge entwickelt hatte. Das britische Mandat brachte Vertiefung, Erfahrung und einen Ausbau, die zum Teil günstigeren politischen und konstitutionellen Bedingungen entsprangen, zum Teil der Judenkatastrophe der Hitlerzeit zuzuschreiben sind, und nicht zuletzt ein natürliches Wachstum darstellen. Die Souveränität als letztes Ziel des „Volkwerdens“ blieb bis zum Schluß der Epoche unerreicht; es ist der tiefe Grund — nur

selten damals als solcher verstanden —, warum bis 1948 der Jischuw die treibende Kraft in dem Konflikt war, und die Palästinenser die reagierende. Das Interesse der herrschenden Macht war in erster Linie auf Erhaltung der öffentlichen Ordnung gerichtet; die Unterstellung einer machiavellistischen Politik des *divide et impera* ist in der Hauptsache Legende. In dieser Hinsicht war der Jischuw — physisch schwach, aber gesellschaftlich dynamisch — Nutznießer des fremden Dominiums.

Im übrigen war, so wie der Jischuw, auch das Modell des Konfliktes bereits im wesentlichen ausgebildet. Zwei Völker, oder Protovölker, mit Anspruch auf denselben Raum; das eine introvertiert, im überwältigenden Wunder seiner Wiedergeburt befangen; das andere erstarrt in Ablehnung jeden anderseitigen nationalen Daseinsrechtes. Beiden gemeinsam das Unvermögen, einander gefühlsmäßig zu erfassen.

Die zweite Epoche, 1949 bis 1967, erscheint im Rückblick als relativ entspannt, so wenig das zeitgenössischen Beobachtern auch bewußt gewesen sein mag. Mit der Genugtuung des Staates und seiner Anerkennung durch die Weltöffentlichkeit hatte das neue jüdische Gemeinwesen konzeptuell seine Vollen- dung erreicht. Was noch zu tun blieb, war,

den fertigen Rahmen auszufüllen, den Staat auszubauen — „die Zerstreuten sammeln“; sachlich eine ungeheure Aufgabe, historisch der Übergang von der Dynamik zum Statischen. Israel, im Besitz von nur einem Teil der historischen Heimat, war in seinem Selbstbild von einem ungesättigten zu einem gesättigten Faktor geworden. Die Palästinenser — wiederum in eigener Sicht, auf die es zu ihrem Verstehen ankommt — sahen sich zu ihrem Verstehen ankommt — sahen sich zu Enteigneten und Entrechteten degradiert. Die „nakbah“, die unfabbare Katastrophe, die sie als Volk ereilt hatte, hatte sie auch ihres Selbstvertrauens und des Vertrauens zu ihrer Führung beraubt und sie fürs erste hilflos der Fürsorge und Vormundschaft der arabischen Staaten ausgeliefert. Aber die arabischen Staaten hatten ihre ureigenen und näheren Probleme, die gemeinhin ihr Handeln bestimmten.

Zu gleicher Zeit entstand politisch ein gewisses Gleichgewicht, das nicht untragbar war. Es gab während dieser Jahre wenige im Jischuw, die nicht glaubten, daß die Waffenstillstandsgrenzen von 1949 eine entwicklungsfähige Zukunft ermöglichen könnten, durchaus auch im zionistischen Sinne. Auf der anderen Seite entwickelte sich spätestens anfangs der sechziger Jahre der Eindruck, daß die überwiegende Mehrheit der Palästinenser im Königreich Jordanien, dessen Bürger sie geworden waren, sich in einem Maße assimilierten, das eine nicht unwürdige Lösung ihrer Identitätsfrage versprach.

Es war die Strategie des Fateh, auf bereits bestehenden ideologischen Grundlagen 1965 aktiv geworden, eben diese Assimilation durch Terroraktionen in Israel und mit den zu berechenbaren Reflexen gewordenen Vergeltungsschlägen Israels zu sabotieren.

Es ist müßig, die Zukunft lesen zu wollen oder papierne Ausgleiche vorzuschlagen. Aber nach dem bisher Gesagten ist eine Aufgliederung der möglichen „Lösungen“ am Platz.

— Der Palästina-Konflikt kann gelöst werden, indem das jüdisch-nationale Gemeinwesen in Palästina verschwindet. Es kann verschwinden, indem der Staat Israel zerschlagen wird. Die Geschichte kennt Beispiele der

In der Vorgeschichte des Sechstagekrieges hat diese Strategie ihren Platz, neben der syrischen Strategie, seine eigene Front mit Israel nicht zur Ruhe kommen zu lassen, und neben Abdel Nassers übernommener Verpflichtung, einen arabischen Bruderstaat zu decken, auf dessen Gebaren er den entscheidenden Einfluß verloren hatte. In der Grundhaltung Israels gegenüber, wie sie von der palästinensischen Sicht diktiert war, trat während dieser Epoche keine Änderung ein. (Bourgibas Rat, sich mit einem — verkleinerten — Israel abzufinden, blieb eine Randerscheinung; auch Bourgiba sprach vom Zwang der Umstände, nicht von einem Daseinsrecht Israels.)

Soweit diese kurze Retrospektive eine historische Beurteilung zuläßt, liegt die Bedeutung der letzten Epoche — derjenigen seit 1967 — in dem Primat, das der Palästina-Konflikt im Nahen Osten erlangt hat. Die umfassende Niederlage von 1967 beraubte die arabischen Staaten ihrer Glaubwürdigkeit als Hüter der palästinensischen Sache. Die PLO übernahm die Interessenvertretung des palästinensischen Volkes. Welche Zweifel auch gehegt wurden und werden, in der Öffentlichkeit hat sich dieser Anspruch durchgesetzt. Der Prozeß reifte Jahre hindurch; der Oktoberkrieg von 1973 trieb ihn voran; die Rabat-Beschlüsse vom Oktober 1974, die die PLO als *alleinige* legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannten, schlossen ihn logisch ab. Wieweit eine rückläufige Bewegung zu erwarten ist, fällt außerhalb dieser Betrachtung. Innerhalb ihres Rahmens dagegen liegt die Wahrnehmung, daß die effektiven Kampfmittel weiterhin bei den arabischen Staaten konzentriert sind und nicht bei der PLO: das Geld, das Öl, die Waffen, die Heeresorganisationen, die Diplomatie und die Massenkommunikationsmittel.

IV.

Vernichtung von Nationalstaaten. In dieser Abhandlung genügt es festzustellen, daß Israel sich einem Versuch seiner Vernichtung mit absolut allen Mitteln widersetzen wird; diese Extrapolierung seiner Vergangenheit ist mit Sicherheit zulässig. Zweitens kann das jüdisch-nationale Gemeinwesen verschwinden, indem es von innen zerfällt. Diese Möglichkeit wird heute viel im arabischen Lager besprochen und ist auch in Israel nicht ohne Widerhall. Aber es handelt sich wohl mehr

um Wunschträume — oder Alpträume —, je nach der Perspektive. Korruptionsaffären und Moralkrisen haben mit der Auflösung eines Volkes nichts gemeinsam, auch, oder gerade, nicht unter Druck von außen.

— Der Palästina-Konflikt kann gelöst werden, indem die arabischen Staaten, oder wenigstens die „Konfrontationsstaaten“ unter ihnen, den verhängnisvollen Zusammenhang brechen, demzufolge sie moralisch jede Forderung decken, die „die Palästinenser“ stellen, auch die extremste, und ihrerseits eine Konzeption der Koexistenz erzwingen. Solch radikaler Bruch mit einer zum Ritual gewordenen Vergangenheit setzt allerdings ein seltenes Maß von politischem Mut, Engagement und intellektueller Unabhängigkeit voraus.

— Das Palästina-Problem kann gelöst werden, wenn sich innerhalb der palästinensischen Öffentlichkeit das politische Schwergewicht verlagert. Eine Führerschicht der seit 1967 von Israel besetzten West-Bank könnte zum politischen Träger des palästinensischen Volkstums werden. Es sind Anzeichen vorhanden, daß sich hier, dem Kernland des palästinensischen Volkes, in den acht Jahren menschlicher Verquickung die Erkenntnis verbreitet hat, daß der israelische Nationalstaat nicht nur eine politische Tatsache ist, sondern sein Daseinsrecht hat. Die Schwierigkeit liegt darin, daß die Führerschicht der West-Bank lokal und nicht national gruppiert ist: die erweiterte Familie, das Dorf, die Stadt, der Stamm. (Auch der kürzlich verstorbene Exmufti von Jerusalem, Hajj Amin al-Husseini, blieb zeit seines Wirkens in Palästina nur der Chef eines Clans; seine quasi-nationale Position verdankt er britischer Initiative, und sein Image als Führer des palästinensischen Volkes war außerpalästinensisch). Diese Tradition ist tief in der Vergangenheit verwurzelt und es sind keine eindeutigen Zeichen vorhanden, daß sie durch neue Strukturen abgelöst wird. Der oft verlautende Vorwurf, daß die israelische Verwaltung das Entstehen einer neuen Führung verhindert, oder zumindest nicht fördert, übersieht, daß solch eine Entwicklung nicht durch direktes Einwirken von außen veranlaßt werden kann; außerdem wäre unter den bestehenden Umständen jede derartige beeinflusste Führung als Quislingsystem gebrandmarkt.

— König Hussein könnte sein nie aufgegebenes Ziel erreichen und wieder als legitimer Vertreter der Palästinenser anerkannt wer-

den, oder zumindest als einer ihrer legitimen Vertreter. Sein Ansehen auf der West-Bank steigt und fällt mit jedem Wechsel des politischen Windes. Aber bis heute hat sich die gesellschaftspolitische Ordnung, die er zwangsläufig vertritt, nicht annehmbar machen können. Außerdem darf nicht als sicher vorausgesetzt werden, daß Hussein fähig ist, eine friedliche „Lösung“ durchzusetzen. Er und sein Haus haben eine über fünfzig Jahre alte Tradition von Fühlungen mit dem Jischuw-Israel hinter sich. Es ist nie zu einem faßbaren Abschluß gekommen. Ein letztes Zögern der Haschemiten, die Schwelle zu überschreiten, ist wahrscheinlich für diese Sterilität nicht weniger verantwortlich als Uneinigkeit über definierte Paragraphen.

Beide zuletzt genannten Möglichkeiten setzen voraus, daß die anderen arabischen Staaten sie zumindest schweigend dulden werden, und daß Israel dem Prinzip der Teilung des ehemaligen Mandatspalästina treu bleibt — alles keine Selbstverständlichkeiten.

— Schließlich: die PLO selbst könnte ein „agonizing reappraisal“ erleben, eine zutiefst schmerzhafteste Umwertung, die einer ideologischen Wiedergeburt gleichkäme. Sie könnte die historisch-ideelle Daseinsberechtigung eines jüdisch-israelischen Staatsvolkes neben der eines arabisch-palästinensischen Staatsvolkes anerkennen — nicht als Sprachregelung oder *double-thinking*, sondern aus Verständnis und Empathie. Aus dem schroffen und haßerfüllten Chor totaler Ablehnung klingt ein einzelner abweichender Ton. Naif Hawatmeh, der Chef der „Demokratischen Volksfront zur Befreiung Palästinas“ innerhalb der PLO hat seiner Meinung in Interviews Ausdruck gegeben, daß eine Lösung des Palästina-Problems auch „die nationalen Rechte der Israelis“ berücksichtigen muß. Aber bei allem Interesse, das diese Abweichung verdient, ist es unrealistisch, außer acht zu lassen, daß „Israelis“ nicht „Israel“ ist; daß die PDFLP doktrinär marxistisch-leninistisch ist — daher das Eingehen auf „nationale Rechte“ innerhalb eines palästinensischen Staates — und eine Konfliktlösung in ihrem Sinne schon deshalb nicht im Bereich des Realen liegt; daß ferner der PDFLP kaum mehr als marginale Bedeutung in der PLO zukommt; und letzten Endes, daß Hawatmeh selbst sich bis jetzt nicht unumwunden zu seiner vor Fremden geäußerten Meinung bekannt hat, wenn er im eigenen Lager herausgefordert wurde.

Das klingt alles recht hoffnungslos. Dem Historiker gibt seine Erfahrung einen schwachen Lichtblick. Die Geschichte kennt Haßkomplexe wie den, der dem Palästina-Konflikt zugrunde liegt. Eines Tages waren sie aufgelöst, ohne daß der Historiker im Rückblick befriedigende Aufschlüsse darüber geben kann, warum sie sich auflösten. Es ist mehr als bloßes Wunschdenken, daß auch die emotionelle Basis des Palästina-Konfliktes einen solchen Umbruch erleben kann. Wieweit Grenzregulierungen und Entschädigungsabkommen die-

sen Umbruch vorbereiten können oder ihm zwangsläufig folgen, ist nicht vorauszusagen. So wie ich die Geschichte des Konfliktes lese, glaube ich nicht, daß vernunftmäßig fundierte und vertretbare Konzessionen eine Mauer durchbrechen können, in die abgründige Emotionen so unentflechtbar eingebaut sind. Dem Politiker obliegt es jedenfalls, in unablässiger Tagesarbeit ein neues Blutvergießen hinauszuschieben; uns anderen, ihm dabei den Rücken zu stärken.

Des Orients längste Krise

Israel liegt im Schnittpunkt aller politischen Strömungen im Orient. Aber ist dieser kleine Staat — eben weil er ein Staat der Juden ist — tatsächlich auch die Ursache für die Krisensituation im östlichen Mittelmeer, Ursache auch für die harten Auseinandersetzungen zwischen Euphrat/Trigis im asiatischen und dem Nil im afrikanischen Teil des Orients? Wir kennen orientalische Machtkämpfe seit den Tagen Babylons und wissen nur zu gut, welche Rolle die Landbrücke zwischen Indischem Ozean und Mittelmeer im Verlauf von wenigstens viertausend Jahren Weltgeschichte gespielt hat. Die Juden waren immer in diese Kämpfe leidend und handelnd mit eingebunden. Aber sie waren niemals die alleinige Ursache dieser Kämpfe. Das Religiöse hat in diesen Kämpfen niemals den Ausschlag gegeben, weil es vom politischen Handeln nicht zu trennen war.

Tragik der im Orient lebenden Völker war es aber immer gewesen — und ist es bis zum heutigen Tag geblieben —, daß sie nur ganz selten über ihre Zukunft selbständig bestimmen konnten. Zumeist haben orientalische oder europäische Großmächte über die klei-

nen Völker hinweg Schicksal und Zukunft der gesamten Region entschieden. Den Völkern zwischen Casablanca und dem Persischen Golf blieb gar nichts anderes übrig, als sich in die jeweiligen Balance-Akte der großen Mächte einzuordnen. Das ist heute genauso wie unter den orientalischen Mächten oder später unter den beiden westeuropäischen Mächten England und Frankreich. Nur eines unterscheidet die Geschichte bis 1917, dem Jahr der Balfour-Declaration, von jener nach 1917: In den orientalischen Frühreichen war die Ölfackel nur religiöses Symbol für Feuer und Licht; in der modernen Orientgeschichte hingegen hat sich dieser Rohstoff für die Altäre des Altertums in teure Energie verwandelt. Sie verleiht nicht mehr geistige, sondern materielle Macht. Wer über diesen Rohstoff verfügt, wirkt auch auf große Mächte wie ein Magnet. Dadurch entstehen gegenseitige Abhängigkeiten. Die „Habenichtse“ aber geraten in einseitige Abhängigkeiten und damit zwischen die Mühlsteine der Weltpolitik. Israel gehört in die Reihe der Erdöl-„Habenichtse“. Der Krieg von 1973 hat es belegt und seine Schwächen offenbar gemacht.

Europa und das Mittelmeer

Frankreichs Staatspräsident hat zu Beginn des Jahres 1976 den westeuropäischen Machtverlust im Vorderen Orient tief beklagt. Trotz aller Auseinandersetzungen und Kriege im östlichen Mittelmeer hat diese Einflußlosigkeit ständig zugenommen. Valéry Giscard d'Estaing hat also einen der wundesten Punkte der westeuropäischen Politik charakterisiert, freilich ohne von der Schuld der westeuropäischen Staaten und besonders von jener der französischen Politiker seit de Gaulle zu sprechen. Darauf aber kam es ihm nicht an. Er setzte für die Franzosen einen nostalgischen Akzent: Die Erinnerung an die Tage, da das Frankreich Napoleons und das der Dritten Republik die orientalischen Entscheidungen mitbestimmten. Das hat wohl auch den Ausschlag

gegeben für Giscard's umstrittenes Angebot, im libanesischen Bürgerkrieg helfend einzugreifen.

Es genügt ein Hinweis auf den Versuch des Korsen, den Marsch des großen Alexander an den Ganges am Ende des 18. Jahrhunderts zu imitieren. Der Feldzug, der am Nil begann und im asiatischen Vorfeld des Orients — vor Akko und bei Abukir — endete, hat die arabischen Völkerschaften aus einem bald fünf-hundertjährigen Schlaf erweckt. Historisch betrachtet, war es eine nur zwei Jahre dauernde Orientkrise; aber eben auch eine, die das Ende des Osmanenreiches einläutete, das im Schatten des Amerika-Engagements der Europäer dahinlebte und nach dem Ende der Kreuzzüge seine Berührung mit dem „Abendland“ in wenigen, wenn auch alarmierenden Überfällen bis vor die Tore von Wien (1683)

erschöpft hatte. Hingegen begann mit Bonapartes ägyptischem Feldzug die Epoche des europäischen Kolonialismus über die arabische Welt, auch wenn diese nominell noch immer unter der Herrschaft der Osmanen stand. Diese Epoche war leider nicht von jener gegenseitigen Befruchtung erfüllt, wie wir sie etwa unter dem Hohenstaufen Friedrich II. erlebt haben. Auch wenn unter Napoleon die Entrüselung der vorderorientalischen Frühgeschichte durch europäische Archäologen begann, die die Museen in Paris und London so attraktiv machte — die Politik beschränkte sich darauf, die Wege Westeuropas in den Indischen Ozean und nach Südostasien durch zivilisatorische Überlegenheit abzusichern und die Macht der Kolonialsysteme militärisch auszubauen.

Das russische Zarenreich hätte sich an diesem Wettlauf um das „Zauberland Indien“, in dem die Engländer bereits hundert Jahre vorher festen Fuß gefaßt hatten, nur allzu gerne als Rivale beteiligt. Denn von Peter dem Großen über Katharina bis zu Nikolaus I und II. war das „politische Fernweh“ nach Indien genauso ein Teil der russischen wie der westeuropäischen Politik. Aber der russische Konkurrent wurde durch eine völlig neue politische Konstellation aus dem Feld geschlagen: Das Osmanenreich, das bereits um sein Überleben zu kämpfen hatte, wurde von den inzwischen verbündeten Kolonialrivalen Großbritannien und Frankreich gestützt. In zwei Kriegsjahren (1854/56) wurde die russische Macht durch die Schlachten auf der Halbinsel Krim ausgeschaltet und eingedämmt. Diese Liaison zwischen Paris und London trug dazu bei, Frankreichs 1830 begonnene Herrschaft über Algerien zu stabilisieren.

Bau und Vollendung des Suezkanals von 1859 bis 1869, der Erwerb der von Paris ausgegebenen Kanalaktien durch die Engländer, die Besetzung Ägyptens (1882) und seine Verwandlung in einen britischen Schutzstaat — alle diese Ereignisse rollten gleich einem Räderwerk ab, ohne daß es zu wirklich wesentlichen Auseinandersetzungen zwischen Engländern und Franzosen gekommen wäre. Im Gegenteil: Ob man nun an den gemeinsamen Feldzug beider Mächte gegen China (1857/60), an das gemeinsame Manövrieren auf dem Berliner Kongreß etwa gegen das Zarenreich (1878), an den französischen Griff nach Tunesien (1881) denkt, um nur einige wichtige Daten innerhalb der großen Ereigniskette zu nennen — das französisch-britische Verhältnis war seit dem

Krimkrieg trotz vieler französischer Schlappen eher auf Koordination denn auf Kampf angelegt. Beide Kolonialrivalen sahen im aufsteigenden deutschen Kaiserreich eine Gefahr. Durch diese neue Macht wurden englische und französische Interessen im Mittelmeer, in Nordafrika und im Vorderen Orient zusammengewungen. Deshalb war auch die Faschoda-Krise (1898), genau ein Jahrhundert nach Napoleons Niederlage vor Abukir, nur ein Rencontre zwischen den beiden Kolonialmächten, in dem man ohne Schußwechsel die Kräfte maß. Die Allianz von 1904 (Entente cordiale), die einen Ausgleich der Interessen am Suezkanal, in Ägypten und in Marokko bewerkstelligte, hat diese Episode rasch überwunden. Aus Rivalitäten wurde ein britisch-französisches Kondominium, das Mittelmeer die Machtbasis für die Kolonialherrschaft beider.

Dieses System der Pakte und Verträge, der Abkommen und Absprachen wurde abgesichert und komplettiert durch das Petersburger Abkommen von 1907, in dem sich das Zarenreich und Großbritannien über die Teilung Persiens und Afghanistans einigten und damit zugleich den Kreis um Mitteleuropa schlossen (Triple-Entente). Dieses System feierte seine Triumphe in den Jahren 1915 bis 1917, als hinter einer riesigen Tarnwand von Versprechungen an den Zaren, an die Araber sowie an die Franzosen und die Juden der gesamte Vordere Orient schließlich auch des Erdöls wegen in britische und französische Interessenzonen aufgeteilt wurde¹⁾. Dieser Mechanismus, in dem kurze Krisen- und Kriegszeiten von längeren Perioden zwar nicht des idealen Friedens, aber der Ruhepausen abgelöst wurden, endete im Jahr 1945, weil auch die westeuropäischen Sieger den Zweiten Weltkrieg und damit ihre Macht verloren hatten. Sie erschienen nur als Sieger durch den Erfolg der mit ihnen verbündeten Großmächte Amerika und Sowjetunion.

¹⁾ 1915 Briefwechsel zwischen dem britischen Hochkommissar in Ägypten und dem Scherif Hussein von Mekka mit dem Versprechen auf volle Unabhängigkeit der arabischen Länder; in einem Geheimabkommen sichert Großbritannien dem Zarenreich — ebenfalls 1915 — im Siegesfall Konstantinopel (Istanbul), die Meerengen, Südthrazien und Frankreich Zentralanatolien und Syrien zu; im Sykes-Picot-Abkommen 1916 versprechen die Engländer dem französischen Bundesgenossen den heutigen Libanon und das heutige Syrien samt den Ölquellen bei Mossul und Kirkuk; 1917 wird den Juden in der Balfour-Declaration ein jüdisches Nationalheim in Palästina versprochen.

Die Weltmächte und das Mittelmeer

In der zweiten Phase der modernen Orientgeschichte, in der ein politisches Vakuum zwischen Nil und Euphrat noch durch europäische Mächte gefüllt wurde, haben die Kolonialherren sichtbare und fühlbare Untergrundströmungen, die den Orient unmittelbar berühren mußten, allzu leicht genommen:

1. Die Unzufriedenheit im Rußland der Zaren. Sie mußte — wie dann 1917 geschehen — einen Umsturz heraufbeschwören, dessen Nachwehen das Gefüge des Orients in Mitleiden-schaft zog.

2. Die zaristischen Pogrome an russischen Juden (seit 1882); sie lösten die erste jüdische Wanderbewegung aus Europa in die alte Heimat Palästina sowie die Geburt des Zionismus aus. Die zweite Fluchtwelle nach Palästina, die der mitteleuropäischen Juden vor dem Massenmord unter Hitler, hat eines erwiesen: Die damit verbundenen Probleme waren nicht einfach dadurch zu lösen, daß die Mandatsmacht Araber und Juden gegeneinander ausspielte. Die Wanderungen waren vielmehr Signale für einen neuen Abschnitt in der Orientgeschichte.

3. Die Erdölfunde vorwiegend am Persischen Golf (1908) und die Übertragung der Nutzungsrechte an die Engländer hatten in Persien große Unzufriedenheit ausgelöst. Das war der Beginn nationaler Freiheitsbewegungen, die in dem Maß zunehmen mußten, in dem neue Erdölquellen gefunden wurden.

4. Der erwachende arabische Nationalismus unter den Osmanen konnte durch neue koloniale Abhängigkeiten nach 1918 nur noch gesteigert werden.

Offenbar war es für beide Kolonialmächte unvorstellbar, daß der sowjetische Staat innerhalb von 30 Jahren als Folge des Zweiten Weltkrieges zur Weltmacht emporsteigen und jenes Ziel erreichen könnte, das den Zaren — in Dauerrivalität mit dem Westen — als „Beschützer der Heiligen Stätten“ verwehrt war: Mitsprache und Aktionsfreiheit im Mittelmeer. Als Stalin neue sowjetische Rechte zuerst an den Dardanellen, später in Libyen forderte, bauten Paris und London noch auf die — damals unbestrittene — amerikanische Übermacht und auf die Wirksamkeit von Prä-

sident Trumans Punkt-Vier-Programm²⁾. Sie hofften, daß sie selbst auf dieser Woge der amerikanischen Herrschaft mitschwimmen und einer Konfrontation mit der UdSSR sowie einem Machtverlust im Mittelmeer aus dem Wege gehen könnten. Diese Fehlkalkulation beruhte auf der Annahme, daß die Vereinigten Staaten aus Interesse an der eigenen Machterweiterung dauerhaft für die Erhaltung des Status quo eintreten würden. Spätestens im Jahr 1956, als die beiden alten Kolonialmächte vor Suez scheiterten, mußten sie erkennen, daß sie im Mittelmeer nichts mehr zu sagen hatten und daß ausschließlich die beiden eigentlichen Sieger des Zweiten Weltkrieges die eigentlichen Herrn zwischen Gibraltar und den Dardanellen geworden waren. Denn nicht nur die Russen, sondern beide Weltmächte verweherten den bisherigen Herren des Mittelmeers, den Franzosen und den Engländern, den militärischen Erfolg gegen Gamal Abdel Nasser. Damit war beiden klar gemacht worden, daß eine Restitution des einen oder anderen Empire nicht mehr aktuell sei. Die Franzosen sollten spätestens auf der Konferenz frankophoner Staaten im Frühjahr 1975 gemerkt haben, daß auch ihr Traum zerfallen ist.

Das sowjetische Engagement

Freilich hatten beide Weltmächte 1945 auch die von Großbritannien und Frankreich hinterlassenen Hypotheken übernommen. An sie — und nicht mehr an die alten Kolonialherren — hielten sich folgerichtig die Geprellten des Ersten Weltkrieges: die Juden und die Araber. Von den „Großen“ wollten nun beide, Araber wie Juden, das verwirklicht sehen, was ihnen von den kolonialen Erblässern ver-

²⁾ Trumans Punkt-Vier-Programm wurde am 12. April 1947 in Washington proklamiert. Es sichert der Türkei und Griechenland angesichts der sowjetischen Ambitionen auf beide östliche Mittelmeerstaaten die Unterstützung und Hilfe „zum Zweck einer Umgestaltung auf moderne Verhältnisse“ sowie die Erhaltung der nationalen Integrität und Unabhängigkeit zu. Verbunden damit ist „die Entsendung amerikanischen Zivil- und Militärpersonals nach Griechenland und der Türkei auf Ersuchen jener Länder“. Damit werden die Vereinigten Staaten zum erstenmal mit allen Konsequenzen eine Mittelmeer-macht.

sprochen worden war. Die in der arabischen und afrikanischen Welt wie ein Fanal wirkenden Bücher des Frantz Fanon³⁾ formulierten es auf arabischer Seite; die Forderung nach dem eigenen Staat und nach dem Lebensrecht im Orient bildete die jüdische Variante.

Tatsächlich fiel in diese kaum dreißigjährige Phase der modernen Orientgeschichte die Gründung des Staates Israel und die Befreiung der meisten Orientstaaten von kolonialer Bevormundung. Aber die „Freiheit an sich“ errang keiner. Denn zwangsläufig übertrugen sich nicht nur auf die beiden Weltmächte, sondern auch auf Araber und Israeli die ungelösten Probleme aus der Kolonial-Ära. Nun hatte aber weder die östliche noch die westliche Großmacht Lösungen dafür anzubieten, die den Betroffenen gerecht geworden wären. Der Sowjetunion lag daran, einen Krisenherd im östlichen Mittelmeer zu etablieren, der ihr nicht nur die Anwesenheit, sondern auch die ständige politische Interventionsmöglichkeit im östlichen Mittelmeer offenhielt. Deshalb beharrte sie während der gesamten UNO-Verhandlungen im Jahre 1947 sehr viel hartnäckiger auf der Gründung des Staates Israel als jede westliche Regierung. Stalin erträumte sich damals wohl so etwas wie den Ersatz für die verlorenen Trumpfkarten an den Dardanellen oder in Libyen. Der permanente Zusammenstoß von Arabern und Juden im Mandatsland Palästina schien den Sowjets gravierend genug zu sein, um derartige Rivalitäten in Zukunft zu ihrem Vorteil nutzen zu können. Die vier Kriege von 1948, 1956, 1967 und 1973 haben ihnen recht gegeben, auch wenn sie schließlich durch die israelischen Waffenerfolge das amerikanische Übergewicht im Orientkonflikt zu spüren bekamen.

Politische Lösungen zeichneten sich nach keinem dieser Kriege ab. Aus dem ersten Krieg, der am Tag der israelischen Staatsgründung von den Arabern ausgelöst worden war und

in dem noch Osteuropa Waffen für Israel, die Engländer hingegen für Ägypten und Jordanien lieferten, erwuchs die längste Krise in der modernen Orientgeschichte. Je mehr sich die Fronten in diesem „Krieg ohne Friedensschluß“ versteiften, desto mehr setzte die Sowjetunion politisch, psychologisch und strategisch auf die arabische Karte, ohne deshalb die israelische zu zerreißen. Denn ihr orientalisches Pokerspiel hat ja nur dann einen Sinn, wenn beide Partner in dieses Spiel einbezogen bleiben. Deshalb auch unterstützt der Kreml bis heute jene Guerilla-Bewegungen im arabischen Raum, die für permanente Spannungen sorgen, radikale Umgruppierungen erzwingen wollen und vernünftigen Kompromissen im Wege stehen. Damit tritt die Sowjetunion scheinbar als Vollstreckerin des arabischen Willens auf und unterstützt, wiederum nur scheinbar, das, was sie im eigenen Imperium mit allen Mitteln bekämpft: die Verwirklichung von Freiheit und nationaler Souveränität. Mit Hilfe sowjetischer Waffen will sie am Ertrag dieses Kampfes partizipieren, bis hin zum Erdöl im Persischen Golf, zur Nutzung des Indischen Ozeans und zur Machterweiterung im rohstoffreichen Afrika.

Die USA in der Defensive

Das sowjetische Konzept ist im Grunde nur eine leicht revidierte Neuauflage des Kolonialrezepts der Vergangenheit. Die aus der englisch-französischen Ära stammenden Hypothesen werden nicht abgetragen, sondern nur großstiliger und neu eingefärbt weiter exerziert: ein Ausspielen der orientalischen Rivalen, um so den eigenen imperialen Traum realisieren zu können. Einen Erfolg hat diese Politik dem Kreml eingetragen: Die Sowjets haben im Mittelmeerraum den Weltmacht rivalen Amerika in die Verteidigung gezwungen. Er sah sich mehr und mehr genötigt, ausschließlich auf die Karte Israel zu setzen, das ihm wegen seiner imponierenden Aufbauleistungen und wegen seiner militärischen Erfolge, wegen seiner inneren Disziplin und wegen seiner Stabilität der einzige Garant für eine wirksame Partnerschaft im östlichen Mittelmeer zu sein schien. Tatsächlich verbuchte Israel bis zum Jahr 1965 einen wirtschaftlichen Aufschwung, wie ihn kein anderes Land im Orient verzeichnen konnte: Von einer 93prozentigen Auslandsverschuldung bei der Staatsgründung hatte es mehr als die Hälfte abgetragen. Die Statistiken des Jahres 1963 verzeichneten noch eine Auslandsverschul-

³⁾ Das Buch von dem aus Martinique stammenden Frantz Fanon „Die Verdammten dieser Erde“ (Frankfurt 1956) hat wesentlich zu den modernen Befreiungskämpfen durch Guerillas und Partisanen beigetragen. Es war die eigentlich ideologische Stütze des algerischen Krieges und wurde schließlich die Grundlage für alle übrigen derartigen Bewegungen einschließlich der Palästinensischen Befreiungs-Organisation. Fanons zweites Buch, das „Für eine Afrikanische Revolution“ herausgegeben wurde (Frankfurt 1972), bringt post mortem eine Sammlung von Reden und Aufsätzen, die speziell den afrikanischen Bewegungen weiterhelfen sollen.

ung von 43 Prozent, damals mit absteigender Tendenz. Die Bevölkerung wuchs seit 1948 von 600 000 auf über drei Millionen. Ein nach 1948 zu mehr als achtzig Prozent auf der Landwirtschaft basierendes Staatswesen stellte im Verlauf von weniger als zwanzig Jahren seine Wirtschaft zu fast 90 Prozent auf industrielle Produktion um. Israel galt in aller Welt als der Musterstaat eines Entwicklungslandes, in dem religiöse Toleranz praktisch und mit Erfolg, wenn auch nicht störungsfrei gelebt wurde. Die Haltung der USA gegenüber Israel war allerdings nicht nur von Bewunderung und Altruismus bestimmt, sondern natürlich auch vom Egoismus einer Großmacht, die es versäumt hatte, rechtzeitig eine Politik des orientalischen Ausgleichs und der orientalischen Balance aufzubauen.

Es war und bleibt einer der größten Fehler in der amerikanischen Nachkriegspolitik, den ersten großen, wenn auch mit Recht heute höchst umstrittenen Nationalisten der modernen arabischen Welt, Gamal Abdel Nasser, im Jahr 1956 die Zusage zum Bau des Assuan-Staudammes entzogen zu haben. Der Außenminister des amerikanischen Präsidenten Eisenhower, John Foster Dulles, tat dies mit der Begründung, daß Nassers Regime nicht für Stabilität bürge. Zwischen den Zeilen aber gab er zu verstehen, daß mehr amerikanischer Einfluß im Nilland eine Korrektur dieses Urteils ermöglichen könnte. Das war für nahezu alle arabischen Staaten rings um das südliche Mittelmeer das Fanal zum Aufbau eines „arabischen Sozialismus“, der einen ausgesprochen anti-westlichen und besonders einen anti-amerikanischen Akzent trug. Er initiierte und erleichterte das nun anhebende Zusammenspiel zwischen den arabischen Mittelmeerstaaten und der Sowjetunion. Damit hatten sich die Amerikaner selbst den Zwang auferlegt, die sowjetische Politik der Konfrontation auch zu der ihren zu machen. Ganz zwangsläufig wurde von nun an jede nationalistische Strömung mit linkem Akzent in der arabischen Welt als „Kommunismus“ abgewertet. Ebenso zwangsläufig mußten sich die USA von nun an ausschließlich auf jene konservativen Regime im Nordteil des Mittelmeers abstützen, die von Lissabon bis nach Ankara jeder modernen und ausgewogenen Neustrukturierung den Weg versperrten und damit ihr konservatives Engagement überzogen. Es konnte nicht im Interesse des modernen und aufstrebenden Israel gelegen sein, der nicht-verbündete Verbündete nur dieser

von den USA dominierten Welt zu werden und damit seine Handlungsfreiheit zu verlieren. Diese problematische Konstellation gab zugleich jenen Israeli Recht, die Israel als westliches Land im Orient verstanden wissen wollten — eine Auffassung, die — auf lange Sicht betrachtet — nur zum Nachteil Israels und zu seiner Unsicherheit beitragen konnte.

Patt im Mittelmeer

Gewiß konnten sich die Amerikaner diese Politik der Subventionierung angesichts ihrer florierenden eigenen Wirtschaft, angesichts eines wirtschaftsstarken und mit den USA verbündeten Westeuropas und nicht zuletzt wegen ihrer energiepolitischen Unabhängigkeit leisten. Sie zählten zu den größten Erdölproduzenten der Welt und waren von Energie-Importen unabhängig, traten also auch nicht als Konkurrenten ihrer Verbündeten auf dem Ölmarkt auf. Aber sie versperrten sich mit ihrem nördlichen und östlichen Flankenschutz im Mittelmeer, der zugleich die Durchfahrt durch den Suezkanal absichern sollte, den politischen Zugang zu der fanatisch aufwärtsstrebenden und auf Fortschritt orientierten arabischen Welt. Damit hatten sie für viele Jahre die ihnen durch den Kriegsausgang zugespielte Möglichkeit eingebüßt, im Orient und im Mittelmeer als der entscheidende Vermittler aufzutreten.

Die USA machten hier, genau wie später in Vietnam, aus strategischen Gründen den gleichen Fehler, ohne auch nur den von nachdenklichen amerikanischen Experten mehrfach vorgeschlagenen, freilich mit Risiken verbundenen Versuch zu wagen, die im „Linksnationalismus“ der Entwicklungsländer liegenden Chancen zu nutzen, die Wirtschaft dieser fremden Länder so uneigennützig, wie es für eine Weltmacht möglich ist, aufzubauen, deren Rohstoffe als landeseigene Reichtumsquellen mit zu erschließen und diesen Völkern ertragreiche Märkte zu verschaffen. Aber vielleicht sind solche Erwägungen dort, wo es um die Eroberung und Erweiterung von Macht geht, utopisch. Jedenfalls versperrte die puritanische Missionsidee — der „American Way of Life“ — den Amerikanern in der orientalischen Entscheidungsphase zwischen 1947 und 1970 den Zugang zu den alten Kulturvölkern Asiens und Afrikas und damit auch eine vernünftige Einflußnahme auf deren moderne Entwicklung.

USA und UdSSR — raumfremde Akteure

Die Sowjetunion handelte zwar nicht klüger als die Vereinigten Staaten. Auch ihre Vertreter verhielten sich in den alten Kulturlandschaften wie psychologische Trampeltiere: Sie gingen nur auf ihre imperialen Interessen, auf eine mehr oder weniger getarnte Stützpunktpolitik und auf die ideologische Subversion ihrer fortschrittsbeflissenen Partner aus. Aber sie gaben sich den progressiven Anstrich, Bannerträger der Freiheit für unterdrückte Völker zu sein. Sie lieferten ihren orientalischen Parteigängern oder Bündnispartnern Waffen für ihre Kriege, ließen sie sich zum Teil durch Devisen bezahlen und belieferten ihre Anhänger mit Bedarfsgütern. Damit zeigten sie ihnen die „richtige Marschrichtung“ im Sinne des „Großen Bruders“. Auch die Sowjetunion konnte sich das leisten, weil sie über genügend Energievorräte

im eigenen Land verfügte und darauf hoffte, im Orient neue Energiequellen hinzugewinnen zu können.

Am Ende dieser Epoche stand schließlich, gefördert noch durch die entsprechende maritime Globalstrategie des Kremls, das amerikanisch-sowjetische Patt im Mittelmeer. Dieses Patt erzwang geradezu die „Politik der Koexistenz“, ohne daß dadurch die Rivalitäten oder der Drang zu gegenseitiger Überflügelung ausgeschaltet worden wäre. Die Brandherde blieben. Ein britischer Diplomat sagte damals: „Es hat sich wenig geändert im Mittelmeer. Wir erleben nur neue Akteure in alten Kleidern. Nur eines unterscheidet sie von den alten Kolonialherren: Die Supermächte verfügen als raumfremde Potentaten nicht mehr über den kultur- und geistesgeschichtlichen Hintergrund, der den europäischen Kolonialherren immerhin noch zur Rechtfertigung ihrer verfehlten Kolonialpolitik diente.“

Die Rebellion der Araber 1973

Für diese raumfremden Potentaten im Mittelmeer schlug zu Beginn der siebziger Jahre die Stunde der Wahrheit, als die orientalischen Erdölstaaten ihren Protest gegen die Ölpreispolitik der westlichen Großkonzerne anmeldeten und — auf der Konferenz von Teheran im Februar 1971 beginnend — eine stufenweise Erhöhung der Erdölpreise durchsetzten. Diese Aktion der „Organisation Erdöl exportierender Länder“ (OPEC) traf zusammen mit drei für die Weltpolitik völlig neuartigen Erscheinungen:

1. Das in alarmierender Form vorgetragene Eingeständnis des amerikanischen Präsidenten Nixon, daß sich der Erdölvorrat der USA zu erschöpfen beginne. Damit verbunden war die Proklamation, daß die bisher in den USA übliche Importsperr für Erdöl aufgehoben und dementsprechend die USA auf dem Weltmarkt als Konkurrent ihrer westeuropäischen Bundesgenossen auftreten werde.

2. Das sehr verschlüsselte Eingeständnis der UdSSR, daß bei anhaltender Wachstumsrate die eigene Erdölproduktion etwa ab 1980 nicht mehr zur Versorgung der Sowjetunion ausreichen werde. Mit eingeschlossen in dieses Eingeständnis war die Erkenntnis, daß die sowjetische Technologie bis hin zu den Pipelines nicht für eine moderne Energiewirtschaft ausreiche und der westlichen Hilfe be-

dürfe. Damit trat also nun auch — wenn gleich mit geringeren Forderungen als der Westen — die Sowjetunion als Konkurrent der NATO- und der EG-Staaten auf dem internationalen Energiemarkt auf.

3. Sozusagen über Nacht wuchsen die Devisenvorräte und Einkaufsmöglichkeiten der Ölförderländer ins Ungemessene, zumal nun auch noch die verachteten „Multis“ in den Förderländern, die bisher über die Produktionsmengen bestimmen konnten, ganz oder zu mehr als 50 Prozent enteignet wurden, die Entscheidung über das Förderprogramm als in die Hände der Förderländer übergang. Das hat, vom Iran abgesehen, der gesamten arabischen Welt ungeheure politische Impulse gegeben. Sie spürte plötzlich Macht in ihren Händen — Macht, die auch die beiden Weltmächte, die Europäische Gemeinschaft und die Staaten des Warschauer Paktes unmittelbar treffen konnte.

Erdöl als Waffe

Der ägyptische Präsident Anwer el-Sadat und König Feisal von Saudi-Arabien haben sich diesen Boom zunutze gemacht, um daraus für die gesamte arabische Welt politisches Kapital zu schlagen. Sie organisierten, unterstützt

von vorwiegend konservativen arabischen Olistaaen, im Rahmen der „Organisation Arabischer Erdöl exportierender Staaten“ (OAPEC) den vierten arabisch-israelischen Krieg, in dem nun vier entscheidende Instrumente gegen den Staat der Juden eingesetzt wurden:

— Einmal die „Waffe Erdöl“ — nicht nur gegen Israel, sondern gegen alle israelfreundlichen Staaten, darunter die EWG (Frankreich ausgenommen), die USA und Japan; dieses Embargo sollte bewußt die westlichen Industriestaaten treffen.

— Die arabischen Staaten westlich des Nils schließen im Rahmen der „Organisation für Afrikanische Einheit“ (OAU) im Mai 1973 mit den schwarzafrikanischen Staaten einen Vertrag mit dem Titel „Charta der wirtschaftlichen Unabhängigkeit“. Der Inhalt kommt einem Bündnis gleich. Die schwarzafrikanischen Staaten verpflichten sich darin, die arabischen Staaten bei der Wiedergewinnung der von Israel besetzten Gebiete zu unterstützen und die „legitimen Rechte des palästinensischen Volkes“ zu vertreten. Als Gegenleistung versprechen die arabischen den schwarzafrikanischen Staaten, ihrem Kampf gegen „kolonialistische und rassistische Regierungen im Süden Afrikas“ größeres Augenmerk zu schenken. Damit war das Ende der für Israel so bedeutsamen, weil fruchtbaren Beziehungen zu den jungen Staaten Schwarzafrikas eingeleitet. Mit wenigen Ausnahmen wurden die diplomatischen Beziehungen der Schwarzafrikaner zu Jerusalem abgebrochen.

— Sowohl die Kreierung der „Waffe Erdöl“ wie die „Aktion Afrika“ wurden getragen von einer Propagandaflut, die sich nicht mehr nur gegen den Zionismus, sondern schlechthin gegen die Juden richtete. Sie bediente sich aller Elemente der nationalsozialistischen Agitation, angefangen bei den „Protokollen der Weisen Zions“ über den Aufruf zum Mord an den Juden, weil sie „die Feinde Gottes“ und der Menschheit seien, bis hin zu der Unterstellung, daß Zionismus und Rassismus gleichbedeutend seien⁴⁾. Auf diesem ma-

⁴⁾ Im Gegensatz zu rein politischer Agitation und Propaganda, wie sie beispielsweise in Südostasien und Schwarzafrika üblich ist, schaltet sich im Vorderen Orient (und auch in Afrika) der Islam mit seinen religiösen Institutionen aktiv in die politische Propaganda ein. Vgl. dazu u. a. „Arab Theologians on Jews and Israel“ (Editions de l'Avenir, Genf 1974). In dieser Broschüre werden von der Akademie für Islamische Wissenschaften die Stellungnahmen moslemischer Geistlicher gegen

kabren Weg, der dann auch in der Charta von Addis Abeba fixiert ist, sollen die schwarzafrikanischen Staaten mit ihrer Aversion gegen jede Form von weißem Rassismus an die arabischen Bündnispartner gebunden werden. Ausgangspunkt dieser Völkerverhetzung war die israelische Besetzung arabischer Territorien während des von den Arabern selbst ausgelösten Sechs-Tage-Krieges. Man verbreitete Broschüren über angebliche Unmenschlichkeiten der Juden gegenüber der arabischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten, ohne dafür Beweise zu liefern. Man prügelte den Juden und meinte den weißen Mann des Westens, den Kolonialisten, der nun für alles politische, wirtschaftliche und soziale Elend dieser Erde von einer „farbigen“ UNO-Mehrheit verantwortlich gemacht wurde. Der Jude und der Staat Israel wurden zu negativen politischen Symbolfiguren geprägt (UNO-Resolutionen 3236/3237 — XXIX). Damit begann die totale Umschichtung der Stimmenverhältnisse in den Vereinten Nationen. Der Auftritt Arafats vor der Plenarversammlung der UNO, die Resolution gegen den jüdischen „Rassismus“ (sprich: Zionismus“) und die Forderungen, Israel aus der UNO auszuschließen, kennzeichnen den Mißbrauch dieses internationalen Forums. Man sprach von der „Selbsterstörung der Vereinten Nationen“, die in der Tat seither einen erheblichen Gewichtsverlust hinzunehmen hatten.

— Die Sowjetunion hatte an die „Konfrontationsstaaten“ Syrien und Ägypten jene mo-

Israel veröffentlicht, die den Aufruf zum Völkermord einschließen. Die Schrift verlangt als „Ausweg“ und Alternative zur Existenz Israels das Aufgehen des Judentums in fremdnationale Völker. Wilhelm de Vries S.J., Die arabischen Christen im Nahostkonflikt, Sendung des Bayerischen Rundfunks am 7. 9. 1975. Eine sehr tiefgründige Analyse zum religiösen Thema liefert Friedrich Dürrenmatt. Er führt den Gegensatz Christen — Moslem — Juden in seinem Buch „Zusammenhänge“ (Essays über Israel, Zürich 1976) darauf zurück, daß die Juden im Gegensatz zu Christen und Moslems nicht den dogmatischen Anspruch erheben, die „Wahrheit“ zu vertreten, sondern die Wahrheit in der Erfüllung des Gesetzes zu suchen. In diesem Zusammenhang ist eine Resolution zur Nahostfrage von Bedeutung, die im Mai 1976 von den Außenministern der 42 islamischen Staaten in Istanbul verabschiedet worden ist. Darin gestehen auch die Türkei und der Iran der PLO ein Büro in Ankara und Teheran zu. Alle Staaten sprechen sich für die „Beendigung der zionistischen Besetzung“ aus, zweifeln Israels Legitimität an, setzen Zionismus gleich Kolonialismus und Rassismus und versprechen, auf den Ausschluß Israels aus den internationalen Organisationen hinzuwirken (Neue Züricher Ztg. FA., 18. 5. 76).

dernen Waffen geliefert, mit deren Hilfe der Oktoberkrieg von 1973 schließlich ausgelöst wurde. Es war die erste große arabische Rebellion mit nicht zu leugnenden Erfolgen. Sie hat in Verbindung mit der Wirksamkeit der „Waffe Erdöl“ in Israel und den westlichen Industriestaaten tiefe Schockwirkungen ausgelöst. Die Osteuropäer hielten sich in ihren Meinungsäußerungen zurück, obwohl auch sie unmittelbar durch Erdölpreis und Erdölverknappung getroffen wurden. Alle Industriestaaten schienen vergessen zu haben, daß sich in sehr großem Stil jenes Embargo wiederholte, das die arabischen Staaten schon im Krieg von 1967 in Szene gesetzt hatten. Da damals die Boykottwirkung nur kurz und nur von wenigen zu spüren war, hatte man diese Waffe nicht ernst genommen und die Wiederholung des Manövers nicht bedacht.

Mit diesen Ereignissen begann die vierte und bislang jüngste Phase in der modernen Orientgeschichte. Die Araber treten in ihr als weithin selbständige Akteure in der Weltpolitik auf, weil sie Druckmittel in der Hand halten. Sie wissen zwar, daß sie alleine nicht siegreich operieren können. Denn der ägyptische Anfangserfolg im Yom-Kippur-Krieg wäre ins Gegenteil umgeschlagen, wenn nicht amerikanische Pressionen und sowjetische Interventionsdrohungen gegen Israel ein Unentschieden daraus gemacht hätten. Aber die Araber haben sehr wohl aus der Hektik, mit der die westliche Welt auf das Erdölembargo reagiert hat, zu ihrer eigenen Überraschung erkennen müssen, wie einflußreich sie plötzlich geworden waren. Daraus haben sie die Überzeugung gewonnen, daß sie die Energieabhängigkeit der Industriestaaten vom arabischen Erdöl zu ihren Gunsten nutzen und damit den Westen auf längere Sicht zwingen können, seine Israel-Politik zu modifizieren. Die ägyptischen Rüstungsvereinbarungen mit der Volksrepublik China und die Anlehnung Syriens an die sowjetische Rüstungsindustrie (als sowjetisches Gegengewicht zu Ägypten) auf der einen, an Wirtschaft und Industrie des Westens auf der anderen Seite zeigen sehr deutlich, daß die Araber auch das Lavieren zwischen drei Weltmächten als Druckmittel zu benutzen verstehen, um nicht unter einseitige Pressionen zu geraten.

Damit wird also der vierte Israel-Krieg zum Ausgangspunkt für eine neue Politik der Weltmächte im Mittelmeer und im Vorderen und Mittleren Osten: Weil der Araber weiß, daß sein politischer Kurswert gestiegen ist,

daß die Weltmächte die arabischen Öl-mächte — je nach ihrer Methode — als Partner suchen, erstrebt auch er die Anlehnung an wenigstens eine Weltmacht. Aus dem Zusammenstoß von 1973 erwuchs also eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen den arabischen Staaten und den Weltmächten. Mit dieser veränderten Lage vergrößert sich aber auch die Kriegsgefahr. Denn ein Nahost-Krisen-Management hat in Zukunft nicht mehr nur die beiden „Großen“ zu beachten. Die Weltmächte können die orientalischen Öl-mächte davon nicht aussperren und sind von ihrer Kompromißbereitschaft im Krisenfall abhängig. Das heißt, daß die Gefahr von „Kleinkriegen mit großen Folgen“ größer geworden ist. Der von den Arabern inszenierte Oktoberkrieg 1973 beweist es. Damit gewinnt aber automatisch die Rolle der Diplomatie wieder an Bedeutung. Aber jene, die diese Kunst beherrschen, scheinen auszusterben.

Zwischen Israel und den Weltmächten ist das anders. Die Israeli sind durch diese neue Konstellation ins Hintertreffen geraten. Die Großmächte bedürfen zwar dieses Landes, um den arabischen Druck nicht übermächtig werden zu lassen und werden deshalb auch an Israel als politischer Größe — schon aus Eigennutz — festhalten. Aber die israelische Abhängigkeit von den Weltmächten, besonders von den USA, ist und bleibt trotz der Gunst der strategischen Lage *einseitig*. Israel hat für den amerikanischen Schutzschirm kein Äquivalent zu bieten. Die USA müssen — und darauf zielte wohl die bisherige Nah-Ost-Politik des amerikanischen Außenministers Kissinger ab — das amerikanische Interesse an den arabischen Erdölstaaten, besonders an Saudi-Arabien, und das an Israel miteinander koordinieren. Dieser Prozeß ist für die Israeli wahrscheinlich weit schmerzlicher als für die Araber.

Schwieriger schon wird es der Sowjetunion werden, ihre orientalischen Interessen zwischen Arabern und Israeli auszubalancieren. Für die Sowjets bleibt Israel, wenigstens zunächst, wie bisher eine Schachfigur, die ihnen dazu verhilft, im Vorderen Orient präsent bleiben zu können. Würden sie diese Schachfigur gänzlich preisgeben, dann würden sie automatisch auch einen Gewichtsverlust in den nahöstlichen Erdölstaaten hinnehmen müssen, zumal der sowjetische Kredit in der orientalischen Welt während der letzten Jahre erheblich abgenommen hat. Die Reise des so-

wjetischen Ministerpräsidenten Kossygin in den Irak und nach Syrien im Juni 1975 machte diese Schwäche offenbar.

Eines allerdings ist den Israeli und ihren unmittelbaren arabischen Nachbarn, den „Konfrontations-Staaten“ Syrien, Jordanien, Ägypten und Libanon, gemein: Die wirtschaftliche Lage ist da wie dort beängstigend. Israel, Syrien, Jordanien und Ägypten sind durch vier Kriege, der Libanon durch den seit 1969 anhaltenden Bürgerkrieg ausgepowert. Alle diese Länder sind bis in die dritte und vierte Generation verschuldet. Korruption, chronischer Geldmangel, eine Bevölkerungsexplosion ohne gleichen an Nil und Euphrat, ein ständiges Wachstum der Großstädte, Fehlplanungen, keine ausreichende Hygiene, ein ständig zunehmendes Auseinanderklaffen zwischen arm und reich, die ständigen politischen und wirtschaftlichen Umschichtungen von einer zur anderen Metropole seit der Zerstörung von Beirut — das alles sind, teils mehr, teils weniger, Kennzeichen für die arabischen Konfrontationsstaaten. Die Inflation ist Begleiterin aller Krankheits- und Krisenerscheinungen⁵⁾.

Diese Nachbarstaaten Israels sind samt und sonders, von kleinen Erdölquellen abgesehen, nicht mit Rohstoffen gesegnet, verfügen also auch nicht über die Einnahmen, die sie aus der Notlage herausreißen könnten. Damit aber werden sie von den „arabischen Staaten im zweiten Kreis“ abhängig, also von jenen arabischen Erdölförderländern, die hinter den Konfrontationsstaaten liegen und heute in den vollen Genuß der Bohrerfolge kommen, die mit der Ölquelle von Maschdschid-i-Suleiman am Persischen Golf, unter den Engländern 1908 und später unter Franzosen und Amerikanern auf dem Höhepunkt der Kolonialära, begonnen haben.

Diese reichen Araberstaaten haben ihre sehr eigenen Probleme. Sie sind — vom europäischen Gesichtskreis betrachtet — Entwicklungsländer. Die großenteils konservativen Regierungen müssen aufgrund der 1971 begonnenen Geldschwemme darangehen, ihre Länder zu modernisieren, eine dem Reichtum entsprechende Infrastruktur zu schaffen und Sozialreformen zu entwickeln, die auf der ei-

nen Seite dem als Gesetz gültigen Koran nicht widersprechen und auf der anderen Seite eine noch weithin existente Beduinenmentalität und Beduinengesellschaft überwinden. Deshalb importieren sie, oft in überdimensionierten Formen, industrielle Ware, zumeist aus dem Westen. Die Kapazität der Häfen aber reicht nicht aus, um die Importgüter schnell zu entladen und an Ort und Stelle zu bringen. Das ist oft mit großem Geldverlust und mit Planungsrückschlägen verbunden. Der durch die Erdöl-Geldschwemme entstandene Boom findet also durch die örtlichen Gegebenheiten seine Grenzen. Vielleicht kommt diese Bremse den Absichten der Regierungen zugute, weil sie es vermeiden wollen, durch allzu rasche Reformen Unruhen auszulösen und den in allen diesen Ländern tätigen Palästinensern samt ihren progressiven Ideen noch Vorschub zu leisten. Aber ob mit oder ohne Geldschwemme — der neue politische Auftrieb seit 1973 hat große nationale Träume und Vorstellungen entfesselt, die auf die Pharaonen, auf die alten Assyrer und auf das Reich der Omaisaden zurückgreifen. Diese Ambitionen werden zielstrebig verfolgt. Krisenerscheinungen rangieren an zweiter Stelle.

Arabische Bedingungen

Alle diese Schwierigkeiten könnten — aus mehrfachen Gründen — dazu verhelfen, für eine einigermaßen friedliche Bereinigung der Nahostsituation, sei sie auch schrittweise und bescheiden, Zeit zu gewinnen:

1. Es kann den erdölreichen Staaten der arabischen Welt nicht daran gelegen sein, in solcher Reform- oder Aufbauphase den Westen durch neue Ölpreiserhöhungen zu verprellen, weil die westlichen Industriestaaten zunächst als einzige die entsprechenden Industriegüter in den Orient liefern könnten.
2. Ein Scheitern der politischen und der wirtschaftlichen Pläne arabischer Regierungen würde den revolutionären Kräften in der arabischen Welt und der sowjetischen Nahostpolitik Auftrieb geben.
3. Die Aufbaupläne aller arabischen Staaten sind nicht in fünf oder zehn Jahren zu verwirklichen. Das wissen sie selbst. Wenn man heute in der arabischen Welt auf das Jahr 2000 setzt, so ist das schon großer Optimismus.
4. Die technologischen Schwierigkeiten der reichen Ölstaaten und die miserable Wirt-

⁵⁾ Carl E. Buchalla, Der hoffnungslose Kampf des Siegreichen, in: Süddeutsche Zeitung, 21. 4. 1976; Israels Handelsdefizit, Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 2. 1. 1976; Abwertung des israelischen Pfundes, Neue Zürcher Zeitung, 16. 3. 1976; Tribune 56/1975, Israel sucht sein Gleichgewicht, S. 6523.

schaftslage der Konfrontationsstaaten und Israels sprechen gegen jede kriegerische Auseinandersetzung. Sie würde den totalen Ruin der Gesamtregion mit sich bringen.

Eine amerikanische Außenpolitik, die diese Umstände nutzen will, wird eben wegen dieser Hemmnisse dabei auf ein zurückhaltendes Einvernehmen mit den arabischen Staaten stoßen und einen mehr oder weniger verklauulierten Konsens über das Existenzrecht Israels erreichen können — vorausgesetzt, daß Regierung und Parlament in Jerusalem wenigstens schrittweise, aber sichtbar, die territorialen Forderungen aller Staaten der Arabischen Liga erfüllt: Rückzug aus *allen* besetzten Gebieten. Vielleicht kann es über kleine Landstreifen Kompromisse geben. Vielleicht geschieht diese Entspannung auf dem Weg direkter Verhandlungen zwischen Israel und seinen Anrainern, vielleicht auch während neuer Nahost-Verhandlungen in Genf, vielleicht durch israelischen Dauerkontakt mit den Palästinensern (ein vielschichtig gewordener Begriff), vielleicht durch spröde Kontaktaufnahme mit der PLO. Das ständige Bemühen des österreichischen Bundeskanzlers Kreisky, über die Sozialistische Internationale Wege zum gegenseitigen Ausgleich zwischen den Hauptivalen in Nahost zu erschließen, mag dabei hilfreich sein. Das alles aber sind Sorgen zweiten Ranges. Wichtig ist aus arabischer Sicht nur, daß die Bedingungen der arabischen Anrainestaaten erfüllt werden.

„Arabische Vorstellungen, die Israeli ins Meer zu werfen, gehören längst der Geschichte an“; der Staat Israel habe ein Recht auf Existenz innerhalb gesicherter Grenzen. Dieser Satz wird Anwer el-Sadat zugeschrieben. Er soll ihn gegenüber dänischen Journalisten im April 1976 gesagt haben. Es wäre nicht das erste Mal, daß er sich solcher Äußerungen bedient. Aber kann man ihm, dem am meisten gefährdeten Staatsmann der arabischen Welt, auch trauen, auf sein Wort bauen? Spricht er damit auch für seine Kollegen aus der mehr konservativ eingestellten arabischen Welt? Drückt sich darin also eine Grundhaltung aus, oder ist es der Versuch, den Westen in Sicherheit zu wiegen, in Wirklichkeit aber eine Gewaltlösung anzustreben?

Das sind die Fragen, die in Israel gestellt werden und die westliche Welt bewegen, weil für sie noch immer der Nahe Osten der Krisenherd Nr. 1 der Weltpolitik ist. Es kann angesichts der wirtschaftlichen Zerrungen im Orient durchaus sein, daß Sadat, daß auch der

saudische König und sein jordanischer Kollege Hussein Zusicherungen dieser Art gegeben haben; aber wenn überhaupt, dann nur mündlich, um eine politische Entzerrung, verbunden mit der Räumung der besetzten Gebiete, zu erreichen. Die amerikanische Antwort auf solche Versicherungen scheint in einer Reihe von Vorleistungen zu bestehen, die sich in erster Linie auf die Sicherheit der konservativen Reform-Regime beziehen:

Für Saudi-Arabien, das sich im Gegensatz zum Kaiserreich Iran kein modernes maritimes Verteidigungsinstrumentarium geschaffen hat, um so auch die eigenen Erdölrouten durch den Suezkanal, den Indischen Ozean und um das Kap der Guten Hoffnung abzusichern, geht es um den Schutz der 2 200 Kilometer langen Seegrenze durch die amerikanische Großmacht. Angesichts der freien Passage durch den Suezkanal, der auch sowjetischen Kriegsschiffen offen steht, bleibt die Bedrohung des Wahhabitenreiches an seiner West- und Ostküste akut, damit aber auch im Krisenfall die Bedrohung seines Erdölreichtums.

Agypten-Astrologie

Für Ägypten gilt das gleiche, seit Sadat im Winter 1976 den einem Bündnis gleichenden „Freundschaftsvertrag“ mit der Sowjetunion vom Mai 1971 aufgekündigt hat. Die eigenen schwachen Seestreitkräfte bedürfen im Ernstfall einer erheblichen Stützung durch die amerikanische Mittelmeerflotte, zumal sich die Sowjets durch die totale Aufkündigung des Vertrags ebenso brüskiert fühlen wie durch die Lieferung von Rüstungs- und Ersatzmaterial durch China. Die Zukunft wird lehren, ob an diese Schwenkung des Nillandes nun eine politische Auflage aus China etwa derart gebunden ist, daß an die Stelle einer Genfer Nahostkonferenz (bisheriges Konzept von Sadat) eine afro-asiatische Gipfelkonferenz nach dem Muster von Bandung (1955) als Rückhalt für eine gemeinsame Front von Arabern und Afrikanern gegen Israel treten solle⁶⁾. Dies jedenfalls scheint den Ägyptern von der chinesischen Staatsfüh-

⁶⁾ Süddeutsche Zeitung, 27. 4. 1976: „Peking gegen Nahostkonferenz, China für afro-asiatisches Gipfeltreffen zur Frontbildung gegen Israel“. In diesen Zusammenhang gehört auch das sowjetisch-ägyptische Verhältnis. Dazu Neue Züricher Zeitung, 24. 4. 1976, F. A.: Die Demütigung Moskaus durch Sadat.

rung in Peking nahegelegt worden zu sein. Freilich kann man dies auch als den Versuch der Volksrepublik China werten, nach den verschiedenen politischen Niederlagen in Afrika wieder stärker ins afrikanische Geschäft zu kommen. Gleichviel — Moskau ist über diese Entwicklung tief verärgert. Es hätte wohl leichter ein langsames Einschlafeln der gegenseitigen ägyptisch-sowjetischen Vereinbarungen hingegenommen als eine politisch so scharf gezielte de-facto-Niederlage durch eine Mittelmacht vom Range Ägyptens. Kommentatoren in Paris haben sie — nicht ganz zu Unrecht — mit der Niederlage französischer und englischer Truppen im Nildelta (1956) verglichen.

Darüber hinaus steht Anwer el-Sadat vor dem gleichen Problem, an dem sein Vorgänger Gamal Abdel Nasser vor etwa 15 Jahren gescheitert und eben deshalb in den Dauerkrieg mit Israel — dem „allein Schuldigen“ — geflüchtet ist: der Bewältigung des ägyptischen Sozialproblems. Das ist ohne unpopuläre Maßnahmen nicht zu bewerkstelligen, schon gar nicht ohne erhebliche amerikanische, westeuropäische und saudi-arabische Kapitalhilfe. Schafft Sadat dies ohne „Unfall“ und ohne Flucht in einen neuen Krieg, dann erst zählt er zu den großen arabischen Staatsmännern. Krieg hingegen würde bedeuten, daß auch die Suezkanalzone, in der Sadat sein Aufbauwerk bereits begonnen hat, wieder zerstört würde und daß die Jahreseinnahmen aus der Kanal-Passage mit ca. 4 Milliarden Dollar (knapp 10 Mrd. DM) — etwas weniger als die Hälfte dessen, was Ägypten noch vor 1966 daran verdiente — wegfallen würden. Mit einer Reduzierung der Einnahmen ist sowieso nach der Eröffnung der SUMED-Pipeline zu rechnen, obwohl auch sie die Verletzlichkeit der Kanalzone und damit auch die Friedenschancen steigert⁷⁾. Insofern scheinen die Propheten, zunächst wenigstens, recht zu behalten, die die Rücknahme israelischer Truppen vom Suezkanal und dessen Wiederinstandsetzung als „Friedensgarantie“ bezeich-

net haben. Aufs Ganze gesehen, stehen die Sterne für Ägypten relativ günstig, soweit man mit politischer Astrologie und mit Hilfe von außen dem Herkulesproblem Ägypten überhaupt beikommen kann.

Jordanien und die Baath-Rivalen

Wieder anders steht es um das Haschemitenreich des Königs Hussein. Jordanien ist eingeklemmt zwischen die Forderungen der Palästinenser nach einem eigenen Staat und seinen eigenen Ansprüchen auf die Westbank, das Westjordanland, ohne das aber wiederum ein selbständiger Palästina-Staat nicht denkbar ist. Dazu kommt der Haß aller Palästinenser auf den König wegen seines Massakers an der PLO im Januar 1970. Husseins palästinensische Bürger und die Flüchtlinge im eigenen Land wurden dadurch ebenso verbittert wie die Palästinenser unter israelischer Besatzung. Wahrscheinlich ist der Haß gegen Hussein sogar um etliches größer als der gegen die israelischen Besatzer. Um so mehr aber ist Hussein, dessen Wüstenreich durch die letzten Kriege stark mitgenommen worden ist, auf westliche Kapital- und Waffenhilfe angewiesen. Wird sie ihm versagt, so droht er nach Moskau abzuwandern — und dies wiederum wäre gegen die gesamte Orientpolitik der USA, der es ja darauf ankommt, den orientalischen Einfluß der Sowjetunion so stark wie möglich einzudämmen. Husseins politische Lage hat ihn dazu gezwungen, sich an den nördlichen Nachbarn Syrien anzulehnen. Durch ihn würde er im Krisenfall Waffenhilfe aus Damaskus bekommen, dessen Streitkräfte aber so gut wie ausschließlich modernes russisches Rüstungsmaterial verwenden.

Freilich ist auch dieser bündnisähnliche Zustand für Jordanien ein zweischneidiges Schwert; denn Syrien hat nicht nur die gemeinsame syrisch-jordanische Front gegen Israel. In Asads Kopf, so sagen seine Kritiker und seine Anhänger, lebt die Vorstellung vom Assyrischen Großreich des Altertums (825 bis 626 v. Chr.), zu dem nicht nur der Libanon und das Israel von heute, sondern auch erhebliche Teile Jordaniens gehörten — von Babylon und dem Mederreich einmal abgesehen. Asads politische Konzeption scheint an Gewicht zugenommen zu haben, seit Sadat mit Israel das zweite Entflechtungsabkommen von Sinai geschlossen und in Asads Augen damit bekundet hat, nur im ägyptischen Interesse zu handeln, die gesamtarabischen dar-

⁷⁾ SUMED ist die Pipeline, die von der Umgebung von SUEZ nach dem MEDITERRANÉ, dem Mittelmeer, führt. Die Pipeline ist auf der einen Seite eine ernsthaftige Konkurrenz zur israelischen Pipeline von Eilat durch die Negev-Wüste nach Ashkalon. Sie verbürgt aber andererseits, da sie für den Aufbau der Friedenszone Ägyptens am Kanal von Bedeutung ist, zumindest ein militärisches Stillhalten. Sie war bereits lange vor dem Oktoberkrieg von 1973 geplant, ihr Baubeginn wurde aber bis 1974 aufgeschoben.

über aber zu vergessen. Für Syrien schien das aber zu bedeuten: Keine Rückgewinnung der Golanhöhen durch *alle* Araber; Verrat an der gesamtarabischen Sache; Preisgabe der palästinensischen Forderungen nach dem eigenen Staat; Brückierung der Baath (= Wiedergeburt)-Partei Syriens, die das Erstgeburtsrecht der panarabischen Idee für sich beansprucht und sich als syrischer (oder rechter) Flügel darum mit dem linken Baath-Flügel, der irakischen Regierungspartei in Bagdad, streitet; ein Streit, der übrigens sehr vehement von beiden Seiten auch im libanesischen Bürgerkrieg mit ausgetragen wird — eine der vielen Fronten in und um Beirut.

Asad hat also einen uralten Streit wieder ausgegraben: den zwischen den Euphrat-Tigris-Mächten und der Nilmacht — ein biblischer Rivalitätskampf, der hier nur im neuen Gewand erscheint und bei dem es letztlich um die Gunst Saudi-Arabiens für Damaskus oder Kairo geht. Der seit 1969 zunehmende Bürgerkrieg im Libanon, der seit 1975 den Charakter der Selbsterstörung des Landes trägt, war für Asad das Signal, seinen politischen Ideen näher zu kommen — anscheinend ohne eine neue Auseinandersetzung mit Israel vom Zaun brechen zu wollen. Die bedingungslose Verlängerung des Mandats für die UNO-Truppen auf den Golanhöhen über den 31. Mai 1976 hinaus scheint diese Tendenz der syrischen Regierung zu erhärten. Asad bedient sich in seiner Politik der sowjetischen Waffen, ohne mit Moskau einen Bündnisvertrag zu unterzeichnen, ferner eines ständig zunehmenden Handels und intensivierter Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen sowie zweier untereinander verfeindeter Bündnispartner: Jordanien und die Palästinensische Befreiungsbewegung. Sollte es Saudi-Arabien gelingen, zwischen Ägypten und Syrien zu vermitteln, so wäre dies allein schon deshalb von Bedeutung, weil König Chalid daran gelegen sein muß, seine Pipelines von der Arabischen Halbinsel in die syrischen Exporthäfen ungestört zu wissen.

Israels Politik am Scheideweg

Für Israel geht es bei alledem weniger um das zweite Sinai-Abkommen mit der Räumung von Abu Rodeis — den ägyptischen Ölquellen, die nach 1967 immerhin mehr als 50 Prozent des israelischen Erdölbedarfs deckten — und der Räumung des Gidi- und des Mitla-Passes als strategische Angelpunkte auf der Sinaihalbinsel. Für Israel geht es um

Machtveränderungen und Machtkonzentrationen an seiner östlichen und nördlichen Grenze. Noch jede israelische Regierung hat Umgruppierungen dieser Art als eine Gefährdung der israelischen Sicherheit angesehen. Deshalb ist für die Regierung Rabin der Bürgerkrieg im Libanon mit seinen möglichen Machtverschiebungen und mit den daraus resultierenden neuen politischen Konstellationen außenpolitisch das Kardinalproblem der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, zumal es erwiesen ist, daß die UdSSR mit Hilfe der Flugzeuge von Aeroflot auf dem Flughafen von Beirut laufend Waffen für die moslemische Kampffront in Israel liefert, die von Libyens Staatschef Ghaddafi an den Kreml bezahlt werden. Und dies an Israels Nordgrenze. Mit Mißvergnügen haben die Israeli in den beiden letzten Jahren zudem die großen nationalen Ansprachen Asads verzeichnet, in denen vom „größeren Syrien“ die Rede war. Deshalb fragen sie nervös, was dieses „größere Syrien“ denn sei. Sie fühlen, daß sie politisch an einem Scheideweg angekommen sind. Daher rührt auch die Polarisierung in der israelischen Innenpolitik.

Jordaniens Zusammenarbeit mit dem stärkeren syrischen Nachbarn — so argumentiert man in Jerusalem — mag durch die Verhältnisse erzwungen sein. Besonders gern hat es Hussein sicher nicht getan. Aber er weiß, daß auf längere Frist mit den Ägyptern einfach nicht zu rechnen ist; einmal, weil sie sich im zweiten Sinai-Abkommen von 1975 verpflichtet haben, drei Jahre Waffenruhe zu halten; zum anderen steht die ägyptische Armee inmitten einer Umrüstung vom sowjetischen auf westliche Waffensysteme. Das braucht seine Zeit — Fachleute sprechen von mindestens fünf Jahren —, während der die chinesischen Zulieferungen als Überbrückungshilfe dienen können, damit das Nilland auch innenpolitisch nicht wehrlos ist. Dennoch bleibt unter dem Strich ein Machtzuwachs für den syrischen Präsidenten, der zugleich — die Gelegenheit war günstig und der Bürgerkrieg zwang direkt dazu — zum Schirmherrn des Libanon wurde. Die drohende Teilung des kleinen Landes konnte er ebenso wenig zulassen wie eine militärische Niederlage der Palästinenser, die sich abzuzeichnen schien.

Beides hätte schwere innenpolitische Folgen in Syrien und für Asad selbst mit sich gebracht. So wurde denn Asad auch noch der Protektor der PLO und als Präsident des einzig aktiven Konfrontationsstaates gegen Israel einer der mächtigsten Männer in der arabi-

schen Welt, der sich zumindest des lautstar-
ken Zusporns von Algerien und Libyen er-
freut — jener beiden Ostaaten, die durch den
Konflikt um die Spanische Sahara „Solidarität
in bezug auf Palästina und die Westsahara“
bekundet haben^{*)}), damit also, an der West-
flanke Ägyptens gelegen, nicht gerade zu Sa-
dats engsten Freunden zählen. Asad spielt
mit großem Einsatz und bis zur Gegenwart
nicht ohne Geschick.

Dies alles ist eine in diesem Ausmaß für Israel
ungewohnte Machtverschiebung, zumal
sich der Sondercharakter des Libanon in den
letzten Jahren durch die „Gründung“ des El-
Fatah-Landes im südöstlichen Libanon, von
der PLO gründlich mißbraucht, schrittweise
aufzulösen begann. Auf diesem Weg wurde
— was 1969 noch durch den Einfluß Kairos
verhindert werden konnte — die PLO immer
mehr eines derjenigen Elemente, die das poli-
tische Leben des Libanon bestimmten. Daraus
resultieren drei gewichtige Fragen der Politi-
ker in Jerusalem:

1. Entwickelt sich angesichts der Umschich-
tung im Libanon von einem mehrheitlich
christlichen zu einem mehrheitlich moslemi-
schen Staat jenseits der israelischen Nord-
grenze ein ausgedehntes Reservat der PLO?
2. Steht am Ende des sich noch ständig dre-
henden Beirut Karussells ein zusätzlicher ara-
bisch-moslemischer Konfrontationsstaat unter
syrischer Protektion als Beginn eines „größeren
Syriens“?
3. Wird von Syrien à conto der verschiede-
nen Bündnisse und Einflüsse in Jordanien,
Syrien und der PLO nun eine etwa 900 km
lange Ostfront gegen Israel aufgebaut, die
von Rosh Ha Niqra an der nördlichen Mee-
resküste Israels bis nach Akaba in der
Nachbarschaft von Eilat reicht? Eine Front,
die im Angriffsfall Ägypten aus Solidaritäts-
gründen zwingen könnte, seine Versprechun-
gen aus dem zweiten Sinai-Abkommen zu
brechen?

Es zwingt zum Nachdenken, daß die Israeli
diese offenbar sehr prekäre Situation mit Ge-
wehr bei Fuß abwarten und entgegen allen
Gepflogenheiten bisher nicht in die Entwick-
lung eingegriffen haben. Im Gegenteil: Die
Regierung Rabin ließ wissen, daß der Litani-

Fluß im südlichen Libanon als „rote Alarm-
linie“ betrachtet werde, also als Sicherheits-
linie, die von den libanesischen Kampfpar-
teien nicht überschritten werden dürfe. Gleich-
zeitig haben die USA, die in Israel durch einen
sehr „harten“ Botschafter vertreten sind, zwi-
schen Syrien und Israel vermittelt, damit das
Einsickern syrischer und die Aktivität palästi-
nensischer Streitkräfte im Libanon nicht zu
nahöstlichen Eskalationen führe.

Dies ist unbestritten ein Wandel in der israe-
lischen Sicherheitspolitik. Es gibt dafür eine
nicht aus der Luft gegriffene, interessante
Vermutung: Der Libanon nach dem Bürger-
krieg behält nach außen als mehrheitlich
moslemisches Staatswesen seine Selbständig-
keit, steht in Wirklichkeit aber unter dem un-
sichtbaren Protektorat von Damaskus, das zu-
gleich die Schirmherrschaft über die PLO be-
hält und diese — etwa als Sondereinheit — in
die syrische Armee eingliedert, wie es bereits
mit den syrischen Saika-Partisanen geschehen
ist. Läßt Israel dies ohne Intervention gesche-
hen, so bietet Syrien, das sich durch die liba-
nesischen Wirren selbst gefährdet glaubt,
für diesen, von den Amerikanern zumindest
geduldeten Machtzuwachs seine Bereitschaft
an, gegenüber Israel stille zu halten — vor-
ausgesetzt, daß es besetzte Gebiete schritt-
weise räumt. Abkommen über einen Palä-
stina-Staat und möglicherweise noch über
die Golanhöhen könnten dann in relativer
Ruhe ausgehandelt werden. Es scheint für
diese „Verwandlung des Libanon“ reale Hin-
tergründe zu geben. Man behauptet in diesem
Zusammenhang sogar, daß die Macht der PLO
gezügelt oder eingedämmt sei. Man verweist
darauf, daß die Person Arafats nicht mehr
unumstritten ist und daß Asad den radikalen
Flügel des syrischen Baath ebenso ausgeschalt
et habe wie die syrischen Kommunisten
und bezeichnet eben diese Sachverhalte als
Symptome für den Wandel. Man mag dies mit
Zurückhaltung zur Kenntnis nehmen.

Freilich ist mit solchen orientalischen Win-
kelzügen die Gefahr für Israel keineswegs ge-
bannt. Praktisch wäre nämlich Syrien dann —
rein energiepolitisch betrachtet — Herr über
vier Pipelines mit den entsprechenden Pacht-
oder Vertragsgeldern. Je zwei dieser Pipeli-
nes kommen aus dem Innern der arabischen
Welt und enden an der syrischen und der liba-
nesischen Küste. Demgegenüber steht Israel,
das nach dem Verlust von Abu Rhodeis mit
einer Jahresförderung von 3,5 Mill. t so gut
wie völlig auf Erdölimporte — vorwiegend
über die „Multis“ aus dem Iran — und den

^{*)} Arnold Hottinger, Umwälzungen der Allianzen
in Nordafrika, in: Neue Züricher Zeitung, 11./12. Ja-
nuar 1976, F. A.

dafür notwendigen Schutz durch die USA angewiesen ist. Zusätzlich muß es noch die Konkurrenz von SUMED durchstehen und so viel importieren, daß trotz der konkurrierenden ägyptischen Raffinerien die eigene Raffineriekapazität mit neun Millionen Tonnen auch ausgelastet ist. (Jährliche Durchsetzungsmöglichkeit durch die Pipeline Eilat-Ashkelon: 7,6 Mill. t; eine Million mehr als der eigene Verbrauch.) Das ist eine neue energiepolitische Lage für Israel, die seine Bewegungsfreiheit hemmt.

Andererseits aber sind die Israeli davon überzeugt, daß die Syrer auch mit jordanischer Unterstützung nicht in der Lage wären, einen Krieg gegen Israel zu gewinnen. Israels militärischer Optimismus kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es der Kriege müde ist und selbst fühlt, daß weitere, auch siegreiche Kriege nur gegen Israel ausschlagen würden. Eben deshalb ist das Land — wie Premierminister Rabin sagte — „zu schmerzhaften Entscheidungen bereit“. Denn auch Israels innere Lage hat sich, verglichen mit den ersten Jahren nach dem Sechs-Tage-Krieg, nicht zu seinem Vorteil gewandelt. Die Kräfteverschiebung in der orientalischen Gesamtregion macht sich auch im Landesinneren bemerkbar. Die Wirtschaft stöhnt unter der Last von vier Kriegen, die das Land bis in die vierte Generation verschuldeten. Die Landesverteidigung nimmt mit 40 Prozent den größten Posten im Staatsbudget ein und drückt daher alle kulturellen Vorhaben in den Hintergrund.

Seit 1975 wissen die Israeli, daß sie sparen müssen. Die Ansprüche im Lande gehen zurück. Eine Inflationsrate von monatlich zwei Prozent, eine Steuerreform, die nun auch die Indexpapiere mit einschließt und der Mehrwertsteuer nicht mehr aus dem Wege geht, soll — von einer Reform des Kapitalmarktes begleitet — die Stabilisierung der Löhne ermöglichen und den schwarzen Devisenhandel in der Altstadt von Jerusalem und Jaffa überwinden. Die Überbeschäftigung wird dadurch abgebaut. Vielleicht hören damit auch die so anarchischen Streikwellen in den Hafenstädten und im Flugverkehr auf. Am stärksten von diesen Veränderungen ist Israels Baugewerbe betroffen, dessen Dimensionen den wirtschaftlichen Verhältnissen Israels nicht mehr entsprachen. Mit der immer umfangreicheren Beschäftigung arabischer Arbeiter in den besetzten Gebieten begann so etwas wie eine geistig-politische Korruption, weil nun plötzlich die Araber die einfache Arbeiterschaft zu stellen begannen und damit eine In-

tegration der Juden in ihre Gesellschaft und ihren Staat nach vernünftig gestaffelten Sozialvorstellungen gebremst wurde.

1967 glaubten die Israeli, sie hätten mit den besetzten Gebieten Faustpfänder gewonnen, mit deren Hilfe sie die Anerkennung ihres Staates durch die Araber und damit auch den Frieden in der Region würden erzwingen können. Inzwischen freilich haben diese Faustpfänder durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung ihren ursprünglichen Wert verloren. Sie dienen aber noch immer den Arabern dazu, propagandistisch in aller Welt ein negatives Image des Judenstaates aufzubauen, ihn als „Staat der Aggressoren, Imperialisten und Rassisten“ zu verunglimpfen und das ihnen so verhaßte ursprüngliche „Wunder Israel“ unter den Tisch zu kehren. Tatsächlich stehen auch die besetzten Gebiete der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen durch die schwarzafrikanischen Staaten im Wege, obwohl gerade dort das große Loblied der Israeli gesungen wird, nachdem man gemerkt hat, wie sehr die Araber ihre schwarzen Verbündeten betrogen haben: „Die Juden aus Israel waren bisher die einzigen, die unseren Staat, seine Menschen und unsere Notwendigkeiten richtig gesehen und uns geholfen haben“ — so erklärte jüngst der engste Mitarbeiter eines schwarzafrikanischen Staatschefs im Privatgespräch. Dazu ein Beispiel: Die Erschließung von Nigerias Erdölreichtum geht sehr wesentlich auf die Hilfe Israels zurück. Allerdings scheinen sich die Chancen einer Verbesserung der diplomatischen Kontakte zwischen Jerusalem und Schwarzafrika verringert zu haben, seit der Premierminister aus Pretoria im Frühjahr 1976 seinen Israel-Besuch absolvierte. Denn nun argumentieren die radikal-geführten afrikanischen Staaten, daß damit Israel seinen „Rassismus“ geoffenbart habe, ohne zu überlegen, ob nicht die israelische Regierung dem Besucher aus Pretoria nahelegte, die Apartheid-Schranken abzubauen, also dem Frieden in Afrika zu dienen⁹⁾. Den Palästinensern freilich würde solch eine Vorstellung nicht in ihr Konzept passen.

⁹⁾ Die Beziehungen zwischen den Juden in Palästina und den Buren haben eine bald 100jährige Tradition. 1883 sandte die jüdische Gemeinde in Jerusalem an den Ersten Präsidenten der Burenrepublik, Ohm Krüger, eine namhafte Geldspende. Die starke Anlehnung der Burenkirche an das Alte Testament spielte dabei eine große Rolle. Premierminister Smuts beeinflusste stark die Niederschrift der Balfour-Deklaration. Sein Nachfolger, Hertzog, erließ die pro-zionistische Erklärung des Jahres

Der Staat der Palästinenser

Zwangsläufig sind auch die knapp 400 000 arabischen Staatsbürger Israels in den Sog dieser brisanten Entwicklung geraten. So emotional sie in den Jahren 1950 bis 1967 während Israels Aufstieg ihre Verdienstmöglichkeiten begrüßten, so sehr sind sie nun auch über den Rückgang betroffen, obwohl sie noch immer sehr viel geringere Steuern zahlen müssen als die Juden. Diese Unzufriedenheit der israelischen Araber ist für den Staat eine schwere Bürde. Sie wird ihn zwingen, seine Rolle als Besatzungsmacht in relativ kurzer Zeit zu liquidieren; denn der Unmut gegen Israel wurde in den besetzten Gebieten geboren und schlug auf dem Weg über die Verwandtschaft auf die arabische Minderheit in Israel selbst über. An sich war der Sinneswandel unter den arabischen Israeli nicht verwunderlich und von Israeli mit Spürsinn auch lange erwartet worden, weil schon kurz nach dem Krieg von 1967 hier das Problem einer doppelten Loyalität zu merken war — eine Erscheinung, die den Juden in ihrer langen Geschichte nicht fremd ist, nur daß die Araber die Folgen des wirtschaftlichen Rückgangs bewußt und gezielt als „rassistische Zurücksetzung“ bezeichnen. Hier offenbart sich der äußere Einfluß auf die Palästinenser im israelischen Hoheitsgebiet.

Es wäre eine Unwahrheit zu behaupten, Israel hätte eine „barbarische Besatzungspolitik“ betrieben, wie man es heute in Propagandaschriften der PLO oder der Arabischen Liga lesen kann. Die Israeli hatten sogar in den ersten Jahren dadurch, daß sie als Besatzungsmacht kaum sichtbar waren und die Araber neue und rentablere Wirtschaftsmethoden lehrten, ausgesprochene Erfolge zu verzeichnen. Die „Politik der offenen Brücken“ und die arabische Besucherwelle aus den Nachbarstaaten schienen das Verhältnis tatsäch-

lich zu wandeln¹⁰⁾. Die Araber auf der Westbank und in Israel verdienten so gut wie noch nie zuvor, das Sozialsystem der Histadrut funktionierte ebenso wie, nach anfänglichen Mißgriffen, das Schulsystem. Aber der materielle Wohlstand allein konnte noch niemals in der Geschichte einen Wandel der Mentalität bewirken. Die Israeli mußten diese Erfahrung nach dem Ende einer glanzvollen Pionierzeit machen. Es war in allem für diejenigen, die noch in Europa geboren waren, eine schmerzhaft Enttäuschung.

Vier Ereignisse haben dazu beigetragen: Das dreifache Nein der Arabischen Liga in Kharatum im Herbst 1967: keine Verhandlungen, keine Anerkennung, kein Frieden; die Guerillatätigkeit der PLO, die die arabische Bevölkerung, die Politiker und die Sicherheitsbehörden in aller Welt einschüchterte und zu harten israelischen Gegenschlägen herausforderten; der Überdruß an israelischen Patriarchalismus sowie die mit dem Yom-Kippur-Krieg und dem Ölboykott verbundene Umschichtung im orientalischen Kräfteverhältnis. Man mag noch hinzufügen: Den Arabern war das ebenso beneidete wie verhaßte „Musterland“ auf die Dauer zu „europäisch“. Je länger nun die Westbank und der Gazastreifen besetzt gehalten wurden, desto härter wurden auch die Auseinandersetzungen, übrigens auch die innerhalb der jüdischen Bevölkerung. Sie stritt darüber, ob die Besatzungsgebiete ganz einzugliedern seien (so die Rechtsopposition) oder ob sie nicht so rasch wie möglich als eine

¹⁰⁾ Vgl. Amos Elon/Sana Hassan, Dialog der Feinde, Wien 1974, und Israel-Berichte (Deutsch-Israelische Gesellschaft), Nr. 1, 1976, Zionismus auf seine Karikatur reduziert, Interview mit Sana Hassan. Zu leicht macht es sich in der Beurteilung der Lage in Israel und im Judentum Jürgen Thorwald (Heinz Bongartz), deutscher Bestsellerautor der Nachkriegszeit, mit seiner, einem demnächst erscheinenden Buch vorausgehenden Serie in „Die Zeit“ (Nr. 10 und 11, 1976) unter dem etwas triumphierenden Titel „Der Mythos Israel zerbrach“. Er sammelte aus der Vorgeschichte und aus der Zeit nach der Gründung Zitate von Antizionisten, die sich gegen die israelische Staatsgründung aussprechen. Er stützt sich nach eigener Aussage auf jene, „denen solche religiöse Mystik fehlte“. Der Staat Israel ist aber nur von dem religiösen Grundmotiv der Juden zu verstehen. Vgl. dazu die Geschichte des Zionismus von Walter Laqueur, Der Weg zum Staat Israel, Stuttgart 1975; Rolf Rendtorff, Israel und sein Land, München 1975; Axel Silenius, Antisemitismus — Antizionismus, Schriften der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1973; Sigrud Bauschinger, Jüdische Selbstbesinnung in Amerika, Renaissance als Folge des Israel-Konflikts, Die Entdeckung eigener Traditionen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Februar 1976.

1926, Malan besuchte Israel als Premierminister 1953. Vgl. dazu Christoph von Imhoff, Jüdischer Pluralismus in Südafrika, in: EMUNA 2/1972; offenbar fühlen sich die Schwarzafrikaner durch die neuerlichen Beziehungen zwischen Pretoria und Jerusalem brüskiert (Süddeutsche Zeitung, 20. 4. 1976: Kühles Verhältnis der Afrikaner zu Israel; Neue Züricher Zeitung, 20. 4. 1976, F. A.: Afroasiatische Front gegen Israel und Südafrika, und 14. 4. 1976: Afrikanische Kommentare zur Israelreise Vorsters; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 4. 1976: Jerusalem spielt Vorsters Besuch herunter). Über die engen Beziehungen zwischen den schwarzafrikanischen Staaten und Israel vgl. Christoph von Imhoff, Israel — Die zweite Generation, Stuttgart 1964, S. 250 ff.

nicht tragbare Hypothek abgestoßen werden sollten. Die Regierung stand zwischen zwei Fronten. Damit aber begann nun auch die Diskussion um den eigenen Staat der Palästinenser sehr konkrete Formen und Überlegungen anzunehmen. Sie wurde durch die Spannungen zwischen Arabern und Juden nur noch beflügelt.

Die die Juden wie die Araber gleichermaßen treffenden Bodenenteignungen in Galiläa, die von der Regierung nur ungern gesehene jüdische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten, der Protestmarsch der Rechtsopposition durch das Westjordanland, deren provokative Gebetsaktionen auf dem Gebiet der moslemischen Heiligtümer (Tempelplatz) und die Ausweisung arabischer Politiker aus der Westbank haben schließlich im Frühjahr 1976 zum Sieg der jungen Palästinenser in den Gemeinderatswahlen der besetzten Gebiete geführt. Die alte Gilde der Notabeln ist unterlegen. Seither sprechen arabische Staatsmänner an Euphrat und Nil von dem künftigen Palästinenserstaat, in dem das Westjordanland und der Gazastreifen durch einen Korridor verbunden werden sollen, als einen „Schlüssel zum Frieden“¹¹⁾.

Sicher — der Sieg über die Notabeln bedeutete auch eine Absage an die israelische Besatzungspolitik. Aber ist es nicht wichtiger, daß sich hier eine „neue Generation“ durchgesetzt hat, eine — so möchte man hoffen —, die die alten und oft korrupten Praktiken arabischer Feudalisten und Großgrundherrschaften verwirft, weil sie ihre Völker nicht weiterbringen können? Die PLO ist nun das erste Mal in Stadtparlamenten vertreten, zum ersten Mal staatspolitisch legalisiert und jenseits des Freischärkertums auch in die politische Verantwortung mit regulären Abgeordneten hineingewählt. Die israelischen Politiker werden mit diesen PLO-Vertretern zwangsläufig verhandeln müssen — und umgekehrt.

Dieser neuen palästinensischen Generation steht eine neue Generation israelischer Juden gegenüber, welche die europäischen Judenpogrome mit ihren verständlichen Traumata nicht mehr erlebt hat, die selbst nicht mehr europäisch ist, von den eigentlichen Antriebsmomenten der ersten Zionisten kaum noch

¹¹⁾ Neue Züricher Zeitung, Israels Siedlungspolitik (29. 4. 1974), Ideen Sadats zu einer Nahostlösung (27. 4. 1976), Israelische Schlappe in Cisjordanien (14. 4. 1976), F. A.; Zeev Barth, Unruhen in Galiläa, Allgemeine jüdische Wochenzeitung, Düsseldorf, 9. 4. 1976.

Kenntnis nimmt und sehr nüchtern auf dem Boden ihres Staates steht¹²⁾. Sie ist die erste orientalisch-jüdische Generation in Israel. Daraus allerdings schließen zu wollen, daß sie etwa bereit wäre, ihren Staat zu opfern und dem PLO-Konzept vom säkularen Staat Palästina mit drei gleichberechtigten Religionen (nicht Völkern!) zuzustimmen, wäre illusorisch. Ihnen zeigt der Kampf der PLO im Libanon und das nun sichtbar werdende Resultat, wie unreal diese Konzeption ist.

Gerade weil diese Generation in Israel geboren worden ist, wird sie den jüdischen Staat nicht preisgeben. In Gesprächen weist sie immer wieder darauf hin, daß ihr Lebensrecht als Juden im Heiligen Land historisch tiefere Wurzeln hat, daß sie in einer ganz anderen Form und viel überzeugter zionistisch sei als die Gründergeneration, ohne deshalb den Palästinensern ihr Lebensrecht in deren eigenem Land abzustreiten. Freilich hat diese Jugend, da in Israel die Abneigung gegenüber die UdSSR und der Anti-Kommunismus verständlicherweise relativ populär sind, ein erhebliches Bedenken, das ein 22-jähriger Student jüdisch-orientalischer Herkunft so formuliert hat: „Wenn wir mit den Palästinensern in Zukunft loyale Nachbarschaft halten wollen, dann geht es nicht, daß Moskau diesen Staat zur bewaffneten Faust gegen unser Land macht.“ Hierin liegt die eigentliche Sorge der Israeli gegenüber dem kommenden Palästinastaat begründet. Sie trägt zu dieser seltsamen Stimmungslage zwischen Resignation und Optimismus im heutigen Israel bei.

Zwischen Resignation und Optimismus

Es gibt Israeli, die aus diesen und ähnlichen Gründen dem Land — ganz oder zeitweise — den Rücken kehren. Die israelischen Einwanderungsbehörden haben sich den Kopf darüber zerbrochen, was die eigentlichen Gründe für diese angebliche Resignation sein könnten. Wenn man alle nur denkbaren Argumente mit ins Feld führt und die Schwankungen über die Jahre hinweg vergleicht, so bleiben zwei Feststellungen wohl sicher: Einmal gibt es seit Beginn des Staates Wanderungsbewegungen in erstaunlich hohen Prozentsätzen (1970 z. B. 139 700

¹²⁾ Vgl. dazu Rolf Schloß, Quo Vadis Israel?, Vortrag von Ende Oktober 1975, und Christoph von Imhoff, Tribüne, 14. Jg., Heft 56, 1975, Israel sucht sein Gleichgewicht, auch Allgemeine Zeitung (Mainz) vom 24. 12. 1975: Fast ohne Holzpflug.

Ausreisende, 134 800 Rückkehrer; 1975 eine noch größere Fluktuation mit 242 500 Ausreisenden und 227 600 Rückkehrern). Je größer die politische Unsicherheit wurde, desto größer die Wanderungsbewegung, desto größer auch die Differenz zwischen Aus- und Rückwanderung (1974 ein Minus von 23 500, 1975 eines von 14 900). Dabei handelt es sich in vielen Fällen um Auswanderer auf Zeit. Eine Preisgabe der Staatsbürgerschaft kann man nur in Einzelfällen feststellen. Dazu kommt die verärgerte Haltung der Einwanderungsbehörden, die nur selten bereit waren, den Rückwanderern die Heimkehr zu erleichtern, weil sie dazu neigen, Auswanderung als Verrat oder als Mißerfolg der Gesellschaft im Lande anzusprechen. Die Rückkehrer aber sind häufig besser ausgebildet, haben mehr Erfahrung und damit auch größere Chancen. Alles in allem kann man heute mit knapp 300 000 Auslandsisraeli rechnen — eine Ziffer, die erst in den letzten beiden Jahren erreicht worden ist und die den jüdischen Anteil an Israels Bevölkerung gesenkt hat, während der Anteil der israelischen Araber seit 1949 von 190 000 auf knapp 400 000 gestiegen ist. Bei ihnen aber wiegt der Abgang der Jugendlichen stärker als bei den jüdischen Israeli¹³⁾.

Man mag dabei von Resignation sprechen, von Abwartehaltung, von der mangelnden Bereitschaft, materielle Opfer auf sich zu nehmen. Denkt man an den relativ hohen Prozentsatz der Abwanderung von Künstlern aller Sparten, so müßte man von einer Gefahr der kulturellen Auszehrung sprechen, die die Befürchtung hochkommen läßt, der Staat Israel würde leichter als in den Pionier-Jahren der Levantinisierung anheimfallen. Dieses Gespenst hing noch immer über dem kleinen Staatswesen, ist aber vielleicht als nicht allzu gravierend in einer Phase anzusehen, in der es auf den Ausgleich zwischen Juden und Arabern im Vorderen Orient ankommt. Solch ein Ausgleich nämlich könnte das Fundament abgeben für eine größere Stabilität, die dann auch die Rückkehr und besonders die Neuzuwanderung beflügeln könnte, von der in den drei letzten Jahren — verglichen mit früher — nur bescheidene Ziffern (um die 10 000) vorliegen.

¹³⁾ Die Angaben verdanke ich der liebenswürdigen Mithilfe von Jehuda Ariel, Nahariya/Israel, und von Johannes Wachten, der die israelischen Forschungsergebnisse aus dem Hebräischen übersetzt hat (Dov Zamon, Warum wandern sie aus? Jediot acheronot, 5. 3. 1976).

In all diesen Ziffern und ihren Hintergründen sind natürlich auch jene Fehler erkennbar, die in der Vergangenheit nun einmal gemacht worden sind. Die junge israelische Generation reiht sie sehr unsentimental aneinander:

— Die ost- und westeuropäischen Paten des heutigen Israel, die Begründer des Zionismus — Pinsker, Hess und Herzl — hatten in ihren Vorstellungen, wahrscheinlich mangels hinreichender Kenntnisse, keinen Raum für die Araber und für das Zusammenleben mit ihnen.

— Die Israeli brachten den Arabern in Israel nach 1948 zu viel Mißtrauen entgegen und versagten ihnen deshalb den eigenen politischen Bewegungsraum in eigenen arabischen Parteien. Folge: Die im Frühjahr 1976 bei den Gemeinderatswahlen in Galiläa sichtbare Protestflucht in die kommunistische Partei, die schon in den 50er Jahren einen Bürgermeister in Nazareth gestellt hatte, und außerdem Streiks. Parallel dazu war das Vorgehen auch in den besetzten Gebieten.

— Viele Israeli haben samt ihren Regierungen allzu lange bestritten, daß die Palästinenser sich zu einem Volk zusammengefunden haben. Dadurch wurde die palästinensische Opposition noch verschärft¹⁴⁾.

Parallele Fehler treffen wir auf der arabischen Gegenseite an:

— Die Araber wissen so gut wie nichts von der uralten Geschichte der Juden, lassen die

¹⁴⁾ Die arabischen Definitionen über das palästinensische Volk reichen, zumeist etwas euphorisch, bis in die frühmittelalterliche Geschichte. Das hält wissenschaftlich-ethnischen Erkenntnissen der europäischen Forschung nicht stand. Die Araber in Palästina haben sich die Volkseigenschaft und ein eigenes Nationalbewußtsein erst seit 1948 mühevoll und mit härtestem Freischärlertum erkämpft. Vgl. dazu Rolf Tophoven, Fedayin — Guerilla ohne Grenzen (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Heft 97, Bonn 1973, S. 23 ff.; Gerhard Konzelmann, Vom Frieden redet keiner, Stuttgart 1971, und ders., Die Araber und ihr Traum vom Großarabischen Reich, München 1974, Antizionismus — Antisemitismus, Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, 1973, S. 72 ff. Die eigentliche Proklamation des palästinensischen Volkes und eines palästinensischen Nationalbewußtseins ist erst nach 1956 zu erkennen. Vorher sprach man auch in den Resolutionen der UNO immer nur von den in Palästina lebenden oder von dort geflüchteten Arabern. Zur jüdischen Volksproblematik: Rolf Rendtorff, Israel und sein Land, München 1975, S. 12—29.

Geschichte mit Muhammed beginnen und meinen, die Juden seien nur aus Westeuropa (!) gekommen, um die Palästinenser zu vertreiben. Die Judenpogrome in ganz Europa sind für sie kaum ein Gegenstand der Diskussion oder des Nachdenkens.

— Die meisten Araber leben aufgrund des fehlerhaften Geschichtsbildes in der Vorstellung der wenigen antizionistischen Juden, die den Staat Israel ablehnen, übersehen aber, daß es sich hier um eine intellektuelle Minderheit handelt und daß die Mehrheit der Juden in aller Welt in diesem Staat der Juden einen Rückhalt sieht, ob sie nun Zionisten sind oder nicht.

— Die meisten Araber bestreiten den Juden das Recht, sich als Volk oder Nation zu bezeichnen, weil eine Religionsgemeinschaft keinen Staat begründen könne¹⁵⁾. Sie bestreiten aber nicht, daß es ohne Muhammed und den Islam keine arabischen Völker geben würde.

Wenn es wahr ist, daß die beiden Kontrahenten, Juden und Palästinenser, in einem Umbruch ihres Lebensgefühls stehen, so müßte zwangsläufig der Zeitpunkt kommen, in dem man sich auf das Mit- und Nebeneinanderleben einrichtet. Die Israeli der jungen Generation kommen nicht aus der Diaspora und nicht aus einer antisemitischen Umwelt, sondern sie wird von der Begegnung mit dem Orient und den Arabern geprägt. Die Palästinenser haben im Guten wie im Bösen ihren israelischen Nachbarn kennen gelernt. Beide haben aus Mißtrauen heraus ihr Sicherheitsdenken überzogen, indem sie sich gegeneinander abgegrenzt haben. Die israelischen Regierungen haben daraus seit 1967 einen Fetisch gemacht und ihm das politische Handeln unterworfen. Dennoch können die Palästinenser sicher sein, daß Haß den Israeli im großen und ganzen fremd ist. Hier haben die Araber, und die Palästinenser als Teil von ihnen, durch Politik und Propaganda ein Übersoll erfüllt, haben dabei aber ihr Ziel fixiert, ihre Vorstellungswelt umschrieben und — den Juden ähnlich — ihre Grenzen kennen gelernt; ihre Grenzen auch in der arabischen Welt, z. B. in Syrien¹⁶⁾. Selbst wenn sie den eigenen Staat

¹⁵⁾ Die sogenannte antizionistische Bewegung wird im arabischen Weltbild und bei den Gegnern des Staates Israel sehr häufig überschätzt. Vgl. auch dazu die Äußerungen der arabischen Publizistin Sana Hassan in Israel-Berichte, a. a. O.

¹⁶⁾ Neue Zürcher Zeitung, Israels Palästinenserpolitik am Scheidewege, Verknüpfung mit Syriens neuer Machtstellung, 25. 2. 1976, F. A.; Süddeutsche

Zeitung (Manfred F. Schröder), Israel kann auch einen neuen Krieg gewinnen, 21. 10. 1975; Peter Scholl-Latour, Das zusätzliche Risiko Israels, Allgemeine Zeitung (Mainz), 24./25. 4. 1976; Europa-Archiv, Elizabeth Picard, Syrien in der Phase des Wiederaufbaus und die Aussichten für eine Friedensregelung in Nahost, Nr. 8/1976.

gewinnen würden, sie sind dann ebenso Clahabenrichtse wie die Israeli — und wie diese von den Hintergrundmächten abhängig.

Beide — Juden und Palästinenser — sind in einer seltsam gleichen Form in ihrer Region isoliert und in sich noch uneinig. Beide müssen sich auf der umkämpften orientalischen Drehscheibe des Ost-West- und des Nord-Südkonflikts erst einmal zu einer in sich geschlossenen Gesellschaft zusammenfinden und sich mit ihren so verschiedenen pluralistischen Gruppen in diese Gesellschaft integrieren. Nur dann können sie sich von dem Urteil ihrer Umwelt befreien, „Störenfriede der Weltpolitik“ zu sein. Sie müssen die Rolle des lästigen Bittstellers oder fanatischen Verteidigers ihres Nationalismus verlieren. Das Beharren der israelischen Rechtsopposition Likut auf Eingliederung der besetzten Gebiete in den Staat Israel — eben weil dies das alte Israel sei, das ihnen Sicherheit verbürge — ist genauso töricht wie das arabische Embargo gegen jene Banken und Firmen der westlichen Welt, die mit Israel Handel treiben oder ihn finanzieren. Der bewußte Rückzug nicht weniger Israeli in ein neues Ghetto hat so wenig fruchtbringende Wirkung wie die Drohung der Arafat-Funktionäre, die Israeli „militärisch kurz und klein zu schlagen“, wenn sie ihre nationalistische Mentalität nicht aufgeben und nicht vor den Palästinensern „mit ihrem Erstgeburtsrecht“ kapitulieren würden¹⁷⁾.

Prämissen dieser Art sind keine Voraussetzungen für wirkliches Verhandeln, erst recht keine für ein künftiges Nebeneinanderleben. Im Gegenteil: Solche Voraussetzungen würden nicht nur den fünften Krieg auslösen, sondern den Untergang ganzer Kontinente in einem Großkrieg mit sich bringen, und dazu noch jener, die den beiden Rivalen von heute zum Überleben und zum Neubau in der gemeinsamen orientalischen Welt helfen könnten. Der erste Schuß in diesem Krieg würde einen neuen Ölboycott auslösen, ohne daß dadurch auch nur eines der vielen Probleme gelöst werden könnte. Schließlich haben die vier Kriege und das Erdölembargo eines erwiesen und bewiesen: Kriege führen im

¹⁷⁾ Vgl. Die Zeit, 9. 12. 1975.

Orient zu keiner Entscheidung, weil die großen Mächte mitzusprechen haben und weil diese eine Balance wünschen.

Israels Premierminister, Itzhak Rabin, hat vor noch nicht langer Zeit den Satz gesprochen: „Man kann das Sicherheitsdenken überdrehen und damit den Staat selbst verlieren. Deshalb muß man Prioritäten setzen.“¹⁸⁾ Ein anderer israelischer Politiker hat geäußert: „Als Verhandlungspartner wird jeder arabische Nachbar akzeptiert, wenn er der Kriegsparole entsagt.“ Parallel dazu schrieb ein ägyptischer Publizist: „Es ist an der Zeit, über die Wirklichkeit nachzudenken, an die sich unsere Gedanken bisher nicht herangewagt haben. Die arabisch-israelische Koexistenz kann durch den Austausch funktioneller Rollen erzielt werden; das Einander-Ergänzen kann zur Realität werden, sobald die Kanonen schweigen.“¹⁹⁾ Und in der Präambel des zweiten Sinai-Abkommens steht der Satz: „Die Regierung der Arabischen Republik Ägypten und die Regierung des Staates Israel haben vereinbart, daß der Konflikt zwischen ihnen und im Nahen Osten nicht mit militärischer Gewalt, sondern mit friedlichen Mitteln beigelegt werden soll.“ Diese Sätze sind Hoffnungen für alle Partner im Orient und für ihre Freunde. Sie durch Hartnäckigkeit oder neue Kriege zu zerreißen, wäre Torheit.

Vielleicht wäre es an der Zeit, wenn die Israeli einen gezielten politischen Schritt in dieser Richtung unternehmen würden, den Professor Talmon von der Hebräischen Universität schon 1969 vorgeschlagen hat: Die Anerken-

nung der palästinensischen Araber als einer Gemeinschaft mit dem Recht auf Selbstbestimmung. Da dies für jene Palästinenser, die jenseits der israelischen Staatsgrenzen (nicht Besatzungsgrenzen!) leben, schon eine Selbstverständlichkeit geworden ist, bliebe sehr wohl die Überlegung, den Arabern mit israelischer Staatsbürgerschaft, also den rund 400 000 israelischen Arabern, kulturelle und politische Autonomie unter dem Dach des israelischen Staates zu gewähren. Das würde den Grundsatz des jüdischen Staates nicht preisgeben und doch ein autonomes Recht für Israels Araber „als Gleiche unter Gleichen“ setzen²⁰⁾. Das könnte bei den Palästinensern als Signal gelten und entzerrend auch im Verhältnis zwischen palästinensischen Arabern in Israel und denen in den Nachbarstaaten wirken. Die Gesamtsphäre würde verbessert.

Da die Juden schon lange vor dem Ersten Weltkrieg, dann in Versailles und noch lange danach schon im eigenen Interesse Vorkämpfer für Autonomie geschlossener Völker- und Volksgruppen gewesen sind, wäre eine Autonomie palästinensischer Araber in Israel eigentlich die konsequente Folge jüdischen Denkens, das sich immer einer primitiven Majorisierung widersetzt. Eine Garantie der Großmächte könnte hier noch ein übriges tun, um in einer Phase der Stagnation zwischen Krieg und Frieden einen Wegweiser für den Frieden aufzustellen und aus dem Karussell von Worten und Versicherungen endlich herauszukommen. Zeichen und Signale sind wichtiger als diplomatische Versicherungen. Werden sie nicht gesetzt, so droht die Waffe Erdöl zum dritten Mal.

¹⁸⁾ Vgl. Tribüne, 57/1975, S. 6655.

¹⁹⁾ Die arabischen Zitate sind dem o. a. Vortrag von Rolf Schloß entnommen.

²⁰⁾ Rudolf Hilf, Israeli und Palästinenser, Neue Rundschau 1/1975.

Antizionismus – Antisemitismus von links?

I. Antizionistisches Engagement von der DKP bis zur KPD/ML

Am 9. August 1938 erschien der „Völkische Beobachter“, das Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands, mit der Schlagzeile: „In Prag regieren die Juden!“

Fast auf den Tag genau 30 Jahre später, am 21. August 1968, erschien das Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, „Neues Deutschland“, mit einer ganz ähnlichen Artikelüberschrift: „In Prag regieren die Zionisten!“

Die Parallelität der Ereignisse ist erschreckend offensichtlich: In beiden Fällen wurde stimmungsmäßig die „Befreiung“ Prags vorbereitet, 1938 von den dort angeblich regierenden Juden, 1968 von den Zionisten, die in der Hauptstadt der ČSSR die Macht an sich gerissen haben sollten. In beiden Fällen hatte eine auswärtige Macht ein Interesse daran, einen erprobten Popanz als Sündenbock aufzubauen, um das gewaltsame Eingreifen zu rechtfertigen. Der Feind wurde 1968 zwar etwas anders etikettiert als 1938, das Ressentiment jedoch war das gleiche geblieben.

Das Beispiel ist typisch für eine Entwicklung, die begrifflich vom Antisemitismus zum Antizionismus und politisch von rechts nach links führt: Während der Antisemitismus alter Schule eine Domäne der Rechten war und von der Linken nur gelegentlich zur Verstärkung ihrer antikapitalistischen Propaganda eingesetzt wurde, ist der Antizionismus der sechziger und siebziger Jahre ein Motiv, das die radikale Linke in ihren politischen Glaubens-Katalog aufgenommen hat. Das antizionistische Engagement — die Gegnerschaft zum

Staat Israel und der Bewegung, aus der er entstanden ist — ist in allen politischen Gruppen links der SPD — von der moskautreuen DKP bis zu der maoistischen KPD/ML — mittlerweile ebenso selbstverständlich geworden wie das Eintreten für mehr Arbeiterrechte, höhere Löhne und niedrigere Preise.

Der evangelische Theologe Rudolf Pfisterer warnt vor dem „alten Feind in neuem Kleid“; Heinrich Böll sieht einen „historischen Irrtum der Linken“ und der Philosoph Jean Amery meint: „Unter Zionismus versteht die Linke ungefähr das, was man so rund vor 30 Jahren in Deutschland das Weltjudentum genannt hat.“¹⁾

Die Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus ist allerdings nicht unproblematisch. Die Wortführer des Antizionismus weisen es weit von sich, antisemitisch eingenommen zu sein. Sie hätten nichts gegen *Juden*, betonen sie, ihre Antihaltung beziehe sich nur auf die *Zionisten* und ihr Werk, den Staat Israel, „den Brückenkopf des Imperialismus im Nahen Osten“. Und da nicht alle Juden Zionisten seien, da außerdem nur etwa 20 % aller Juden in Israel leben würden, könne sich der Antizionismus schon gar nicht gegen die Juden schlechthin richten.

Für diese Position gibt es auch Belege zum Beispiel jüdischer Autoren wie Erich Fried und Menachem Menuhin, die — unter ausdrücklichem Hinweis auf ihr Jude-Sein — Attacken gegen Israel und die Zionisten veröffentlichten; Erich Fried in der Zeitschrift „konkret“, Menachem Menuhin in der „Deutschen Nationalzeitung“; ferner die Sekte „Naturei Karta“ der orthodoxen Jerusalemer Juden: sie erkennen den Staat Israel nicht an, zahlen keine Steuern, verweigern den Wehrdienst, wenden sich gegen die Schändung des Hebräischen als Umgangssprache, das sie nur im Gebet benutzen, wünschen sich eine arabische Souveränität über Jerusalem und leben

„Antizionismus — Antisemitismus von links?“ ist eine Arbeit, die für den Funk geschrieben wurde. Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um das — leicht redigierte — Manuskript einer Sendung vom 8. Juni 1976, die der NDR mit dem WDR produziert hat. Ich danke den beiden Redakteuren, Dr. Linz beim NDR und Dr. Reitschert beim WDR, für die Geduld, mit der sie meine Arbeit verfolgt haben, und für ihre redaktionelle und persönliche Hilfe.

¹⁾ Jean Amery, Die Linke und der „Zionismus“, in: Tribüne 32/69.

dennoch unbehelligt in dem Staat, um dessen baldiges Ende sie beten, da er frevelhafterweise schon vor der Ankunft des Messias gegründet worden sei. Jedoch — was beweist das? Ist der Antizionismus nur deshalb nicht antisemitisch, weil es Juden gibt, die gegen den Staat Israel sind? Zu den vielen Gesichtern des Antisemitismus gehört aber auch eine jüdische Variante. Es gab und gibt — so absurd das erscheinen mag — auch jüdische Antisemiten. Dreißig Jahre nach Kriegsende und einem der größten Völkermorde in der Geschichte der Menschheit vermögen antizionistische Juden — religiöse Fanatiker oder politische Widersacher — den aktuellen Antizionismus nicht vom Ruch des gewöhnlichen Antisemitismus zu befreien.

Auch das numerische Argument, nur eine Minderheit der Juden habe sich in Israel versammelt, taugt wenig; Israel ist eben nicht nur ein Staat für seine dreieinhalb Millionen Bürger, davon drei Millionen Juden. Israel ist, und das macht seine Größe und am schwersten zu begreifende Besonderheit aus, vor allem der Ort, von dem eine neue jüdische Identität ausgeht, die Widerlegung des jüdischen bzw. antijüdischen Stereotyps vom Nomaden, vom heimatlosen Wanderer, der nirgendwo hingehört, vom politischen und wirtschaftlichen Parasiten, vom kulturellen Fremdkörper einer jeden Wirtsgesellschaft, die ihn aufnimmt. Es gilt nicht mehr, was einer der größten Antisemiten der Neuzeit, Eugen Karl Dühring, im Jahre 1881 geschrieben hat: „Die Juden haben seit Jahrtausenden, trotz allen aufgesogenen Reichtums, politisch kein eigenes Haus, sondern hausieren bei anderen Völkern herum. Sie sind ein zersetzendes Element geworden, welches sich in die anderen Völker eindringt...“²⁾

Der Zionismus hat diesen Vorwurf zunichte gemacht und den Juden nicht nur wieder eine geographische Heimat, sondern auch ein neues Selbstbewußtsein gegeben, das Gefühl, auf eigenen Beinen zu stehen, und nicht mehr vom Wohlwollen der jeweiligen Gastgeber

²⁾ Eugen Karl Dühring, Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Culturfrage; mit einer weltgeschichtlichen Antwort.

abhängig zu sein. Der Zionismus ist die nationale und politische Emanzipationsbewegung der Juden, deren konkreter Ausdruck der Staat Israel ist. Der Germanist Hans Mayer hat die These formuliert, die auch dieser Abhandlung zugrunde liegt: „Wer den Zionismus angreift, aber beileibe nichts gegen die Juden sagen möchte, macht sich oder anderen etwas vor. Der Staat Israel ist ein Judenstaat, wer ihn zerstören möchte, erklärtermaßen oder durch eine Politik, die nichts anderes bedeuten kann als solche Vernichtung, betreibt den Judenhaß von einst und von jeher.“³⁾

Der Antizionismus ist in seinem Wesen, seiner Methodik und seiner Zielsetzung mit dem Antisemitismus identisch. Dreierlei macht den Charakter des Antisemitismus aus. Erstens: Er war und ist irrational und willkürlich: Was er an Argumenten gegen die Juden vorbringt, dient nur dazu, ein längst gefälltes Urteil zu rechtfertigen. Zweitens: Er behandelt die Juden prinzipiell ungleich. Sie dürfen sich weniger erlauben als andere, ihnen darf aber mehr zugemutet werden. Drittens: Er zielt auf die Auslöschung der jüdischen Identität, weil ihn nicht irgendwelche jüdischen Eigenschaften stören, sondern die Tatsache, daß es Juden gibt. Gleichzeitig hintertreibt er die Assimilation der Juden. Dieser Widerspruch mußte zur physischen Endlösung der Judenfrage führen.

Der Antisemitismus hat viele Gesichter und zahlreiche Ursachen, über die sich die Gelehrten seit langem erfolglos streiten. Die beste und kürzeste Definition des Begriffes „Antisemitismus“ stammt von Wladimir Iljitsch Lenin: „Antisemitismus nennt man die Verbreitung von Feindschaft gegen die Juden.“ Galt diese Feindschaft in ihrer alten Form den Juden als Individuen, rechten oder linken, als Rasse — minderwertige — oder Volk — hochmütiges —, als reichen Ausbeutern oder armen Schnorrern — je nach dem Bedürfnis des Antisemiten —, so gilt sie heute in ihrer antizionistischen Ausgabe dem, wie es Eugen Karl Dühring sagen würde, eigenen politischen Haus der Juden, an dem sich antisemitische Empfindungen stoßen.

³⁾ Hans Mayer, Außenseiter.

II. Zionismus — die nationale Emanzipationsbewegung der Juden

Der Grundstein zu diesem Haus wurde 1895 in Wien gelegt, wo Theodor Herzl seine Schrift „Der Judenstaat — Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ veröffentlichte. Vor allem unter dem Eindruck der Dreyfus-Affäre, über die er für eine Wiener Zeitung berichtet hatte, war Herzl zu der Überzeugung gekommen, „daß die Emanzipation als Integrationsmaßnahme versagt habe und das Streben der Juden nach Assimilation an ihre nichtjüdische Umwelt“ zum Scheitern verurteilt sei. Deshalb könne die Judenfrage nur „durch die Konzentration eines möglichst großen Teils der Juden in einem eigenen Lande gelöst werden“⁴⁾.

Obwohl er als Begründer des politischen Zionismus angesehen wird, war Herzl nicht der erste, der einer national-jüdischen Bewegung das Wort sprach. Vor ihm hatten schon — unter anderen — der Sozialist Moses Hess 1862 sein Buch „Rom und Jerusalem“ und der Arzt Leon Pinsker 1882 die Schrift „Autoemanzipation“ veröffentlicht. Seitdem bildeten sich, vor allem in Rußland, zionistische Zirkel. Beeinflußt von den nationalstaatlichen Strömungen des 19. Jahrhunderts verband sich im frühen Zionismus die Erfahrung der ständigen Verfolgung — Pogrome waren in Rußland ebenso an der Tagesordnung wie Armut und Hunger — mit der alten religiösen Sehnsucht einer Rückkehr nach Zion, dem biblischen Jerusalem, ins Heilige Land. Dennoch standen orthodoxe Juden dem politischen Zionismus ablehnend gegenüber — sie wollten und wollen immer noch nur durch den Messias heimgeführt werden. Der Judenstaat war nicht nur das gelobte Land der Bibel, er war, wie es Herzl schrieb, „die sonnige Aussicht auf Ehre, Freiheit und Glück“. Daß der Wiener Stückeschreiber Herzl nicht als der große Dramatiker, der er gern geworden wäre, sondern als der eigentliche Schöpfer des Staates Israel in die Geschichte eingegangen ist, lag an zwei Dingen:

Erstens war Herzls Entwurf des Judenstaates von einer Detailtreue, die auf jede Phantasie wie ein Weckamin wirken mußte. Der Plan reichte von solchen Einzelheiten wie dem „Siebenstundentag als Normalarbeitstag“ mit einer maximalen „Überzeit von höchstens drei Stunden“ („... unsere Leute werden sich im neuen Leben zur Arbeit drängen und die

Welt wird erst sehen, welch arbeitsames Volk wir sind...“) bis zu der Auflage, daß „alle Verpflichtungen in den bisherigen Wohnorten rechtschaffen erfüllt werden müssen“ und nur diejenigen in den Judenstaat kommen dürfen, „die ein Amtszeugnis ihrer bisherigen Behörde beibringen: ‚In guter Ordnung fortgezogen‘“.

Zweitens hatte Herzl einer damals schon weit verbreiteten Stimmung Ausdruck verliehen und aufgeschrieben, was viele dachten und empfanden. Deshalb konnte er im Jahre 1897, nur zwei Jahre nach dem Erscheinen seines „Judenstaats“, den ersten zionistischen Kongreß nach Basel einberufen, auf dem das berühmte Baseler Programm verabschiedet wurde, dessen erster und wichtigster Satz lautet: „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.“

Das war, je nach Standpunkt, die „Wiedergeburt der jüdischen Nation“ oder der Beginn der „zionistischen Aggression“. Herzl schrieb nach dem Baseler Kongreß in sein Tagebuch: „Fasse ich den Baseler Kongreß in ein Wort zusammen — das ich mich hüten werde, öffentlich auszusprechen —, so ist es dieses: In Basel habe ich den Judenstaat gegründet. Wenn ich das heute laut sagte, würde mir ein universelles Gelächter antworten. Vielleicht in fünf Jahren, jedenfalls in 50, wird es jeder einsehen.“ 51 Jahre später, im Mai 1948, rief David Ben Gurion den Staat Israel aus.

Der Zionismus war zuerst ein Appell zur nationalen Selbstbesinnung, dann der Wunsch nach einer Heimstätte (noch nicht nach einem Staat), später — zur Zeit der Naziverfolgungen — eine Rettungsbewegung, schließlich eine Staatsideologie, wobei die Frage nahesteht, wie weit seine Ideale in Israel verwirklicht worden sind. Es gab auch nicht *einen* Zionismus, sondern viele Konzeptionen. Ihr politisches Spektrum reichte (und reicht) von ganz links bis ganz rechts. Herzl selbst hielt „die demokratische Monarchie und die aristokratische Republik für die feinsten Formen des Staates“. Er war, so würde man heute sagen, ein konservativer Bürgerlicher. Und es gab die sogenannten Kulturzionisten, die nur ein „geistiges nationales Zentrum“ wollten, einen Ort, der „keine Zufluchtstätte für die Judenheit, sondern für das Judentum, für unseren Nationalgeist“ sein sollte, „ein Zentrum der Thora und der Wissenschaft, der Sprache

⁴⁾ Hans Julius Schoeps, Zionismus.

und der Literatur, der körperlichen Arbeit und der seelischen Reinheit . . ." ⁵⁾

Der Zionismus hatte seine Praktiker und seine Mystiker, er hatte kühle Denker und emotionale Schwärmer. Seine Entwicklung wurde aber nicht in Debattierkreisen bestimmt, sondern durch die Geschichte. Allein von 1917 bis 1921 wurden in Rußland einhunderttausend Juden umgebracht. Die Opfer der vorausgegangenen Pogrome hat niemand gezählt.

III. Vier Zielpunkte antizionistischer Propaganda

So schwierig es ist, für den Zionismus eine verbindliche Definition zu finden, für die antizionistische Linke ist es offenbar kein Problem, dieses vielschichtige Phänomen in den Griff zu bekommen. Für diese Abhandlung wurden einige hundert Artikel aus etwa einem dutzend linker Periodika ausgewertet: den Zentralorganen der diversen kommunistischen Parteien wie „Unsere Zeit“ der DKP, „Roter Morgen“ der KPD/ML, „Rote Fahne“ der KPD, „Kommunistische Volkszeitung“ des KBW sowie einigen parteieigenen oder zumindest parteinahen Informationsdiensten wie den „Palästina-Nachrichten“, der „Roten Presse Korrespondenz“, dem „Antiimperialistischen Informationsbulletin“ oder dem „Berliner Extra Dienst“. Es ist das publizistische Spektrum der sogenannten radikalen Linken, die von der APO übriggeblieben ist. Die politischen Differenzen innerhalb dieses Lagers sind zahlreich und tiefgreifend. Was die antizionistische Attitüde angeht, herrscht freilich weitgehende Übereinstimmung, die nur im Grad der verbalen Radikalität, nicht aber im Inhaltlichen Unterschiede aufweist. Die Technik der antizionistischen Propaganda soll im folgenden an vier Punkten gezeigt werden: die Geschichte, Entstehung und Ziele des Zionismus; die Gründung des Staates Israel; der israelisch-arabische Konflikt; die Wege zur Lösung des Konflikts.

1. Geschichte und Entstehung des Zionismus

Der Zionismus erscheint, von links betrachtet, als ein ahistorisches Phantomgebilde, das seine Entstehung „der kleinbürgerlichen mittel- und osteuropäischen jüdischen Intelligenz verdankt“, deren ideologische Führer „einer-

Die Judenverfolgung in Deutschland war die letzte fürchterliche Bestätigung, daß es einen Fleck Erde geben muß, von dem jeder Jude weiß, „... daß er ihn aufnähme unter allen Umständen, ... daß er, so lange Israel besteht, nicht noch einmal unter der schweigenden Zustimmung der ungastlichen Wirtsvölker, günstigstenfalls unter deren unverbindlichen Bedauern in den Feueröfen gesteckt werden kann“ ⁶⁾.

seits an einer normalen bürgerlichen Karriere behindert, andererseits von Verproletarisierung bedroht“ waren und deshalb „mit fanatischem Eifer an die Formulierung der Idee eines eigenen Staates“ gingen ⁷⁾. Er war die „Antwort jüdischer Kleinbürger auf ihre sozio-ökonomische Lage“ ⁸⁾ und zugleich auch „eine imperialistische Ideologie“, deren Ziel ein „Kolonialistenstaat auf fremden Boden“ war, „der die arabischen Völker spalten und zu beherrschen erlaubt und so dazu beitragen soll, die Erdölreichtümer im Nahen und Mittleren Osten für den Imperialismus zu sichern“ ⁹⁾. Die Gründung des Staates Israel lag „im Interesse des jüdischen Großkapitals, das mit dem internationalen Imperialismus und seinen Interessen eng verflochten war“, weswegen der „zionistische Staat selbstverständlich am strategisch und ökonomisch wichtigen Suez-Kanal und in der Nähe der reichen und großen persischen Ölfelder“ etabliert wurde ¹⁰⁾.

Zum Antisemitismus steht der Zionismus insofern in einer Beziehung, als er ebenso „wie der Antisemitismus seine Wurzel in der Krise des imperialistischen Systems hat“. Doch bekämpft er „keineswegs die Grundvoraussetzungen, aus denen der Antisemitismus entspringt“, denn „er weigert sich, dessen Ursachen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die dadurch verursachte Unterdrückung sozialer, religiöser und kultureller Minderheiten, zu bekämpfen“ ¹¹⁾; des-

⁶⁾ Jean Amery, Juden, Linke — linke Juden, in: Tribüne 46/73.

⁷⁾ Münchner Palästina Komitee Information (MPK), Nr. 2.

⁸⁾ Neues Forum, Wien, April 1974.

⁹⁾ Kommunistische Volkszeitung (KVZ), 20. 11. 1975.

¹⁰⁾ Arbeiterkampf (AK), Zeitung des Kommunistischen Bundes 11/7.

¹¹⁾ KVZ, 20. 11. 1975.

⁵⁾ Achad Haam, Am Scheidewege.

halb ist der Zionismus „in seiner chauvinistisch-rassistischen Grundtheorie ein nicht minder negatives Spiegelbild des Antisemitismus“¹²⁾.

Die antizionistische Propaganda benutzt drei Argumentationslinien:

Erstens: Der Zionismus ist eine rassistisch-chauvinistische Erfindung einiger karrieresüchtiger Kleinbürger.

Zweitens: Der Zionismus verbündete sich mit dem Großkapital und dem Imperialismus, um dessen Erdölinteressen sichern zu helfen.

Drittens: Der Zionismus lenkt die jüdischen Massen von ihren wahren Interessen ab und geniert sich nicht einmal, die Leiden der Juden für seine Zwecke auszunutzen.

Zur Illustration dieser Argumentation seien einige Zitate wiedergegeben:

„Theodor Herzl, der Begründer der national-rassistischen Ideologie des Zionismus... hat den chauvinistischen Wünschen jüdischer Kapitalisten endgültig ein festes ideologisches Gewand verliehen, das bis heute in den Köpfen der israelischen Imperialisten haust... Der Zionismus ist die Ideologie äußerst reaktionärer jüdischer Kapitalisten... Um irgendeine Begründung für sein Ziel zu geben, grub der Zionismus die Ideologie des 'jüdischen Volkes' und der 'jüdischen Nation' aus und putzte sie auf. Dieses angebliche Volk, in dem alle Sprachen vorkommen, das weder eine gemeinsame Geschichte, noch eine gemeinsame Abstammung hat, ... verbindet nur eins — die Religion...“¹³⁾

„Alle zionistischen Konzepte, 'Theorien', Pläne gegen Ende des 19. Jahrhunderts, ob sie aus Frankreich, Deutschland, Rußland kamen, ob sie sich 'sozialistisch' gaben oder ihren reaktionären Charakter offen kund taten, hatten zwei entscheidende Merkmale gemeinsam: den jüdischen Arbeitern, Bauern, Handwerkern, Intellektuellen und Kapitalisten in den verschiedenen Ländern Europas wurde eingeredet, daß eine gemeinsame Eigenschaft sie verbinde — nämlich die Zugehörigkeit zu einer sogenannten jüdischen Nation —, und daß alle jüdischen Bürger, gleichgültig in welchem Land sie leben, gleichgültig welcher Klasse oder Schicht sie angehören, Anspruch auf eine gemeinsame 'nationale Heimstatt'

hätten. Mit diesen demagogischen Thesen, die darauf hinausliefen, die jüdischen Werktätigen vom Kampf um soziale Befreiung an der Seite aller Werktätigen abzuhalten, waren die Zionisten von Anbeginn Verbündete des Großkapitals, mit ihren kolonisatorischen Plänen einer 'nationalen Heimstatt' waren die Zionistenführer zugleich die idealen Kollaborateure der imperialistischen Mächte...“¹⁴⁾

„Der Zionismus verkannte bewußt die wahren Ursachen der Judenverfolgung und verbreitete eine rassistische, nationalistische Ideologie, um die verfolgten Juden Osteuropas möglichst weit weg von Westeuropa zu schaffen. Sie sollten nach dem entfernten Palästina umgesiedelt werden, wo sie keine Probleme für die assimilierten Juden Westeuropas bereiten würden... Die Zionisten versuchten die jüdischen Massen durch lügnerische Propaganda für ihre Sache zu gewinnen...“¹⁵⁾

Taktisch-ideologische Äußerungen können nicht widerlegt werden. Sie sind ja nicht argumentativ, sondern taktisch gemeint in der Weise, daß sich die Realität ihrer Auslegung unterordnen muß. Es bringt deshalb wenig, darauf hinzuweisen, daß Juden weit über den Prozentsatz, den sie in der Bevölkerung ausmachten, am Kampf um soziale Befreiung an der Seite aller Werktätigen teilgenommen haben, was letztlich ihre und aller Werktätigen Befreiung nur wenig, dafür aber den Antisemitismus noch weiter vorantrieb, da „jüdisch“ zum Synonym für „bolschewistisch“ und „umstürzlerisch“ wurde. Ist es wirklich nötig zu sagen, daß die Juden, dieses „angebliche Volk“, sehr wohl eine gemeinsame Geschichte, eine gemeinsame Abstammung haben, daß es drei jüdische Sprachen — Jiddisch, Hebräisch und Ladino — und einen jüdischen Kalender gibt, der in diesem Jahr bei der Zahl 5736 angekommen ist? Und muß man daran erinnern, daß die Zionisten es nicht nötig hatten, den Juden einzureden, daß eine gemeinsame Eigenschaft sie verbindet, weil das schon mit Nachdruck die Antisemiten besorgten?

In einem antisemitischen Pamphlet aus dem Jahre 1900 heißt es mit bildhafter Deutlichkeit: „Ein Semit kann so wenig ein Deutscher werden wie ein Chinese eine amerikanische Rothaut... Der Jude kann sich gar nicht assi-

¹²⁾ Berliner Extra Dienst, 14. 11. 1975.

¹³⁾ Rote Presse Korrespondenz (RPK), 18. 10. 1973.

¹⁴⁾ MPK Information Nr. 3.

¹⁵⁾ Palästina Nachrichten Nr. 8.

milieren und auf die Dauer sein Wirtsvolk über seine wahre Natur täuschen, mag er dessen Art auch noch so beflissen nachäffen, zu Weihnachten einen Tannenbaum anzünden, Messuren auspacken, Reserveoffizier spielen und was dergleichen mehr ist ...“¹⁶⁾

In keinem Land Europas waren die Juden so weit assimiliert, so wenig „jüdisch“, wie in Deutschland. Es gab einen „Verband nationaldeutscher Juden“ und einen „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, die sich zu ihrem Deutschtum bekannten wie ein Corpsstudent zu seiner Verbindung. Aber darauf kam es nicht an; gleich was ein Jude tat oder unterließ, er sperrte sich in jedem Fall selber aus. In einem Aufsatz über „Die Parteien innerhalb des modernen Judentums“, erschienen im „Antisemitischen Jahrbuch“ für das Jahr 1900, stellt der Verfasser „eine Skala bezüglich der Gefährlichkeit der einzelnen jüdischen Parteien“ auf und kommt zu dem Schluß: „Am gefährlichsten sind diejenigen, die mit dem Judentum anscheinend ganz gebrochen haben, die mittels der Taufe das Eintrittsbillet in die europäische Kultur zu erwerben gestrebt haben. Sie gelten als ‚Christen‘ und werden offiziell und in der Meinung vieler guter Patrioten den Eingeborenen gleichgestellt ... Nach diesen kommen die assimilationsfreundlichen Reformjuden, die mit dem Brustton der Überzeugung stets behaupten, ‚wir sind gute Deutsche und wollen nichts anderes sein, uns scheidet nur die Konfession von Euch, in allem übrigen sind wir Euch gleich ... Die orthodoxen Juden sind nicht völlig so gefährlich für uns als die anderen Richtungen, wenn es auch höchst wahrscheinlich ist, daß unter ihnen, mindestens unter einem Teile, der Blutaberglaube besteht, der sie treibt, von Zeit zu Zeit einen Nichtjuden durch den bekannten Schächtschnitt zu töten ... Aber diese seltenen Blut-taten sind längst nicht so schlimm für uns als das, was die aufgeklärten westeuropäischen Juden treiben. Die vereinzelt Morde tragen in keiner Weise dazu bei, uns unter das Joch der Juden zu bringen.“

Der Verfasser dieser Analyse war ein gebildeter, promovierter Mann. Er forderte nicht einmal die Vernichtung der Juden, aber er sorgte — mit vielen Gleichgesinnten — für die Atmosphäre, in der die Vernichtung als logische Konsequenz akzeptiert wurde. Die Assimilation wurde nicht von den Juden ver-

weigert. Die antizionistische Propaganda stellt auch in diesem Punkt die Geschichte auf den Kopf, gibt den Verfolgten die Schuld an ihrer Verfolgung — weil sie sich nicht anpassen wollten — und macht aus dem Zionismus einen Kumpan des Antisemitismus: „Die Gewinnung der Mehrheit aller Juden für die Errichtung eines ‚Judenstaates‘ versuchte die zionistische Bewegung auf folgende Weise durchzusetzen: Die Assimilation der Juden in ihren Heimatländern wurde prinzipiell bekämpft und ein völkisches, rassisches Bewußtsein formuliert. Insofern war und ist der Zionismus eine rassistische Antwort auf die rassistische Ideologie des ‚Antisemitismus‘.“¹⁷⁾

„Der politische Zionismus, wie Herzl seine Ideologie nannte, betrachtete den Antisemitismus als einen natürlichen, angeborenen Trieb der Menschen, unter dem die Juden immer leiden würden, so lange sie kein eigenes Land hätten ... Er ließ die wahren Ursachen des Antisemitismus in Europa und Rußland beiseite und schuf aus einer Mischung aus Nationalismus und Rassismus eine reaktionäre Ideologie, die angeblich das ‚jüdische Volk‘, das niemals existiert hatte, retten sollte ...“¹⁸⁾

Wenn das jüdische Volk niemals existiert hatte, dann muß es sich beim Antisemitismus offenbar um ein kollektives Mißverständnis in der Wahl des Haßobjekts handeln. Ferner hat Herzl den Antisemitismus auch nicht als einen natürlichen angeborenen Trieb der Menschen bezeichnet. Er meinte: „Tief im Volksgemüt sitzen alte Vorurteile gegen uns. Wer sich davon Rechenschaft geben will, braucht nur dahin zu horchen, wo sich das Volk aufrichtig und einfach äußert: das Märchen und das Sprichwort sind antisemitisch. Das Volk ist überall ein großes Kind, das man freilich erziehen kann, doch diese Erziehung würde im günstigsten Falle so ungeheure Zeiträume fordern, daß wir uns vorher längst auf andere Weise geholfen haben ...“¹⁹⁾

Herzl hat recht behalten. Die Juden haben sich bereits auf andere Weise geholfen, aber das Volksgemüt mag vom Juden nicht lassen. Schon immer gehörte es zu den Lieblingsbeschäftigungen der Antisemiten, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, was die Juden sind.

¹⁷⁾ Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB) Mai 1973.

¹⁸⁾ Palästina-Nachrichten Nr. 7.

¹⁹⁾ Theodor Herzl, Der Judenstaat.

¹⁶⁾ G. Stille in: Antisemitisches Jahrbuch für 1900.

wie sie es geworden sind und wie man ihnen das Judesein austreiben könnte. Nicht bereit, Menschen, die sich selbst als Juden empfinden, einfach so akzeptieren, haben sie die Juden immer so beschrieben, daß sie jederzeit gegen die Juden vorgehen konnten. Zu der Zeit, als der Großteil der Juden in Deutschland um Assimilation bemüht war und nur die Religion als Spezifikum behalten wollte, schrieb der Antisemit Eugen Karl Dühring: „Unter den sämtlichen Judeneigenschaften ist die Religion oder die Anlage zu einer bestimmten Religion nur ein Bestandteil, der im Verhältnis zu den übrigen noch nicht mit ein Zehntel in Rechnung kommen kann.“ Für Dühring war es unbestritten, daß die Juden ein Volk sind, wenn auch nur „ein Volk von lauter Kreaturen, welches nie eine Faser von echtem Freiheitsgefühl an sich gehabt hat“²³⁾.

Heute, da sich die Juden als Volk in einem Staat konstituiert haben, verläuft die antizionistische Argumentation genau umgekehrt. Es gilt stets das Gegenteil nachzuweisen. Der Satz, daß die Juden ein angebliches Volk sind, wurde schon zitiert, ebenso die Ansicht, ein jüdisches Volk habe es nie gegeben. Was sind also „die Juden“?

„Nicht Rasse! Nicht Volk! Als Juden wurden ursprünglich die Angehörigen eines nach dem Stamme Juda benannten, in Palästina ansässigen Volkes bezeichnet, das sich nach dem Jahre 70 unserer Zeitrechnung jedoch in alle Welt zerstreute. Das Bestehen eines jüdischen Volkes liegt also nahezu 2000 Jahre zurück. Die zeitgenössische Definition der Juden bezieht sich demnach im allgemeinen auf die Angehörigen der jüdischen Religion...“²⁴⁾

Eine andere Erklärung bestreitet selbst das Vorhandensein einer jüdischen Religion: „Die jüdische Religion — richtiger: Ideologie — besagt, daß die Juden das ‚auserwählte Volk‘ eines ganz spezifischen ‚Gottes‘ seien, der die gesamte Weltgeschichte ausschließlich im Interesse ‚seines Volkes‘ lenkt und ihm Palästina als ewigen Wohnsitz zugewiesen hat. Diese Ideologie (diente) der Verschleierung von Klassengegensätzen innerhalb des jüdischen Volkes und der Überheblichkeit gegenüber anderen Völkern...“²⁵⁾

Bleibt also nur noch die Sozio-Ökonomie: „Im Gegensatz zu den landläufigen idealistischen

Interpretationen, die die Erhaltung von Juden als Juden in den verschiedenen Gesellschaften im wesentlichen auf ihren kulturell-religiösen Zusammenhalt zurückführt... können wir feststellen, daß die primäre Ursache dafür in einer bestimmten sozio-ökonomischen Funktion liegt, welche die Juden in den verschiedenen Gesellschaften eingenommen haben...“²³⁾ „Die Juden waren als altes Handelsvolk seit der Antike mit Warenhandel und Geldgeschäften vertraut und übernahmen deshalb in ihren Gastländern diesen wirtschaftlichen Randbereich. Mit ihrem Geld finanzierten jüdische Bankiers die Luxusbedürfnisse und Kriege des Adels. Ganze Königshäuser standen in ihrer Schuld...“²⁴⁾

Schließlich wird die Frage gestellt, ob die Juden überhaupt Juden sind: „Daß die heutigen Juden Nachfahren der Hebräer sind, konnten auch jüdische Anthropologen nicht beweisen; daß die Juden und nicht die Araber als Ureinwohner Palästinas erscheinen, läßt sich ebenfalls nicht belegen... Daß die Juden stets schon nach Palästina zurückkehren wollten, erweist sich bei historischer Prüfung als falsch. Richtig ist einzig, daß Palästina vor 2000 Jahren die Heimat der Juden gewesen ist...“²⁵⁾

Aus alledem folgt der Schluß: „Die Geschichte des Landes Palästina ist wechselvoll, aber sie zeigt eines mit aller Deutlichkeit: der ‚Anspruch‘ der Zionisten auf dieses Gebiet ist eine chauvinistische Geschichtslüge, nur vergleichbar mit dem ‚Anspruch‘ der Hitlerfaschisten auf ‚Lebensraum im Osten‘. Selbst auf die Bibel können sich diese Leute nicht berufen.“²⁶⁾

Das nun ist der zentrale Punkt der Beweisführung: zu zeigen, daß die Juden mit Palästina so viel zu tun haben wie die Eskimos mit der Wüste Gobi. Hier tritt ein Sachwissen zutage, das noch in einem Fingerhut keine Platznot hätte. Die Juden, dieses angebliche Volk, das es niemals gegeben hat, werden auf dem Umweg über die Sozio-Ökonomie doch noch zu einem Volk, zu einem Handelsvolk, das seinen Zusammenhalt der Art des Broterwerbs verdankt. Natürlich spielte bei der Diskriminierung der Juden deren wirtschaftliches Verhalten auch eine Rolle — obwohl die Mehrzahl der von Pogromen verfolgten Ost-

²³⁾ Eugen Karl Dühring, a. a. O.

²⁴⁾ AIB, Mai 1973.

²⁵⁾ AK, November 1973.

²³⁾ MPK Information Nr. 2.

²⁴⁾ Palästina Nachrichten Nr. 5/6.

²⁵⁾ Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel.

²⁶⁾ RPK, 18. 10. 1973.

Juden in großer Armut lebte —, aber es ist eine schlimme Vereinfachung, alles über den feudalistischen bzw. kapitalistischen Leisten zu schlagen: „Der Judenhaß am Ausgang des Mittelalters richtete sich primär nicht gegen die Juden etwa aus religiösen Motiven, sondern gegen seine jetzt entbehrlliche Funktion als Geldbeschaffer und Wucherer...“²⁷⁾ „Auch der Antisemitismus im Dritten Reich und die Endlösung der Judenfrage lassen sich ebenfalls nur im Hinblick auf die damalige Krise des Kapitalismus verstehen...“²⁸⁾ „... Die antijüdischen Exzesse im Hitlerfaschismus richteten sich zunächst gegen jüdische Kleineigentümer und Handelskapitalisten und stützten sich vor allem auf das deutsche Kleinbürgertum. Sie waren das Resultat des faschistischen Ablenkungsmanövers zur Festigung der Monopoldiktatur, zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung, zur Gewinnung und ideologischen Präparierung der kleinbürgerlichen Massen...“²⁹⁾

Die antizionistische Propaganda kommt in ihrer Fixierung auf sozio-ökonomische Verhaltensweisen gar nicht auf die naheliegende Frage, warum noch tüchtigere Handelsvölker als die Juden, z. B. die Phönizier, nicht überlebt haben. Oder warum es in Staaten, die kaum weniger als Deutschland zu Beginn der Nazizeit von der Krise des Kapitalismus erfaßt wurden, nicht zu antijüdischen Exzessen bis hin zum Massenmord gekommen ist. Sie klammert den religiösen Antisemitismus ganz aus, unterschlägt, daß der Judenhaß älter ist als Feudalismus und Kapitalismus und daß er selbst den Kapitalismus überlebt hat — nämlich in den Ostblockstaaten.

Die Erkenntnis, daß der Antisemitismus nicht nur ein sozio-ökonomischer Reflex ist und die Anerkennung der Juden als eine sozial-religiöse Gemeinschaft, die durch mehr als nur vitalen Krämergeist zusammengehalten wurde, würde den Rahmen der vulgär-materialistischen Beweisführung sprengen. Im Stil der bekannten Ahnenforschung — nur mit umgekehrter Zielsetzung — wird gefragt, ob die Juden die authentischen Nachfahren der alten Hebräer sind; als ob es darauf ankäme. Die historisch-mystische Beziehung der Juden zu Palästina wird dagegen nicht erwähnt.

Heine hat einmal gesagt, daß der Jude ein „portatives Vaterland“ habe, wohin er geht

oder gehen müßte, da nimmt er sein Vaterland mit. Damit ist der Talmud gemeint, die liturgische Tradition und die nie aufgegebene Sehnsucht nach Zion. Das Pessach-Gebet „Nächstes Jahr in Jerusalem“ ist mehr als nur ein feiertäglicher Symbolismus: Ausdruck der Hoffnung auf bessere Tage, auf ein Leben ohne Flucht, Furcht und Unterdrückung. Auch das sind psychische Realitäten, die das Bewußtsein von Menschen prägen. Darauf geht die antizionistische Propaganda nicht ein, sie arbeitet statt dessen lieber mit einem alten Versatzstück, mit dem auch schon die Antisemiten ihr Unwesen trieben: dem Topos des auserwählten Volkes, das ausgezogen ist, andere Völker zu unterjochen. Der theologische Begriff der „Erwählung“ wurde im Sinne einer Anmaßung der Juden gegenüber Nichtjuden, einer selbstverfügt Privilegierung, ausgelegt. Die „Erwählung“ bedeutet freilich keine Lust, sondern eine Last; es ist die Verpflichtung zu besonderer Gesetzestreue, zu einem unbedingten Gehorsam gegenüber Gottes Weisungen. Auch während der schlimmsten Verfolgungen haben die Juden an ihrem Glauben festgehalten — wider alle pragmatische Vernunft.

Die Antisemiten haben es verstanden, aus dieser „Erwählung“, die den Juden immer nur Verfolgung und Unterdrückung eingebracht hat, das Gegenteil zu konstruieren. Eugen Karl Dühring schrieb über das Wesen der jüdischen Religion: „Dieser Nerv ist die Auserwähltheit zur Ausbeutung aller Völker oder kurz die Feindschaft gegen das Menschengeschlecht.“

Dührings Handschrift und Borniertheit schlägt noch heute in der antizionistischen Propaganda durch:

„Zionismus, das bedeutet: Israel soll das auserwählte Volk Gottes sein, während die Palästinenser und die anderen arabischen Völker ihm untertan sein müssen.“³⁰⁾

„Die Zionisten beanspruchen, als ‚auserwähltes Volk‘ die höhere Vorsehung in der Vernichtung des in ihren Augen minderwertigen palästinensischen Volkes spielen zu dürfen.“³¹⁾

„Die Grundlage des Zionismus ist die Theorie vom Recht des Stärkeren und von der Minderwertigkeit der Araber.“³²⁾

²⁷⁾ MPK Information Nr. 2.

²⁸⁾ Palästina Nachrichten Nr. 7.

²⁹⁾ AIB, Mai 1973.

³⁰⁾ Roter Morgen (RM) 1. 11. 1975.

³¹⁾ KVZ, 11. 12. 1975.

³²⁾ AK, November 1973.

„Der Zionismus ist in seinem Charakter und seinem Anspruch auf das Auserkorensen eine Ideologie, die prinzipiell ein Volk über andere stellt und damit dessen Herrschaftspolitik legitimieren soll...“³³⁾

Entsprechend sei auch das Ziel dieser „Herrschaftspolitik“:

„Das Konzept der israelischen Zionisten für die Palästinenser lautet: Ausrottung des palästinensischen Volkes!“³⁴⁾

„Rassistische Hetze soll die faschistische Völkermordpolitik zur Auslöschung der Palästinenser als Volk rechtfertigen!“³⁵⁾

Es gibt Sachen, hat Karl Kraus einmal gesagt, die sind so falsch, daß nicht einmal das Gegenteil wahr ist. Die antizionistische Argumentationstechnik ist, analog der antisemitischen, völlig willkürlich. „Der Antisemit klagt an. Wenn er an einem Punkt widerlegt wird, dann erfindet er einen anderen und ist bereit, genau das Gegenteil der vorhergehenden Aussagen zu behaupten“, schreibt der Theologe Rudolf Pfisterer³⁶⁾. Es kommt nicht darauf an, daß etwas stimmt, sondern nur, daß es paßt. Dazu gehört auch, wie schon gezeigt, die Umkehrung von Ursache und Wirkung.

Als vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges noch die Möglichkeit bestand, eine größere Anzahl von Juden vor dem Zugriff der Nazis zu retten, haben alle Staaten Immigrationsquoten eingeführt, die nur einen kleinen Teil der Verfolgten umfassen konnten. Die Vereinigten Staaten ließen zwar fast eine Viertelmillion Flüchtlinge ins Land, 1940 weigerte sich der Kongreß allerdings, Alaska für jüdische Flüchtlinge zu öffnen, 1941 wies der Kongreß eine schwedische Bitte zurück, 20 000 jüdische Kinder außerhalb der Quote aufzunehmen. Damals leiteten die zionistischen Organisationen die Massenflucht in das britische Mandatsgebiet Palästina. Die Flüchtlinge kamen illegal, wurden auf See ausgeladen und oft genug von den Briten zurückgeschickt. Wie sieht dieses Kapitel der Geschichte von der korrekten linken antizionistischen Position aus? Beispielsweise so:

„Gegen den Terror der Juden war selbstredend die Mandatarmacht Großbritannien

machtlos... Die Zionisten nutzten den Zweiten Weltkrieg, um ihrem Ziel einen gewaltigen Schritt näher zu kommen, ... ihren Traum vom Staate Israel auf palästinensischem Boden zu verwirklichen.“³⁷⁾

Oder so:

„Erst die faschistischen Judenverfolgungen gaben den Zionisten die fragwürdige Möglichkeit, die Leiden der Juden für ihre politischen Ziele auszunutzen.“³⁸⁾

Macht sich die antizionistische Propaganda bei der Darstellung der Entstehungsgeschichte des Zionismus und seiner Ziele schon keine übertriebenen Sorgen um die historische Richtigkeit, so wird bei der Behandlung aktueller Fragen vollends der Wunsch zum Vater der „Tatsachen“ erhoben.

2. Die Gründung des Staates Israel

Zu den kaum noch bekannten Fakten des Nahost-Konflikts gehört etwa der, daß Israel sein Entstehen zu einem maßgeblichen Teil der Sowjetunion und den Ostblockstaaten verdankt, jenen Kräften also, die heute weltweit an der Spitze der antizionistischen Bewegung marschieren. Damals paßte ein jüdischer Staat im Nahen Osten, dessen führende Männer zudem fließend russisch sprachen, in das globale Konzept der Sowjetunion. Heute, nachdem der Antisemitismus innenpolitisch in den Staaten des Ostblocks wieder eine bestimmte Rolle spielt und die arabischen Staaten wirtschaftlich und politisch große Bedeutung gewonnen haben, liegen die Interessen der Sowjetunion auf der anderen Seite. Und außerdem war kurz nach dem Krieg die Erinnerung an die Verfolgung der Juden noch frisch gewesen. Am 14. Mai 1947 hielt der damalige UN-Botschafter der Sowjetunion, Andrej Gromyko, vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Rede, in der er an „die unbeschreiblichen Leiden des jüdischen Volkes während des letzten Krieges“ erinnerte und auch die Not der überlebenden Juden schilderte, „die durch Europa ziehen auf der Suche nach Schutz und der Möglichkeit, eine Existenz zu finden“. Er forderte die UN-Vollversammlung auf: „Die Zeit ist gekommen, diesen Menschen zu helfen, nicht durch Worte, sondern durch Taten. Es ist wichtig, Interesse zu zeigen für die Nöte eines Volkes, das

³³⁾ Neues Deutschland, 13. 11. 1975.

³⁴⁾ RM, 30. 11. 1974

³⁵⁾ KVZ, 11. 2. 1975.

³⁶⁾ R. Pfisterer, Alter Feind in neuem Kleid, Tribüne-Sonderband.

³⁷⁾ RPK 18. 10. 1973.

³⁸⁾ MPK Information 1.

dermaßen unter dem Krieg gelitten hat, den Hitler-Deutschland ausgelöst hat. Das ist die Pflicht der Vereinten Nationen. Die Tatsache, daß kein europäischer Staat in stande gewesen ist, die elementaren Rechte des jüdischen Volkes zu verteidigen und es gegen die Gewalt der faschistischen Henker zu beschützen, erklärt den Wunsch der Juden, einen eigenen Staat zu gründen. Es wäre ungerecht, das nicht zu berücksichtigen und das Recht des jüdischen Volkes auf Verwirklichung dieses Wunsches zu verneinen.“

Zu diesem Zeitpunkt lebten im britischen Mandatsgebiet Palästina eine Million Araber und 600 000 Juden. Die UNO setzte eine Kommission zum Studium der Palästina-Frage ein. Sie empfahl im August 1947, Palästina in zwei selbständige, aber durch eine Wirtschaftsunion verbundene Staaten zu teilen; Jerusalem sollte, vor allem wegen der Heiligen Stätten, internationalisiert werden. In der Schlußdebatte über diesen Vorschlag am 26. November 1947 sprach sich Gromyko mit Nachdruck für den Teilungsplan aus, der, wie er sagte, „den grundlegenden nationalen Interessen beider Völker entspricht“. Gromyko betonte, daß sowohl die Juden als auch die Araber „eine tiefe historische Bindung an dieses Land“ hätten und „das jüdische Volk während einer langen historischen Epoche eng mit Palästina verbunden gewesen ist“. Die Entscheidung zur Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat würde auch mit den Grundsätzen und Zielen der Vereinten Nationen sowie mit den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker übereinstimmen.

Am 29. November 1947 beschloß die UN-Vollversammlung mit 33 (gegen 13) Stimmen bei zehn Enthaltungen die Teilung Palästinas. Die Vertreter der jüdischen Bevölkerung nahmen den UNO-Beschluß an, das Arab Higher Committee von Palästina rief aber zum bewaffneten Kampf dagegen auf. Auch vor der UNO stimmten die arabischen Sprecher gegen die Teilung, freilich nicht unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Der Vertreter Syriens machte die Vollversammlung darauf aufmerksam, daß Palästina seit jeher ein Teil Syriens gewesen ist und daß es zwischen den Syrern und den Palästinensern, die durch geographische, historische, rassische und religiöse Bindungen zusammengehören, keinen Unterschied gibt. Im Dezember 1947 brach in Palästina ein jüdisch-arabischer Bürgerkrieg aus. Im April 1948 empfahl der UNO-Vertreter der USA, den Teilungsplan

aufzugeben und ganz Palästina unter eine internationale Treuhänderschaft zu stellen. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten bestanden auf der Durchführung der Teilung. Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel ausgerufen. In der Nacht vom 14. zum 15. Mai begannen die regulären Armeen Ägyptens, Jordaniens, Syriens, des Libanon und des Irak mit einem Angriff auf den soeben proklamierten Staat. Die Israelis bekamen ihre Waffen von der Tschechoslowakei geliefert. David Ben-Gurion schreibt darüber in seinen Erinnerungen, ihm sei damals vom Sitz der UNO berichtet worden: „Im Sicherheitsrat benähmen sich die Russen, als wären sie unsere Bevollmächtigten.“ Der Krieg dauerte bis Anfang 1949 und wurde durch einzelne Waffenstillstandsverträge zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten beendet oder, besser gesagt, vorläufig eingestellt. Am 11. Mai 1949 wurde Israel von der UNO als souveräner Staat anerkannt und in die Völkerversammlung aufgenommen.

Die antizionistische Lesart der damaligen Ereignisse sieht so aus:

„Nicht zufällig erfolgte die Gründung des zionistischen Staates in einer Zeit, wo sich die arabischen Befreiungsbewegungen gerade zu entwickeln begannen; Israel fällt die Aufgabe zu, in dieser Region den Brückenkopf des Imperialismus gegen die nationalen Befreiungsbewegungen zu bilden...“³⁹⁾

„Angetreten mit dem Herrschaftsanspruch der ‚Auserkorenen‘ und unterstützt von der imperialistischen Reaktion haben die Führer dieses Staates von seiner Geburtsstunde an die Beschlüsse der UNO mißachtet und arabisches Territorium okkupiert...“⁴⁰⁾

„Die zionistischen Siedler verhinderten die Durchführung des 1947 beschlossenen UN-Teilungsplanes für Palästina zu ihren Gunsten...“⁴¹⁾

„An den militärischen Auseinandersetzungen 1948 sind die palästinensischen Massen nicht beteiligt. Es sind die Armeen der arabischen Staaten, die in den Kampf ziehen, weniger gegen Israel als gegeneinander...“⁴²⁾

Man sollte meinen, daß bei der allgemeinen Zugänglichkeit der historischen Dokumente solche Äußerungen unterbleiben müßten. Aber wie beim Antisemitismus auch noch die

³⁹⁾ AK, November 1973.

⁴⁰⁾ Neues Deutschland, 13. 11. 1975.

⁴¹⁾ KVZ, 28. 11. 1974.

⁴²⁾ KVZ, 1. 5. 1974.

dümmste Lüge verbreitet und geglaubt wurde, wenn sie ihren Zweck, die Verächtlichmachung der Juden erfüllte, wird auch beim Antizionismus die Geschichte ‚umdisponiert‘, damit der Vorwurf bestehen bleiben kann. Es kommt auch deshalb nicht darauf an, ob Israel einen Krieg anfängt oder angegriffen wird; Israel ist — allein kraft seiner Existenz — in jedem Fall der schuldige Teil.

Am 16. Mai 1967 verlangte Präsident Nasser den Rückzug der UN-Truppen aus dem Sinai und dem Gaza-Streifen. Am 22. Mai schloß Nasser die Straße von Tiran, um den israelischen Hafen Eilat am Roten Meer lahmzulegen. 100 000 ägyptische Soldaten rückten in die von den UN-Truppen verlassenen Stellungen ein. Am 30. Mai kam es in Kairo zu einer demonstrativen Versöhnung zwischen Präsident Nasser und König Hussein von Jordanien, die bis dahin eine intensive Feindschaft gepflegt hatten. Nasser erklärte: „Der Krieg wird jetzt unbegrenzt sein und unser Ziel ist die Vernichtung Israels.“⁴³⁾ Radio Kairo sendete: „Mit der Schließung des Golfes von Akaba ist Israel mit zwei Alternativen konfrontiert... Es wird entweder durch den militärischen und wirtschaftlichen Boykott zu Tode gedrückt oder es wird im Feuer der arabischen Truppen umkommen, die es im Süden, Norden und Osten eingekreist haben.“⁴⁴⁾

Achmed Schukeiri, der damalige Vorsitzende der PLO, drohte: „Das ist ein Kampf um unsere Heimat — entweder wir oder die Israelis. Es gibt keinen dritten Weg. Die Juden müssen Palästina verlassen. Wir werden ihre Abreise in ihre früheren Heimatländer erleichtern. Wer von der alten jüdischen Bevölkerung Palästinas überleben wird, kann da bleiben. Aber ich glaube nicht, daß welche überleben werden.“⁴⁵⁾

Die Historiker streiten sich heute darüber, ob Nasser wirklich einen Krieg wollte oder nur bluffte. Israel, das an seiner schmalsten Ost-West-Stelle so breit ist wie die Entfernung vom Kölner Dom zum Kölner Flughafen, nämlich zwölf Kilometer, mochte es nicht auf einen Versuch ankommen lassen und schlug als erster los. Die Folgen sind bekannt.

Die Protagonisten der antizionistischen Propaganda, die sonst bereits von Provokation

reden, wenn Bundeswehrsoldaten in der Nähe der DDR-Grenze Manöver abhalten, haben ihre eigene Fassung über die Vorgeschichte des Juni-Krieges verbreitet:

„Zu der Zeit... waren keinerlei kriegerische Aktionen der Araber bekannt... Die Ägypter waren in den Gaza-Streifen nachgerückt, den der Generalsekretär der Weltorganisation auf Nassers Wunsch von den UNO-Truppen hatte räumen lassen. Ein der Welt und ihrer Schifffahrt bis dahin weitgehend unbekannt gebliebener Hafen Eilat, indem im Jahr vielleicht soviel Tonnage wie in Hamburg an einem Tag gelöscht wird, war zusammen mit dem Golf von Akaba unter Berufung auf die tatsächlich bestehende Dreimeilenzone von Nassers Soldaten blockiert worden. Daß Nasser sich der ihm benachbarten Jordanier und Syrer in einem Verteidigungsbündnis versicherte, war mehr eine deklamatorische Aktion als eine wirkliche Bedrohung...“⁴⁶⁾

Mag sein, daß dem Reporter der Hafen von Eilat tatsächlich unbekannt geblieben war. Die Welt und ihre Schifffahrt kennt Eilat und den Golf von Akaba bzw. die Straße von Tiran als Israels und auch Jordaniens einzigen Wasserweg nach Asien und Afrika. Hier wird unterstellt, die Israelis hätten wegen einer Bagatelle einen Krieg vom Zaun gebrochen, ohne bedroht zu sein, anstatt — wie es sich wohl gehört hätte — auf die Maßnahmen der arabischen Seite mit vorbeugender Kapitulation zu reagieren. Im Falle Israels scheinen, wie ehemals im Fall einzelner Juden, ganz besondere Zumutbarkeiten möglich, die keinem anderen Staat bzw. keinen anderen Personen gegenüber vorgebracht würden. Oder ließe sich die Sowjetunion die Blockade Sewastopols am Schwarzen Meer mit der Begründung gefallen, sie verfüge ja noch über Wladiwostok am Pazifik und Riga an der Ostsee?

Aber schließlich nutzt es gar nichts, wenn Israel nicht als erster losschlägt. Auch beim Ausbruch des Oktoberkrieges stand der Aggressor von vornherein fest. Während die DDR-Presse schamlos zur offenen Lüge griff: „Nach tagelanger sorgfältiger Vorbereitung ist das aggressive Regime in Tel Aviv mit Land-, Luft- und Seestreitkräften an allen Fronten über seine arabischen Nachbarn hergefallen...“⁴⁷⁾, mußte sich die antizionistische Propaganda in der Bundesrepublik eine etwas feinere Erklärung einfallen lassen, war-

⁴³⁾ Heinz Aboesch in: Der israelisch-arabische Konflikt.

⁴⁴⁾ Martin Gilbert, The Arab-Israeli Conflict.

⁴⁵⁾ Martin Gilbert, a. a. O.

⁴⁶⁾ konkret, August 1967.

⁴⁷⁾ Berliner Zeitung (Ost-Berlin), 8. 10. 1973.

um Israel auch diesmal angefangen hat, nämlich: weil es *nicht* angefangen hat. Israel habe beschlossen „keinen Präventivkrieg zu beginnen . . ., um sich hinterher in die Brust zu werfen und den schwachen, unschuldigen David zu spielen, den man gewaltsam aus seinen religiösen Meditationen reißt“. Die Regierung in Tel Aviv wollte „mit dieser nun schon zum vierten Mal als Verteidigung kassierten Aggression die Sympathien auf ihre Seite ziehen“⁴⁸⁾. Diese Sympathiewerbung hat die Israelis im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung mehr Tote gekostet, als die Amerikaner in Vietnam lassen mußten.

Wie es beim einzelnen Juden, dem Objekt des Antisemitismus, nicht darauf ankam, ob er ein Trottel oder ein kluger Kopf, ein Gauner oder ein Philantrop, ein Armer oder ein Reicher gewesen war, weil nicht die Art seines Seins den Antisemiten störte, sondern das Faktum, daß es den Juden überhaupt gibt, so geht es dem Antizionismus im Falle des Staates Israel nicht um die Politik, die seine Regierung macht, sondern um die Existenz dieses Staates als Staat. Israel kann machen oder lassen, was es will, die Rollenverteilung steht fest, der Judenstaat ist immer und prinzipiell im Unrecht.

Die traditionelle antisemitische Propaganda bereitete die Vernichtung der Juden vor, indem sie die Juden stigmatisierte und dämonisierte, ihnen alle schlechten Eigenschaften und üblen Absichten unterstellte: sie waren hochmütig, habgierig, parasitär; unterdrückten, mordeten meuchlings, beuteten aus und versuchten, sich die ganze Welt untertan zu machen. Dadurch wurde zweierlei erreicht: Erstens wies sich der Antisemitismus als eine legitime Notwehr gegen einen skrupellosen Gegner aus; zweitens wurden die Juden immer mehr entmenschlicht, so daß derjenige, der gegen sie antrat, keine Bedenken haben mußte, sich etwa an Menschen zu vergreifen. Nach demselben Konzept verfährt heute der Antizionismus — sicher mehr intuitiv als bewußt kopierend, jedenfalls aber in auffälliger Analogie zum bekannten Vorbild.

3. Der israelisch-arabische Konflikt

Israel ist nicht nur „der militärische Brückenkopf der US-Imperialisten mitten im Herzen der arabischen Länder“⁴⁹⁾; Israel ist „die

blutrünstige und machtgierige Bastion gegen die Völker“⁵⁰⁾, ein „bis an die Zähne bewaffneter grausamer Feind, der auch vor Völkermord nicht zurückschreckt“⁵¹⁾; „die israelischen Faschisten(!) kennen kein Erbarmen“⁵²⁾; „die Zionisten sind tausendfache Mörder und nur durch Terror und Massenmord in den Besitz des palästinensischen Territoriums gelangt“⁵³⁾; „israelische Supermörder“ und „zionistische Mordbanden“⁵⁴⁾ „bedienen sich des faschistischen Terrors, um ganze Landstriche Palästinas araberfrei zu machen“⁵⁵⁾; die Zionisten sind „die Nazis unserer Tage“⁵⁶⁾; in Israel zeigt sich „der unterdrückerische und menschenverachtende Charakter des israelischen Kolonialistenstaates“⁵⁷⁾ oder der „menschenverachtende und parasitäre Charakter des israelischen Unterdrückerstaates“⁵⁸⁾; Israel wird „von einer Militärkaste beherrscht“ und ist ein „mit geraubtem Land und geschnorrtem Geld errichtetes künstliches Gebilde“⁵⁹⁾.

Eine antizionistische Karikatur zeigt den israelischen Ministerpräsidenten Rabin hinter einem Rednerpult stehend, zu seiner Rechten Moshe Dayan, zu seiner Linken Golda Meir. Das Rednerpult ist mit einem Davidstern versehen. Rabin, bullig und brutal, beugt sich vor und brüllt mit einem weit geöffnetem Mund: Nicht nur die Führer der Palästinenser vernichten! Die gesamte Basis! Wollt ihr den totalen Krieg? — Aus seiner Zuhörerschaft, an den schwarzen Gebetskappen und großen, krummen Nasen unschwer als eine Ansammlung von Juden zu erkennen, ertönt ein vielstimmiges JA!!⁶⁰⁾

Eine andere Karikatur zeigt eine Gruppe von Menschen, die sich im Halbkreis versammelt haben, Weiße und Farbige, sie tragen Feh, Sombrero, Kefiyah, Turban oder die kubanische Revolutionsmütze — die stilisierten Völker der Welt. Sie alle gucken auf ein mickriges, häßliches Männlein, das mit klagend zum Himmel erhobenen Armen vor ihnen herumhüpft und vor Wut zu platzen droht. Das Männlein hat eine auffallend große Nase —

⁵⁰⁾ RM, 23. 11. 1974.

⁵¹⁾ Rote Fahne, 10. 10. 1973 (RF).

⁵²⁾ RF, 11. 4. 1975.

⁵³⁾ RF, 20. 11. 1974.

⁵⁴⁾ RF, 9. 5. 1973.

⁵⁵⁾ RF, 28. 2. 1973.

⁵⁶⁾ RF, 28. 2. 1973.

⁵⁷⁾ KVZ, 10. 7. 1974.

⁵⁸⁾ KVZ, 14. 11. 1974.

⁵⁹⁾ konkret, 28. 6. 1973.

⁶⁰⁾ AK, Januar 1975.

⁴⁸⁾ Solidarität, sozialistische Studentenzeitung, Oktober 1973.

⁴⁹⁾ KVZ, 22. 11. 1973.

ein Jid ist es, der den Weltfrieden stört⁶¹⁾. Hinter allem steckt wieder einmal das Weltjudentum: „Die zionistischen Multimillionäre, die in allen Teilen der Welt leben . . . , treffen sich immer wieder in privaten Konferenzen, um Israels Aggressionen zu unterstützen.“⁶²⁾ Deshalb die bange Frage: „Wo werden die zionistischen Großmachtpläne haltmachen? Heute „muß“ Israel natürlich am Suez-Kanal und 40 km vor Damaskus verteidigt werden — demnächst am besten gleich an der Straße von Gibraltar und den Küsten des Schwarzen Meeres?“⁶³⁾

Die antizionistische Propaganda sieht hundert Millionen Araber durch drei Millionen Israelis ernsthaft bedroht. Die Unterstellung gewaltiger Expansionsabsichten — vom Schwarzen Meer bis nach Gibraltar — vernebelt, was die Israelis tatsächlich zur Überschreitung ihrer Staatsgrenzen bewogen hat, daß sie nicht wegen der schönen Aussicht z. B. die Golanhöhen hinaufgeklettert sind. Keine linke Stimme erhob sich jemals zum Protest, als die Syrer schon gewohnheitsmäßig Teile von Galiläa mit ihren Kanonen von den Golanhöhen aus beschossen. Die antizionistische Linke hatte daran nichts auszusetzen, denn für sie ist der Konflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten nicht territorialer, sondern prinzipieller Natur. Er bestünde genauso, wenn Israel sich auf die Stadt Tel Aviv beschränken würde.

Ganz Israel ist „ein Kolonialstaat . . . , ein Besatzerstaat, der seine Klauen in arabisches Territorium eingekrallt hat“⁶⁴⁾. „Der Staat Israel stellt eine Bedrohung für die Freiheit aller arabischen Völker dar“⁶⁵⁾; „die Kriegsgefahr im Nahen Osten wird so lange bestehen bleiben, solange der Staat Israel besteht“⁶⁶⁾; denn: „Die Welt im Nahen Osten ist in zwei Fronten geteilt, da sind die arabischen Völker, die von den progressiven Kräften der Welt im Sinne des Fortschritts unterstützt werden, demgegenüber stehen die zionistischen Kreise, die jüdische Bourgeoisie und Monopole in und außerhalb Israels, die von der ganzen kapitalistischen Welt unterstützt werden.“⁶⁷⁾

4. Wege zur Lösung des Konfliktes

Es kann demnach keine „friedliche oder politische Lösung“ des Nahostkonflikts geben: „Der Konflikt im Nahen Osten kann nicht anders gelöst werden als durch die Zerschlagung des zionistischen Staates“⁶⁸⁾, denn „die Anerkennung Israels und die Revolution zur Zerschlagung Israels — das schließt sich aus. Israel oder Palästina, das ist die Alternative, etwas Drittes gibt es nicht.“⁶⁹⁾ „Das Ziel lautet: Zerschlagung des Zionismus, Errichtung einer Volksrepublik Palästina, in der palästinensische und jüdische Werktätige gemeinsam ihr Schicksal in ihre eigenen Hände nehmen. Sieg im Volkskrieg!“⁷⁰⁾

Die antizionistische Propaganda legt großen Wert auf die Feststellung, daß sich der bewaffnete Kampf „für ein freies, unabhängiges, demokratisches Palästina, in dem Juden und Araber friedlich zusammenleben können“⁷¹⁾, nicht gegen die Juden, sondern nur gegen die Zionisten richtet. In der konkreten Situation freilich wird der kleine taktische Unterschied aufgehoben: „Der Kampf der palästinensischen Befreiungsbewegung richtet sich in seinem Ziel nicht gegen das jüdische Volk, sondern gegen die in Israel herrschende Bourgeoisie. Solange aber das jüdische Volk im Tross dieser Bourgeoisie die Kolonialpolitik der israelischen Bourgeoisie trägt und sich von der israelischen Bourgeoisie zur Unterdrückung und zur Vertreibung der Palästinenser mißbrauchen läßt, können die Palästinenser im Kampf für ihre gerechten Ziele nicht davor zurückschrecken, den militärischen Kampf auch gegen die Angehörigen des jüdischen Volkes zu führen . . .“⁷²⁾

Das geschieht also zum Vorteil eines Großteils der Juden, die noch nicht das richtige Bewußtsein haben und die man daher zu ihrem Glück offenbar erst zwingen muß: „Bevor die Palästinenser dem israelischen Kolonial- und Erobererstaat nicht schwere Schläge versetzt haben, wird auch die politische Klassendifferenzierung unter den Juden selbst nicht vorankommen . . . Deshalb nützt der bewaffnete Kampf der Palästinenser auch der Entfaltung des Klassenkampfes unter den Juden und schadet ihr nicht . . .“⁷³⁾ „Die Wirklich-

⁶¹⁾ Berliner Extra Dienst 14. 11. 1975.

⁶²⁾ AIB, April 1971.

⁶³⁾ AK, November 1973.

⁶⁴⁾ KVZ, 26. 3. 1975.

⁶⁵⁾ KVZ, 10. 10. 1973.

⁶⁶⁾ RF, 3. 9. 1975.

⁶⁷⁾ Unsere Zeit (UZ), 13. 3. 1975.

⁶⁸⁾ AK, Oktober 1973.

⁶⁹⁾ RM, 14. 9. 1974.

⁷⁰⁾ RF, 10. 10. 1973.

⁷¹⁾ AK, 1. 5. 1974.

⁷²⁾ KVZ, 7. 11. 1973.

⁷³⁾ KVZ, 7. 11. 1973.

keit des Klassenkampfes wird die reaktionäre Ideologie des Zionismus zerschlagen, nach der die jüdischen Menschen in aller Welt angeblich die Mission hätten, einen besonderen jüdischen Staat aufzubauen. Auf dem Gebiet von Palästina werden nach dem Sturz des Zionismus Araber und Juden gemeinsam ein blühendes demokratisches Palästina errichten!“⁷⁴⁾

Der Zionismus soll also zerschlagen, Israel entzionisiert werden. Das Problem ist dabei allerdings: Der Zionismus läßt sich nur mit- samt den Zionisten aus der Welt schaffen, da die Israelis freiwillig kaum einer Volksrepublik zustimmen werden, die ihnen bestenfalls den Status einer tolerierten Minderheit besche- ren würde. Der Theologe Rudolf Pfisterer fragt daher:

„Wenn sich Israel oder die Juden auf eine solche ‚Entzionisierung‘ einließen, wann ist dieselbe in befriedigendem Maße durchge- führt? Ist ein Jude mit seiner Sehnsucht und seinem Willen zur Rückkehr nach Zion nicht immer noch zu viel Zionist, als daß er akzep- tiert werden könnte?“⁷⁵⁾

Die Formel von der säkularen Republik Palä- stina, in der Juden und Araber friedlich zu- sammenleben, ist eine euphemistische Um- schreibung für die Liquidierung der nationa- len jüdischen Identität in Israel. Es gibt bis- her im arabischen Raum kaum Beispiele für demokratische und pluralistische Gesellschaf- ten. In allen arabischen Staaten ist der Koran die Grundlage der Verfassung — mit Ausnah- me des Libanon. Und hier hat das friedliche Zusammenleben von arabischen Christen und arabischen Moslems das Land eher an den Rand des klassenlosen Friedhofs als zur klas- senlosen Gesellschaft geführt.

In einem Interview mit der Wochenzeitung DIE ZEIT wurde der Stellvertreter Yassir Arafats in der PLO und Vorsitzende der syri- schen Palästinenserorganisation Al Saika, Zu- heir Mohsen, gefragt, ob die Forderung nach einem demokratischen und säkularisierten Staat Palästina nicht darauf hinausläuft, den Israelis ihr staatliches Existenzrecht abzu- sprechen. Er antwortete: „Das müssen sie mit der Zeit akzeptieren. Unser Existenzrecht in ganz Palästina geht vor. — Und ein auf die ehemals jordanische Westbank und Gaza be- schränkter Palästinenserstaat würde diesen

Ansprüchen nicht genügen? — Nein, niemals, denn wir wollen jedes Stück Land, jedes Feld, jedes Dorf und jedes Haus, das uns einst ge- hörte, zurückhaben. Davon lassen wir uns nicht abbringen. Das Recht, das Naturrecht ist auf unserer Seite. — Kann den Israelis dieser nationale Selbstmord zugemutet wer- den? — Sie müssen es einsehen, aber sie wer- den es erst einsehen, wenn sie ihre Mentalität ändern. Das wird erst der Fall sein, wenn sie vor uns auf den Knien liegen, wenn wir sie militärisch kurz und kleingeschlagen ha- ben.“⁷⁶⁾

Der ‚Außenminister‘ der PLO und Mitbegrün- der der Al Fatah, Farouk al Kaddoumi, hat in einem Interview mit dem US-Magazin „News- week“ erklärt, daß die PLO einen palästinensi- schen Staat auf der Westbank und im Gaza-Streifen nur als eine Interimslösung ak- zeptieren würde. Das Ziel bleibe ein säkularer demokratischer Staat in ganz Palästina. Der Interviewer fragte: „Das würde bedeuten, daß Israel kein Existenzrecht hätte. Warum sol- len die Israelis das akzeptieren?“ Farouk al Kaddoumi antwortete: „Mit der Zeit werden sie es akzeptieren müssen. In der Zwischen- zeit geht unser Recht vor...“⁷⁷⁾

Wenn Sprecher der Palästinenser solche An- sichten äußern, dann ist das noch entfernt ver- ständlich, weil sie in dem Konflikt mit Israel Partei sind. Was aber bewegt westdeutsche Linke, diesen Standpunkt mit solcher Hart- näckigkeit zu ihrem eigenen zu machen? Zum Teil ist es sicher revolutionärer Romantizis- mus von großgewordenen Kindern, die man offenbar nicht lange genug Trapper und In- dianer hat spielen lassen und die nun das Ver- säumte „solidarisch“ nacherleben wollen: „Unsere Partei und ihre Freunde unterstützen rückhaltlos die gerechte Sache des palästinensi- schen Volkes. Es ist unser tiefer Wunsch, daß die palästinensischen Kämpfer sich in all ihren Aktionen fest auf die Volksmassen stüt- zen, die Widersprüche im Lager des Feindes ausnutzen... auf ihre eigene Kraft und die Kraft ihrer arabischen Brudervölker vertrauen und im langanhaltenden Volkskrieg aushar- ren.“⁷⁸⁾

Aus der sicheren Entfernung linker Kneipen in Köln-Nippes oder Berlin-Kreuzberg kann man andere prima in den Volkskrieg schick- ken. Moralisch wichtiger als diese revolutio-

⁷⁴⁾ RF, 22. 8. 1973.

⁷⁵⁾ R. Pfisterer: Antizionismus und Antisemitismus, Tribüne 32/69.

⁷⁶⁾ Die Zeit, 12. 12. 1975.

⁷⁷⁾ Newsweek, 17. 11. 1975.

⁷⁸⁾ RF, 5. 6. 1974.

näre Wildwest-Romantik ist aber jene Mischung aus politischem Opportunismus und psychischer Disposition, die dazu führt, daß in bestimmten Fällen Partei ergriffen wird und in anderen nicht. Die Moskau-Linke hat im Biafra-Krieg keine Einwände dagegen erhoben, daß zwei Millionen Biafraner zerbombt und ausgehungert wurden. Das geschah mit Unterstützung der Sowjetunion und auch Englands. Umgekehrt hielt es die Peking-Linke nicht für nötig, gegen die Greuel der Pakistaner an den Bengalen zu protestieren. Da war China mit von der Partie; die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für die Kurden, die im NATO-Land Türkei ebenso unterdrückt werden wie im Kaiserreich von Reza Pahlevi und in der ‚progressiven‘ Republik Irak löst auch keinen Widerspruch aus. Die Deportation Zehntausender von Kurden aus ihren Heimatgebieten im Irakisch-Kurdistan und die Arabisierung dieser Landsteile wird schlicht übergangen. Ist Heimatrecht nicht gleich Heimatrecht? Gibt es Vertriebene erster und zweiter Klasse? Der Krieg gegen die Negerstämme im Süd-Sudan, die Massaker an Hunderttausenden von Menschen in Uganda, Ceylon und Indonesien, die Internierung der Biharis in Bangla-Desh, die Vernichtung von mehr als 100 000 Wahutus in Burundi — das linke Gewissen zeigt sich nicht betroffen — vielleicht, weil es nicht immer möglich ist, den Imperialismus, die Bourgeoisie und die Monopole verantwortlich zu machen?

Daß es die Ambonesen gibt, haben auch die meisten Linken erst aus dem Fernsehen erfahren. Daß auch die Krimtataren und die Mechier aus ihrer Heimat vertrieben wurden und bis heute nicht zurückkehren dürfen, ist vermutlich überhaupt nicht bekannt. Wenn die Sowjetunion die vier kleinen Südkurilen-Inseln nicht an Japan zurückgeben will, dann wird das akzeptiert. Ebenso der Anspruch Chinas auf ein paar Inseln im südchinesischen Meer, die vor mehr als 2 000 Jahren, also zu einer Zeit, als die Juden noch in Palästina lebten, von Chinesen entdeckt worden sind und jetzt als „Heiliges Territorium“ reklamiert werden, was offenbar die korrekte kommunistische Landnahme-Terminologie ist. Wenn Indien die territoriale Integrität Sikkims mißachtet, Marokko die spanische Sahara annektiert, ohne sich um das Selbstbestimmungsrecht der dortigen Bevölkerung zu kümmern, wenn Indonesien Westirien und Osttimor übernimmt, die Türkei Nordzypern besetzt, wenn dabei Menschen vertrieben und

getötet werden, gibt es allenfalls gemäßigten Protest. Aber auch die Linke spricht dann nicht von Mordbanden, Supermördern, Faschisten und Verbrechern; sie fordert nicht die Liquidation des Aggressors, obwohl die UNO die Interventionen verurteilt und die Besetzer — anders als Israel — nicht in der Gefahr waren, selbst von der Landkarte ausgewischt zu werden.

5. Sieg des Ressentiments über die Vernunft

Das alles soll nicht heißen, daß es keinen Grund gibt, für die Rechte der Palästinenser einzutreten. Im Gegenteil: Das palästinensische Volk hat lange genug darauf gewartet, daß man sich auf seine nationalen Rechte besann. Es gibt auch Palästinenser, die weiter denken als die antizionistische Linke hierzu-lande, die noch nach dem totalen Volkskrieg rufen wird, wenn sich Araber und Juden endlich versöhnt haben. Die Kritik am Antizionismus, vielleicht muß auch das gesagt werden, bedeutet keine vorbehaltlose Solidarisierung mit der Politik Israels. Israel ist gegen Kritik nicht tabu. Was seine Regierungen tun und unterlassen, kann genauso bewertet und beurteilt werden, wie die Taten anderer Regierungen, aber eben genauso — nicht immer etwas schlimmer oder etwas gehässiger.

Eines muß klargelegt sein: Das Engagement der antizionistischen Linken im Nahostkonflikt wird nicht so sehr von der Sympathie für die Palästinenser als von der Antipathie gegen die Juden bestimmt. Die Antizionisten — gelernte Dialektiker allesamt — haben sich ein Bild von den Zionisten aufgebaut, mit dem verglichen die Vorstellung von der Erde als einer Scheibe, von der man herunterfallen kann, ein Modell von höchster Differenziertheit darstellt. Treitschkes berühmter Satz: „Die Juden sind unser Unglück“, der jede „Stürmer“-Ausgabe zierte, könnte als Motto der antizionistischen Bewegung dienen, würde man „Jude“ durch „Zionist“ ersetzen. Die kategorische Ablehnung jeder Kompromißlösung, das Bestehen auf der „Auslöschung Israels“, wie es auch Idi Amin vor der UNO formuliert hat, zeigt, daß hier ein tiefes und starkes Ressentiment über alle Vernunft gesiegt hat. Für die extreme Rechte, die sich hier mit der radikalen Linken trifft — Schlagzeile in der Nationalzeitung: „Israels Moral und Verbrechen“ — ist es gleichzeitig die nachträgliche Rechtfertigung dessen, was den Juden angetan worden ist.

Am 22. Februar 1975 organisierte die KPD-Unterorganisation „Liga gegen den Imperialis-

mus“ in West-Berlin eine Demonstration, deren Teilnehmer auf den taktischen Umweg des Zionismus verzichteten und gleich zum Kern der Gefühle vorstießen. Sprechchöre forderten: „Nieder mit dem jüdischen Volk!“

Der Philosoph Jean Amery sagt: „Der gefährliche Boden, auf dem die Junglinke sich in ihrem antizionistischem Furor bewegt, enthält die Keime eines jahrhundertealten, noch keineswegs bewältigten Antisemitismus. Jedes ‚Nieder mit der zionistischen Oppression!‘ findet irgendwo sein Echo, das dann wie ‚Juda verreckel‘ klingt. Im kollektiven Unterbewußtsein der europäischen Völker ist... der Antisemitismus so virulent wie eh und je: er findet sein wohlfunktionierendes, zudem noch als Alibi geltendes Ventil durch den

Antizionismus der Junglinken. Denn schließlich sind es ja die Juden, die gleichen, die immer schon den Popanz des Weltfeindes abgeben mußten, welche da als Unterdrücker stigmatisiert werden.“⁷⁹⁾

Theodor Herzl schrieb 1895 in seinem Buch „Der Judenstaat“: „Ich glaube an das Aufsteigen der Menschheit zu immer höheren Graden der Gesittung. Nur halte ich es für ein verzweifelt langsames.“

Hätte Herzl die derzeitige antizionistische Kampagne der Linken erlebt, wäre seine Prognose nicht so optimistisch ausgefallen.

⁷⁹⁾ Jean Amery, Die Linke und der „Zionismus“ Tribüne 32/69.

Uriel Dann: Grundfaktoren und Grundhaltungen im Palästinakonflikt

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/76, S. 3—9

Der Palästinakonflikt wird als eine Arena mit konzentrischen Kreisen von Gegnern dargestellt: Im Innern das jüdisch-israelische und das arabisch-palästinensische Volk; dann die Weltjudenheit einerseits und die arabischen Staaten andererseits; dann die Supermächte — die USA und die Sowjetunion — mit ihren fundamentalen Sympathien für jeweils eine der Seiten. Im Kern handelt es sich um das Entstehen eines Volkes im palästinensischen Raum während der letzten hundert Jahre, mit allen Attributen eines Volkes einschließlich staatlicher Souveränität und dem Unvermögen eines anderen, im selben Raum lebenden Volkes, sich mit dessen Existenz abzufinden. Die Faktoren, die das kollektive Fühlen und Handeln der Kontrahenten bestimmen, werden untersucht und die Bindungen und Interessen der „äußeren“ Teilnehmer erläutert. Der Geschichte des Konfliktes ist ein weiterer Abschnitt gewidmet; die Hauptstationen der Entwicklung sind die Staatwerdung Israels 1948 und der Sechstagekrieg von 1967 — ohne daß diese Einschnitte den Grundcharakter des Konfliktes wesentlich geändert hätten. Zum Schluß werden „Lösungen“ beleuchtet, wie sie verschiedene Stellen in Betracht ziehen. Der Verfasser glaubt nicht, daß eine Beseitigung des Konfliktes durch einen staatlichen politischen Akt in der vorauszusehenden Zukunft möglich ist. Er sieht in politischer und diplomatischer Tagesarbeit bis auf weiteres die beste Möglichkeit, neues Blutvergießen zu verhindern.

Christoph von Imhoff: Des Orients längste Krise

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/76, S. 11—29

Nach dem Zweiten Weltkrieg mußten die beiden Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich, die rund 150 Jahre rings um das Mittelmeer eine Art Kondominium errichtet hatten, ihre Herrschaft über das Mittelmeer an die beiden Großmächte Amerika und Sowjetunion abtreten. Aber die neuen, raumfremden Herrn über die Durchgangsstraße zwischen Atlantik und Indischem Ozean konnten die Versprechungen der einstigen Kolonialherren an Juden und Araber zwar insoweit erfüllen, als sie den arabischen Staaten die Selbständigkeit und den Juden den eigenen Staat gewährten. Die daraus entstandene arabisch-israelische Konfrontation, die nach drei Kriegen auch in einem Patt der Großmächte endete, haben sie jedoch nicht verhindert. Amerika und die Sowjetunion konnten in dieser Situation nichts anderes tun, als ihren jeweiligen Schützlingen aus Eigeninteresse ein beschränktes Maß an Sicherheit zu bieten.

Diese Konstellation änderte sich grundlegend seit der Enteignung der internationalen westlichen Erdölgesellschaften und der Ölpreispolitik der OPEC. Dadurch gewannen die Araber ein gewisses Maß an Selbständigkeit; denn plötzlich wurden die beiden Großmächte vom Erdölimport aus den arabischen Förderländern, besonders von Saudi-Arabien, abhängig. Daraus entwickelte sich ein *gegenseitiges* Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Großmächten und den arabischen Staaten. Israel hingegen hatte für den amerikanischen Schutzschirm, abgesehen von der bedeutsamen strategischen Lage, kein Äquivalent zu bieten. Es muß in *einseitiger* Abhängigkeit verharren.

Die neue Phase der Mittelmeergeschichte beginnt also mit einem Mitspracherecht der arabischen Erdölstaaten, die den arabischen Erdöl-Habenichtsen je nach politischer Einstellung Rückendeckung geben und sich damit für die Mittelmeerpolitik der Großmächte unentbehrlich machen. Das aber erschwert zugleich das Krisenmanagement in Ernstfällen, weil es nun auch auf die Kompromißbereitschaft der arabischen Ölstaaten ankommt. Aus dieser Situation heraus wird das gegenwärtige Tauziehen um den künftigen Staat der Palästinenser und damit um die Zukunft Israels erklärlich. In diesem schweren politischen Duell, das einen fünften Israel-Krieg nicht ausschließt, hat die arabische Seite die volle Rückendeckung nicht nur der arabischen Regierungen, sondern auch der islamischen Völker und wenigstens eines Teils der in der OAU zusammengefaßten schwarzafrikanischen und afrikanisch-arabischen Staaten.

Der Bürgerkrieg im Libanon, der über reine Bürgerkriegsdimensionen hinausgeht, weil sich in ihm alle arabischen Rivalitäten austoben, gehört in dieses Bild als ein großer Teilaspekt mit hinein; denn in ihm wird nicht zuletzt durch Syriens Mitsprache entschieden, welchen nördlichen Nachbarn Israel künftig anstelle der bisherigen libanesischen Demokratie erhalten wird. Gelegentlich scheinen sich Kompromißlösungen auch für Israel abzuzeichnen. Aber sie stehen alle im Schatten großer arabischer Winkelzüge. Dazu kommen zwei neue innenpolitische Komponenten: Die jungen Palästinenser der PLO haben bei den Gemeinderatswahlen im besetzten Westjordanland zum erstmalig legale, kommunalpolitische Verantwortung zugesprochen erhalten; die Generation der arabischen Notabeln wurde abgewählt. Gleichzeitig tritt eine neue Generation von Israelis ohne europäische

Bindungen und europäische Traumata als rein orientalistisch-jüdische Generation in den Vordergrund politischen Geschehens. Werden diese beiden jungen Generationen zueinander finden? Werden sie zusammenleben und sich gegenseitig die Rechte auf ihre selbständige Existenz gewähren? Vieles hängt davon ab, ob und wie Israel bereit ist, besetzte Gebiete zu räumen und zugleich den israelischen Arabern erweiterte politische Rechte zuzugestehen. Dies beeinflusst auch die Haltung der arabischen Ölstaaten, in deren Hand es gelegen ist, notfalls ein zweites Mal den Ölhaß gegenüber den westlichen Industriestaaten zuzudrehen.

Henryk M. Broder: Antizionismus — Antisemitismus von links?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/76, S. 31—46

Henryk M. Broder hat über zwei Jahre die Berichterstattung der ultralinken Presse in der Bundesrepublik über Israel und den Nahost-Konflikt verfolgt. Am Ende seiner Untersuchung steht kein Frage-, sondern ein Ausrufezeichen: Der aktuelle Antizionismus, der von großen Teilen dieser ultralinken Gruppen (von der DKP über die KPD bis zur KPD/ML und dem KBW) vertreten wird, ist in seinem Wesen, seiner Methodik und seiner Zielsetzung dem klassischen Antisemitismus aufs engste verwandt. Es geht beim Antizionismus nicht um eine Kritik am Staate Israel oder an der Politik seiner Regierungen, es geht vielmehr um die Existenzberechtigung dieses Staates überhaupt, dessen Liquidierung Kernpunkt der antizionistischen Polemik ist.

Die traditionelle antisemitische Propaganda bereitete die Vernichtung der Juden vor, indem sie die Juden stigmatisierte und dämonisierte, ihnen alle schlechten Eigenschaften und üblen Absichten unterstellte: sie waren hochmütig, habgierig, parasitär; unterdrückten, mordeten meuchlings, beuteten aus und versuchten, sich die ganze Welt untertan zu machen. Dadurch wurde zweierlei erreicht: Erstens wies sich der Antisemitismus als eine legitime Notwehr gegen einen skrupellosen Gegner aus; zweitens wurden die Juden immer mehr entmenschlicht, so daß derjenige, der gegen sie antrat, nicht einmal Bedenken haben mußte, sich an Menschen zu vergreifen. Nach demselben Konzept verfährt heute der Antizionismus — sicher mehr intuitiv als bewußt kopierend, jedenfalls aber in auffälliger Analogie zum bekannten Vorbild. Die antizionistische Propaganda sieht hundert Millionen Araber durch drei Millionen Israelis ernsthaft bedroht. Die Unterstellung gewaltiger Expansionsabsichten — vom Schwarzen Meer bis nach Gibraltar — vernebelt, was die Israelis tatsächlich zur Überschreitung ihrer Staatsgrenzen bewegen hat, daß sie z. B. nicht wegen der schönen Aussicht die Golanhöhen hinaufgeklettert sind. Keine linke Stimme erhob sich jemals zum Protest, als die Syrer schon gewohnheitsmäßig Teile von Galiläa mit ihren Kanonen von den Golanhöhen aus beschossen. Die antizionistische Linke hatte daran nichts auszusetzen, denn für sie ist der Konflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten nicht territorialer, sondern prinzipieller Natur.

Das antijüdische Ressentiment hat nur seine Terminologie gewechselt, statt von Juden (und der Endlösung der Judenfrage) ist von Zionisten (und der Zerschlagung der zionistisch-imperialistischen Aggression) die Rede. Im Gewande des Antizionismus kann sich der gewöhnliche Antisemitismus in einer politisch verbrämten Fassung ungeniert entfalten.